

AGENDA DER ZUVERSICHT **UNSER LAND IN GUTEN HÄNDEN**

UNSER REGIERUNGSPROGRAMM 2026





MANUEL HAGEL

Ministerpräsident für Baden-Württemberg

Liebe Baden-Württemberginnen,
Liebe Baden-Württemberger,

unsere Heimat ist einzigartig. Aus schwierigen Startbedingungen haben wir uns zur wirtschaftlichen Spitze Europas hochgearbeitet. Es waren die Menschen hier, die mit unermüdlichem Fleiß und Erfindergeist Weltmarktführer geschaffen haben – oft fernab der Metropolen, mitten in unseren Gemeinden. Auf jedem Berg und in jedem Tal ist diese Innovationskraft zu Hause.

Wir beweisen, was möglich ist, wenn man den Menschen vertraut und ihnen Freiheit schenkt. Vertrauen statt Vormundschaft – das ist unsere Antwort auf staatliche Überregulierung. Uns wurde nie etwas geschenkt; unser Wohlstand ist hart erarbeitet. Baden-Württemberg ist die Heimat der Fleißigen, der Tüftler und der Macher. Heimat von Menschen, die nicht nur an ein gutes Morgen glauben, sondern bereit sind, dafür alles zu geben – für uns selbst, aber vor allem für unsere Kinder.

Handwerk und Mittelstand sind unser Rückgrat, Familienunternehmen tragen hier über Generationen Verantwortung. Baden-Württemberg steht für Werte, die andere vielleicht als „langweilig“ belächeln, die wir aber selbstbewusst hochhalten: Verlässlichkeit, Anstand, Bodenständigkeit. Wir sind überzeugt: Durch eigene Anstrengung kann man alles erreichen.

Genau für dieses „Baden-Württemberg-Gefühl“, für diesen Stolz und den Mut zur Zukunft wirft die CDU alles in die Waagschale. Krisenzeiten sind Bewährungszeiten für Christdemokratinnen und Christdemokraten. Wir glauben fest daran: Unser Land braucht eine Politik, die wieder an die Menschen glaubt. Am 8. März 2026 haben Sie die Wahl. Sie entscheiden über die Richtung: Stillstand oder Aufbruch mit einer starken CDU? Unser Anspruch ist klar: Wir packen an. Mit pragmatischer Politik, die auf Leistung, Stabilität und Vertrauen setzt. Das ist das Fundament für den Erfolg von Morgen und der Kern unserer „Agenda der Zuversicht“. Dafür bitten wir um Ihr Vertrauen.

Wir müssen unser Land wieder zum starken Wirtschaftsmotor Deutschlands machen. Wir stellen die Weichen unmissverständlich auf Wachstum, entlasten unsere Unternehmen und sichern Arbeitsplätze. Wir setzen auf Entfesselung statt Regulierung: weniger Bürokratie, schnellere Genehmigungen, sichere Energie und eine Infrastruktur, die funktioniert. Gründerinnen und Gründer sind uns eine Herzensangelegenheit: Wir schaffen das Klima, damit aus Ideen wieder Innovationen wachsen.

Eine CDU-geführte Landesregierung wird so arbeiten, wie es Millionen Menschen hier vorleben: mit Mut und Fleiß. Mit unserer „Agenda der Zuversicht“ beweisen wir Wirtschaftskompetenz. Baden-Württemberg muss seine Trümpfe als Exportland und Hightech-Standort voll ausspielen – ob im Automobilsektor, Maschinenbau, Biotechnologie, Life-Science oder bei Künstlicher Intelligenz. Unser Ziel: Auch in zehn Jahren sind wir Autoland mit Spitzenarbeitsplätzen. Und wir stärken das Handwerk massiv: Wir verdoppeln die Meisterprämie und machen die Meisterausbildung langfristig kostenfrei.

Die CDU ist der Garant für Sicherheit – in der Stadt wie auf dem Land. Unsere Agenda sorgt konsequent für Ordnung: mehr Polizeipräsenz, Null-Toleranz bei Kriminalität, intelligenter Videoschutz und hervorragend ausgerüstete Sicherheitskräfte sowie ein wehrhafter Rechtsstaat. Wir dulden keine rechtsfreien Räume. Für uns gilt: Opferschutz vor Täterschutz.

Wir brauchen eine CDU-Regierung, damit Baden-Württemberg wieder zum Aufsteigerland wird. Das beginnt bei den Kleinsten mit einem verpflichtenden letzten Kindergartenjahr und der klaren Regel: Erst deutsche Sprache, dann erste Klasse. Unsere Agenda setzt auf Schulen, die echte Chancen eröffnen und digitale Möglichkeiten klug nutzen. Wir stehen zum gegliederten Schulsystem und kehren zur verbindlichen Grundschulempfehlung zurück. Wir müssen unserer Jugend durch Bildung und Ausbildung das Rüstzeug geben, um im KI-Zeitalter zu bestehen. Wir fördern Kreativität und kritisches Denken. Frei nach Einstein: „Die Schule hat stets das Ziel, junge Menschen zu erziehen, die selbständig denken und handeln.“ Wir sind in Bildungsrankings abgerutscht – wir wollen zurück aufs Treppchen. Weil wir unseren Kindern und unseren Pädagogen vertrauen.

Unsere „Agenda der Zuversicht“ ist ein Angebot an alle. Wir wollen ein Land, das zusammenhält – heimatverbunden und weltoffen. Ein Land starker Familien, in dem Traditionen lebendig bleiben. Ein Land, das wir aus der mitfühlenden Mitte heraus gestalten. Dazu gehört bezahlbarer Wohnraum und eine Gesundheitsversorgung in Stadt und Land, bei der der Mensch im Mittelpunkt steht. Zusammenhalt heißt auch Ehrenamt: Wir sind Ehrenamtsland Nummer eins und werden den Engagierten ihre Arbeit endlich wieder erleichtern, statt sie zu behindern.

Die CDU ist die Baden-Württemberg-Partei. Seit gut 75 Jahren tut unsere Politik dem Land gut. Zuversicht und Zusammenhalt sind unsere stärksten Standortfaktoren. Wir machen Politik für die Fleißigen, für alle, die unser Land nach vorne bringen wollen. Am 8. März schlagen wir gemeinsam ein neues Kapitel auf. Mit der „Agenda der Zuversicht“ machen wir Ihnen ein konkretes Angebot – weil die besten Tage Baden-Württembergs noch vor uns liegen. Lassen Sie uns anpacken.

Wir sind bereit, unserem Land zu dienen. Für die Wirtschaft. Für Sicherheit. Für mutige Bildung. Für eine Politik der bürgerlichen Mitte. Damit unser Land in guten Händen ist.

Herliche Grüße
Ihr Manuel Hagel



INHALT

I. WOHLSTANDSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG	08
// WIRTSCHAFTSLAND	09
// HANDWERKERLAND	12
// ENERGIELAND	19
// MOBILITÄTSLAND	22
// WISSENSCHAFTSLAND	28
II. FAMILIENLAND BADEN-WÜRTTEMBERG	34
// BILDUNGSLAND	35
// FAMILIENLAND	46
// BAU- UND WOHNLAND	50
III. HEIMATLAND BADEN-WÜRTTEMBERG	54
// LANDWIRTSCHAFTSLAND	55
// WALDLAND	58
// UMWELTLAND	59
// KLIMASCHUTZLAND	62

IV. EIN SICHERES UND STARKES LAND	64
// SICHERHEITSLAND	65
// RECHTSSTAAT	72
// LAND DER MIGRATION UND INTEGRATION	75
V. EIN LAND, DAS ZUSAMMENHÄLT	80
// GESUNDHEITS- UND PFLEGELAND	81
// SPORT- UND EHRENAMTSLAND	87
// MEDIENLAND	89
// KULTURLAND	91
// WERTELAND	93
VI. ZUKUNFTSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG	96
// MODERNES LAND	97
// KOMMUNALLAND	103
// FINANZEN	105
// EUROPALAND	108

I.**WOHLSTANDSLAND
BADEN-WÜRTTEMBERG****WIRTSCHAFTSLAND**

Baden-Württemberg ist 2036 die stärkste Innovationsregion Europas. Die Summe unserer Wirtschaftspolitik macht uns zur leistungsfähigsten und stärksten Wirtschaftsregion des Kontinents. Damit sichern wir hochwertige Arbeits- und Ausbildungsplätze für die Menschen. Baden-Württemberg wird der Inbegriff für wirtschaftliche Kraft, industrielle Leistungsfähigkeit und technologische Spitzenleistungen. Bei uns entsteht aus Ideen Wohlstand. Handwerk und Mittelstand, unsere Bauernfamilien, stolze Familienbetriebe, Start-ups und Weltmarktführer: Das zusammen macht unser Land aus – heute und morgen. Wir werden Wohlstand bewahren, Zukunftschancen schaffen und Freiheit sichern. Daraus entsteht ein wettbewerbsfähiges und selbstbewusstes Baden-Württemberg in den Metropolen und im ländlichen Raum. Ein Baden-Württemberg, das einlädt mitzumachen – mit einer Wirtschaft, die den Menschen dient.

› VORFAHRT FÜR WIRTSCHAFT, WACHSTUM UND ARBEITSPLÄTZE

Wir bewahren das, was uns groß gemacht hat, und schaffen gleichzeitig Raum für Neues. Unser industrieller Kern ist die Basis der Zukunft. Maschinenbau, Automobilindustrie, Medizintechnik, Chemie, Luft- und Raumfahrt, Robotik, Photonik, Künstliche Intelligenz sowie die Sicherheits- und Verteidigungsbranche stehen für Leistung, Welterfolg und hochwertige Arbeitsplätze in ganz Baden-Württemberg. Handwerk und Mittelstand tragen die Kraft in die Breite und runden die Wertschöpfung ab. All diese Branchen brauchen Zukunft – und zwar in Baden-Württemberg. Wir kämpfen für die Arbeitsplätze in unserem Land. Wir wollen deshalb Vorfahrt für Wirtschaft, Wachstum und Arbeit: in Politik, Verwaltung und Gesetzgebung.

// WIRTSCHAFTSLAND – 09
 // HANDWERKERLAND – 12
 // ENERGIELAND – 19
 // MOBILITÄTSLAND – 22
 // WISSENSCHAFTSLAND – 28

› **DEN WOHLSTAND VON MORGEN SCHAFFEN**

Unser Land ist Hightech-Standort, führend in Künstlicher Intelligenz, Photonik, Quantentechnologien, Biotechnologie und Batterietechnik. Aus Wissen muss Wirtschaftskraft entstehen, aus Forschung müssen Produkte werden. Dafür schaffen wir verlässliche, technologieoffene und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen. Wir setzen auf Fachkräfte, starke Unternehmen, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit, Wissenstransfer und Wachstum – und auf die richtige Politik aus der Mitte. Die Innovationskraft und Anpassungsfähigkeit unserer Wirtschaft liegt in ihrer dezentralen, mittelständischen Struktur, für die wir weiterhin Freiräume schaffen.

› **UNSER MINISTERPRÄSIDENT ALS STARKER BOTSCHAFTER DES STANDORTS BADEN-WÜRTTEMBERG**

Unser Land und seine Wirtschaft brauchen eine starke Stimme in Berlin, in Brüssel und in der ganzen Welt. Unser Ministerpräsident muss deswegen mehr sein als der oberste Verwaltungschef des Landes. Er muss die Interessen unserer Wirtschaft und unserer Beschäftigten kraftvoll vertreten. Im Sinne einer aktiven Ansiedlungspolitik öffnet unser Ministerpräsident Türen in Politik und Märkten und wirbt sichtbar um Investitionen für den Standort Baden-Württemberg. Auf Bundesebene setzt er sich entschlossen für Bürokratieabbau, die Senkung der Abgabenlast und verlässliche, investitionsfreundliche Rahmenbedingungen ein – für Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Land.

› **EXPORTLAND BADEN-WÜRTTEMBERG**

Baden-Württemberg lebt vom Export unserer hervorragenden Produkte und Dienstleistungen in alle Welt. Bei der Erschließung neuer Absatzmärkte wollen wir unsere heimische Wirtschaft unterstützen und so zur Diversifizierung in Zeiten globaler wirtschaftlicher Unsicherheiten beitragen. Die Aktivitäten der Landesagentur Baden-Württemberg International, der Industrie- und Handelskammer mit den Auslandshandelskammern sowie den German Centres unserer Landesbank Baden-Württemberg bündeln wir und schaffen in den für unsere Wirtschaft entscheidenden Märkten „Baden-Württemberg-Business-Center“. So öffnen wir Türen und unterstützen neues Wachstum. Dabei wollen wir insbesondere auch Wachstumsregionen wie Südostasien, Indien und Südamerika in den Blick nehmen.

› **MENSCHEN IN ARBEIT BRINGEN**

Unser Land bietet vielen Menschen gute Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Darauf wollen wir aufbauen. Wir werden Langzeitarbeitslose für den Arbeitsmarkt aktivieren. Menschen mit geringen beruflichen Qualifikationen ebnen wir den Weg in den Job durch Weiterbildung. Wir erwarten vom Bund, dass er Fördermittel nicht nur nach Arbeitslosenquoten verteilt, sondern die Fähigkeiten von Regionen honoriert, Menschen nachhaltig in Arbeit zu bringen.

› **VORBILDLAND FÜR GUTE ARBEIT**

Baden-Württemberg muss Vorbildland für gute Arbeit sein. Wir wollen tariflich entlohnte Arbeit und eine starke Tarifbindung. Arbeit muss einen guten Lebensunterhalt gewährleisten und eine auskömmliche Altersvorsorge ermöglichen. Das bewährte partnerschaftliche Miteinander von Land, Unternehmen, Gewerkschaften, Verbänden und Beschäftigten werden wir auf Augenhöhe fortsetzen. Die gelebte Sozialpartnerschaft ist das Erfolgsmodell. Zugleich setzen wir auf einen verantwortungsvollen Umgang mit Leiharbeit und Werkverträgen und stärken den inklusiven Arbeitsmarkt, der allen echte Perspektiven ermöglicht.

› **ARBEITSZEIT UND ARBEITSMARKT FLEXIBILISIEREN**

Die Arbeitswelt hat sich verändert. Sie ist ortsunabhängiger, digitaler und zeitlich flexibler geworden. Babys, Kleinkinder, Grundschulkinder, Teenager – jede Phase des Aufwachsens stellt Eltern vor die Herausforderung, Familie und Beruf zeitlich unter einen Hut zu bringen. Das Arbeitszeitrecht wird der Vielfalt der Lebensentwürfe nicht gerecht. Daher werden wir uns für eine Flexibilisierung des Arbeitszeitrechts einsetzen, indem die tägliche durch eine wöchentliche Höchstarbeitszeit abgelöst wird. Darüber hinaus sind wir für die Ausdehnung von Teilzeitmodellen im Interesse der Beschäftigten offen. So schaffen wir Freiräume, insbesondere auch für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

› **ZUKUNFTSFONDS BW**

Wir schaffen einen ZukunftsFonds BW. Mit ihm unterstützen wir durch Eigenkapitalinstrumente die Transformation unserer ökonomischen Schlüsselbereiche, denn zukunftsfähige Unternehmen im Strukturwandel dürfen nicht an Kapitalmangel scheitern. Zugleich investieren wir in besonders innovative Unternehmen und erschließen so Zukunftsfelder, um neue Wertschöpfung und Beschäftigung zu generieren. Und schließlich fördern wir Start-ups, insbesondere in der Wachstumsphase, denn junge Unternehmen, Start-ups und Scale-ups sind von entscheidender Bedeutung. Sie sind Innovationstreiber und bringen neue Ideen an den Markt; sie haben das Potential, den Mittelstand von morgen zu bilden. Durch staatlich geförderte Investitionen in Forschungs- und Entwicklungsinfrastrukturen eröffnen wir unbürokratisch Chancen für Start-ups und neue Branchen. Der ZukunftsFonds BW ist für Public-private-Partnership-Modelle offen und wird getragen vom Land sowie von anderen neuen Kapitalgebern.

HANDWERKERLAND

2036 ist Baden-Württemberg das Land der erfolgreichen dualen Ausbildung und eines starken Handwerks. Berufliche und akademische Bildungswege sind gleichwertig und praxisnah. Bildung ist und bleibt die stärkste Investition in unseren Wohlstand. Kluge Köpfe und Talente aus aller Welt kommen gerne nach Baden-Württemberg und tragen zu unserem Wohlstand bei. Die oftmals familiengeführten Handwerksbetriebe sind ein Garant für Wohlstand und sichere Arbeitsplätze.

› **STANDORTVORTEIL DUALE AUSBILDUNG**

Unsere gut ausgebildeten Fach- und Arbeitskräfte sind das Rückgrat unserer Wirtschaft. Weltweit bewundert man unser duales Ausbildungssystem und unsere hochqualifizierten Berufsabschlüsse, die im internationalen Vergleich mindestens Bachelorabschlüssen entsprechen. Wir werden dieses Erfolgsmodell weiter ausbauen und noch deutlicher kommunizieren, welche Chancen und Perspektiven es jungen Menschen bietet. Auch über eine wirkungsvollere Berufsorientierung an allen weiterführenden Schulen und gegenüber Eltern; dabei widmen wir uns auch stärker den Möglichkeiten der Teilzeitausbildung. Unsere beruflichen Schulen entwickeln wir deshalb zu Kompetenzzentren für Ausbildung, Weiterbildung, Technologietransfer und Existenzgründung. Die Berufsbildungsstätten der Wirtschaft werden wir zudem ebenso weiter stärken wie das „Azubi-Wohnen“ vor Ort. Die Auswirkungen der KI auf das Angebot an Ausbildungsplätzen beobachten wir genau und werden die Unternehmen bei der Anpassung ihrer Ausbildungsangebote unterstützen.

› **MEISTERAUSBILDUNG KOSTENLOS**

Berufliche und akademische Bildung sind für uns gleichwertig. Wir wollen daher die Meistergebühren abschaffen. Bis dahin werden wir die von uns eingeführte Meisterprämie auf 3.000 Euro verdoppeln und dadurch die Leistung unserer angehenden Meisterinnen und Meister honorieren und zugleich mehr junge Menschen für das Handwerk motivieren. Gleiches streben wir für andere Branchen an.

› **BADEN-WÜRTTEMBERG FÜR AUSLÄNDISCHE FACHKRÄFTE ATTRAKTIV MACHEN**

Unsere Wirtschaft profitiert von engagierten und fleißigen Fachkräften aus aller Welt. Die von uns neu geschaffene Landesagentur für die Zuwanderung von Fachkräften wollen wir qualitativ stärken, um zügige Verfahren zu gewährleisten und bürokratische Hürden abzubauen. Zuständigkeiten wollen wir bündeln, um zu schnelleren und harmonischeren Verfahren zu kommen. Die Anerkennung gleichwertiger ausländischer Abschlüsse wollen wir beschleunigen. Die Qualität der Abschlüsse steht dabei im Fokus.

MITTELSTANDSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

2036 ist Baden-Württemberg Gründungs- und Mittelstandsland Nummer eins. Wir wollen Mut zur Innovation, Vertrauen in die Menschen und Entschlossenheit im Handeln.

› **VERTRAUEN IN HANDWERK UND FAMILIENUNTERNEHMEN**

Der baden-württembergische Mittelstand ist das Rückgrat unserer Wirtschaft: Er schafft gute, qualifizierte Arbeitsplätze, treibt Innovationen voran und investiert langfristig in unser Land. Familienunternehmen denken in Generationen. Gerade in Krisenzeiten beweist unser Mittelstand Standorttreue und Verantwortung – als Ausbilder, Arbeitgeber und Impulsgeber in Stadt und Land. Diese Loyalität hat unsere volle politische Unterstützung. Handwerk, Handel und Mittelstand verdienen Vertrauen statt Misstrauen. Wir wollen eine Verwaltungskultur des Ermöglichens: keine kleinteilige bürokratische Gängelung, sondern die Nutzung bestehender Ermessensspielräume zugunsten von Wirtschaft, Wachstum und Arbeitsplätzen. Das Förderprogramm „Horizont Handwerk“ bleibt zentrales Instrument unserer Handwerkspolitik. Auch die Förderung des Handels wollen wir fortführen. Viele mittelständische Unternehmen stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen bei der Nachfolge. Deshalb wollen wir Unternehmensnachfolge und -übergabe unterstützen.

› **ENTLASTUNG DER UNTERNEHMEN**

Die aktuelle wirtschaftliche Lage ist für sehr viele mittelständische Unternehmen in Baden-Württemberg schwierig. Deshalb entlasten wir den Mittelstand durch spürbaren Bürokratieabbau, schnellere Genehmigungen und verlässliche Rahmenbedingungen. Berichtspflichten werden reduziert, Verfahren digitalisiert und landesrechtliche Auflagen auf das notwendige Maß begrenzt. Bezahlbare Energie, moderne Infrastruktur und mittelstandsfreundliche Vergaben stärken unsere Unternehmen zusätzlich. So schaffen wir Freiräume für Investitionen, Innovation und Wachstum – und sichern die wirtschaftliche Stärke Baden-Württembergs.

› **VERFAHRENSBESCHLEUNIGUNG UND ONE-STOP-SHOP**

Wir weiten Genehmigungsfiktionen auf geeignete Verwaltungsverfahren aus und passen Haftungsregeln entsprechend an. Wer nicht fristgerecht entscheidet, ermöglicht automatisch den nächsten Schritt – rechtssicher und mit klaren Qualitätsstandards. Ferner werden wir immer mehr Behördenkontakte in Richtung One-Stop-Shop-Prinzip zusammenführen und digitalisieren. So bündeln und verkürzen wir Verfahren, ohne Schutzstandards zu senken. Um Unternehmen eine Anlaufstelle zu geben, wenn sie mit Genehmigungsverfahren nicht vorankommen, soll innerhalb der Landesregierung eine Ombudsstelle eingerichtet werden, an die sich Unternehmen, wann immer sie es für nötig halten, wenden können.

› LANDES-CHATBOT FÜR UNTERNEHMENSANSIEDLUNGEN

Unternehmen, ob aus dem Aus- oder aus dem Inland, die bei uns investieren wollen, brauchen möglichst einfache Zugänge zur Landesverwaltung. Wir wollen die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz konsequent nutzen, um diesen Zugang zu erleichtern, und möchten deshalb einen Chatbot erproben, der als erster Ansprechpartner für solche Unternehmen dienen kann. Der Chatbot soll den Unternehmerinnen und Unternehmern eine Erstorientierung bieten und sie schnell mit den richtigen Stellen beim Land in Verbindung bringen.

› GRÜNDERLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Existenzgründungen und Unternehmensnachfolgen sind ein Zukunftsversprechen für unsere Wirtschaft in Baden-Württemberg. Gerade junge Unternehmen in der Wachstumsphase brauchen Risikokapital. Wir schaffen deshalb Strukturen, die Wagnis belohnen, statt Mut zu bestrafen. In Ergänzung des ZukunftsFonds BW werden wir das Stiftungsrecht dahingehend ändern, dass langfristige Anlagen in unternehmerischen Zukunftsprojekten möglich sind. Zudem führen wir ein Bürokratie-Moratorium für Gründerinnen und Gründer ein, ermöglichen Gründungen digital innerhalb von 48 Stunden und setzen uns für die steuerliche Entlastung junger Unternehmen ein. Wir werden erfahrenen Fach- und Führungskräften mehr Chancen eröffnen, damit sie ihre Erfahrung bei der (Mit-)Gründung von Unternehmen einbringen können. Darüber hinaus wollen wir die Meistergründungsprämie auf weitere Abschlüsse ausdehnen und ihre Beantragung für einen längeren Zeitraum ermöglichen.

› RÜSTUNGSSTANDORT BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg ist ein starker Standort der Sicherheits- und Verteidigungsindustrie, für den wir national und international werben. Wir wollen gute Rahmenbedingungen für Forschung, Entwicklung und Produktion schaffen und so unseren Beitrag zur Verteidigung unserer freiheitlichen Gesellschaft leisten. Dazu gehört für uns insbesondere auch die politische wie administrative Koordination und Unterstützung von Neuansiedlungen und Standorterweiterungen. Die ideologische Trennung zwischen ziviler und militärischer Forschung und Entwicklung muss fallen. Vielmehr müssen wir Synergien bei Innovationen heben und die Chancen für baden-württembergische Unternehmen gerade im Bereich Dual Use nutzen. Damit sichern wir zugleich Wertschöpfung, Hightech-Arbeitsplätze und die industrielle Souveränität Deutschlands und Europas.

› WETTBEWERBSFAKTOR NACHHALTIGE TECHNOLOGIEN

Nachhaltige Technologien sind ein wichtiger Baustein für die industrielle Zukunft Baden-Württembergs. Kreislaufwirtschaft und Recycling – etwa bei seltenen Erden – stärken unsere Resilienz, reduzieren Abhängigkeiten und steigern die Produktivität. Mit Greentech und Cleantech schaffen wir zudem Wertschöpfung auf internationalen Märkten, wodurch neue Arbeitsplätze entstehen. Wir unterstützen entsprechende Forschungen unserer Wissenschaftseinrichtungen.

› INDUSTRIENAHE DIENSTLEISTUNGEN STÄRKEN

Industriennahe Dienstleistungen in technischen wie kaufmännischen Bereichen verbinden technologische Kompetenz mit marktnaher Anwendung und treiben Innovation und Wettbewerbsfähigkeit in Schlüsselbranchen wie Automotive, Maschinenbau und Gesundheit voran. Wir wollen diesen in Baden-Württemberg breit aufgestellten, industriennahen Sektor stärken und seine Rolle als eigenständigen Innovationstreiber im Dialog zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik weiter ausbauen.

INNOVATIONSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg ist 2036 führendes Innovationsland in Deutschland. Wir fördern Mut, Unternehmergeist und die Bereitschaft, neue Wege zu gehen. Wir schaffen Freiräume für Hightech „made in Baden-Württemberg“ und richten unsere Innovationspolitik gezielt auf Felder aus, in denen wissenschaftliche Spitzenleistungen, starke Industriekompetenz und weltweite Marktchancen ineinandergreifen.

› HIGHTECH-AGENDA 2036

Mit einer eigenen Hightech-Agenda besetzen wir die Schlüsseltechnologien der Weltwirtschaft. Dazu nehmen wir insbesondere Künstliche Intelligenz und Mikrotechnologie, Photonik-, Quanten- und Batterietechnologien, Medizintechnik, Robotik, Biotechnologie und Lebenswissenschaften, Fusion und klimaneutrale Energieerzeugung, Fahrzeug- und Antriebstechnik sowie Robotik, Luft- und Raumfahrt, Wehrtechnik und Cybersecurity in den Fokus.

› REGIONALE HIGHTECH-CLUSTER

Wir schaffen regionale Hightech-Cluster – leistungsfähige und landesweit vernetzte Ökosysteme aus Hochschulen, Forschung, Start-ups, Industrie und kleinen sowie mittelständischen Unternehmen. Hierzu wollen wir Wissen schneller in Wertschöpfung überführen, indem wir die Entstehung von Innovationsparks vorantreiben. Jede Region soll ihre individuellen Stärken im Rahmen eines abgestimmten Konzepts zur Clusterbildung nutzen.

› **REALLABORE ALS SONDERWIRTSCHAFTSZONEN FÜR FORTSCHRITT**

Wir brauchen eine Ermöglichungskultur für Investitionen auf allen Ebenen. Wir wollen dabei Technologien unbürokratisch unter realen Bedingungen erproben und so schneller in den Markt überführen. In mindestens zehn Reallaboren wollen wir weitgehend auf landesrechtliche Beschränkungen verzichten. Zugleich werden wir auf Bundesebene und in der Europäischen Union für eine konsequente Regelungsbefreiungsinitiative zugunsten von Innovationen sorgen. Solche regionalen oder branchenspezifischen Sonderwirtschaftszonen können wir uns unter anderem für die Fahrzeug- und Antriebstechnik, die Künstliche Intelligenz, die Energieversorgung sowie Photonik, Quanten- und Batterietechnologie, Robotik, Wehrtechnik, Lebenswissenschaften und Medizintechnik vorstellen.

› **DATENNUTZUNG ALS INNOVATIONSTREIBER**

Daten sind einer der Rohstoffe des 21. Jahrhunderts. Sie ermöglichen nicht nur neue digitale Geschäftsmodelle, sondern eröffnen auch klassischen Branchen neue Geschäftszweige und modernere Arbeitsprozesse. Wir wollen Daten verantwortungsvoll nutzbar machen und setzen dabei auf Datensicherheit statt auf überzogenen Datenschutz. Dazu schaffen wir unter anderem eine einheitliche Landesdatencloud und vernetzen vorhandene Wissensangebote dazu in zentralen Hubs. Darüber hinaus werden wir im Bereich des Mobilfunks bestehende „Funklöcher“ schließen, für ein weitreichendes 5G-Netz sorgen und eine digitale Infrastruktur aufbauen, die auch in der Fläche Weltklasse ist.

AUTOLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg ist 2036 weiterhin Autoland: Wertschöpfung, Forschung, Innovation und Produktion rund um Autos, Lkw und Busse sichern Spitzenarbeitsplätze und internationale Wettbewerbsfähigkeit. Starke Zulieferketten, exzellente Ingenieurskunst und verlässliche Rahmenbedingungen halten Entwicklung und Fertigung im Land – vom Mittelstand bis zum Global Player.

› **LEITINDUSTRIE ERHALTEN UND AUTOMOBILSTANDORT VORANBRINGEN**

Als Exportland braucht Baden-Württemberg eine starke Automobilindustrie. Wir setzen bei der Erreichung unserer Klimaziele auf Technologieoffenheit, wollen das Verbrennerverbot abschaffen und die Flottengrenzwerte flexibilisieren. So halten wir Wertschöpfung im Land, sichern Beschäftigung und ermöglichen Klimaschutz durch Wettbewerb der besten Lösungen – egal ob E-Autos, synthetische Kraftstoffe, Hybride, Plug-ins oder hocheffiziente Verbrenner. Nicht die Politik entscheidet, welche Technik sich durchsetzt, sondern der Markt. Wir werden regionale Cluster vernetzen.

› **VERLÄSSLICHE EUROPÄISCHE RAHMENBEDINGUNGEN**

Um das Automobil der Zukunft erfolgreich zu gestalten, braucht Baden-Württemberg vor allem eines: verlässliche europäische Rahmenbedingungen. Wir setzen uns daher für eine grundlegende Weiterentwicklung der europäischen Regulierung ein, die auch den gesamten Lebenszyklus von der Herstellung bis zur Entsorgung in die Betrachtung einbezieht. Eine moderne CO₂-Regulierung muss realistisch, planbar und auf technologischen Fortschritt ausgerichtet sein. Sie muss Unternehmen ermöglichen, in Forschung, Produktion und neue Antriebe zu investieren – und damit Wertschöpfung und insbesondere Arbeitsplätze in Baden-Württemberg zu erhalten.

› **AUF DEN KRAFTSTOFF KOMMT ES AN**

Neben der Elektromobilität wollen wir, dass synthetische und biogene Kraftstoffe eine echte Rolle in der europäischen Regulierung spielen. Sie sind ein Schlüssel, um den Fahrzeugbestand klimaneutral zu machen. Deshalb setzen wir uns dafür ein, diese Kraftstoffe künftig auf die CO₂-Bilanz anzurechnen und ihren Markthochlauf regulatorisch zu unterstützen. Baden-Württemberg steht für einen industriepolitischen Kurs, der Klimaneutralität durch Fortschritt, stabile industrielle Strukturen und eine starke Rolle unserer Ingenieurskunst verbindet. Nur so bleibt unser Land auch in Zukunft ein globaler Taktgeber für Mobilität.

› **BADEN-WÜRTTEMBERG ALS MUSTERLAND FÜR AUTONOMES FAHREN**

Unser Ziel: Ganz Baden-Württemberg wird Testfeld für autonomes Fahren und zum Vorreiter in Europa und der Welt. Wir beschleunigen Forschung und Entwicklung für autonomes Fahren und setzen uns dafür ein, dass Baden-Württemberg zum Vorreiter bei der Erprobung wird. Wir richten dazu Pilotkorridore in Stadt und Land ein, verknüpfen sie mit ÖPNV, Logistik und Campusflächen und binden Hochschulen, Mittelstand und Industrie ein. Dafür erarbeiten wir einen klaren Rechtsrahmen, erweiterte Genehmigungsmöglichkeiten und praxistaugliche Sicherheitsstandards, die Innovation ermöglichen, statt sie zu bremsen.

TOURISMUSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg ist 2036 Deutschlands Tourismusland Nummer eins – wir verbinden wunderschöne Landschaften, traditionsreiche Städte und Gemeinden, vielfältige Kulinarik und unsere weltweit geschätzte Gastlichkeit. Tourismus macht unser Land erlebbar, bietet Wohlfühlorte für die Menschen und sichert zugleich gute Arbeitsplätze im ganzen Land.

› **STERNE- UND GENIESSERLAND**

Unsere vielen mittelständischen Gastronomiebetriebe brauchen gute und verlässliche Rahmenbedingungen. Deshalb haben wir uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Speisen in der Gastronomie dauerhaft dem ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent unterliegen. Das schafft Raum für zukunftsichernde Investitionen und sichert Betriebe gerade auch im ländlichen Raum.

› **NEUE TOURISMUSSTRATEGIE**

Gemeinsam mit allen Akteuren im Tourismus wollen wir eine moderne, ganzheitliche Tourismusstrategie für Baden-Württemberg entwickeln, die Qualität, Nachhaltigkeit, Digitalisierung und internationale Spitzenpositionierung vereint. Unser Ziel ist es, die Stellung unseres Landes als Qualitäts-Tourismusregion auszubauen und so für Wertschöpfung und hochwertige Arbeitsplätze im ganzen Land zu sorgen.

› **FACHKRÄFTE SICHERN UND GEWINNEN**

Der Erfolg im Tourismus hängt entscheidend von motivierten und gut ausgebildeten Fachkräften ab. Wir unterstützen deshalb Ausbildung, Weiterbildung und innovative Konzepte zur Mitarbeiterbindung. Zudem setzen wir auf internationale Fachkräfteinitiativen und stärken die Attraktivität von Ausbildungsberufen im Gastgewerbe.

› **TOURISMUSINFRASTRUKTUR STÄRKEN**

Mit dem Tourismusinfrastrukturprogramm setzen wir wichtige Impulse. Dieses erfolgreiche Programm wollen wir stärken und weiterentwickeln – mit Schwerpunkten auf Innovation, Mobilität, Barrierefreiheit, Digitalisierung und Nachhaltigkeit. Durch klare Förderstrukturen wollen wir die Eigenverantwortung für die Betriebe stärken sowie die Effizienz steigern und den Unternehmen noch mehr Planungssicherheit geben.

ENERGIELAND

Baden-Württemberg steht 2036 für eine Energieversorgung, die sicher, bezahlbar und umweltfreundlich ist. Wir verbinden Versorgungssicherheit, wirtschaftliche Stärke und sozialen Ausgleich – durch Technologieoffenheit statt Ideologie. Wir schaffen ein Energiesystem, das Menschen und Unternehmen zuverlässig versorgt und die Chancen unseres Landes stärkt.

› **VERSORGUNGSSICHERHEIT UND BEZAHLBARKEIT FÜR ALLE**

Energie darf kein Luxusgut sein. Bürgerinnen und Bürger brauchen verlässliche Preise, Unternehmen planbare Rahmenbedingungen. Wir werden uns deshalb für wettbewerbsfähige Energiekosten und Technologieoffenheit einsetzen. Einer Benachteiligung Baden-Württembergs durch diskriminierende Strompreiszonen treten wir entgegen. Den Landesentwicklungsplan werden wir nutzen, um Gas-, Wasserstoff- und CO₂-Transport, Stromnetze und Umspannwerke aus einem Guss zu entwickeln. Genehmigungsverfahren werden systematisch verschlankt und beschleunigt. Beim bundesweiten Ausbau des Wasserstoff-Kernnetzes muss Baden-Württemberg mit all seinen Regionen angebunden werden.

› **SPEICHER UND FLEXIBLE KAPAZITÄTEN AUSBAUEN**

Wir weisen über ein Raumkonzept geeignete Flächen für Großbatteriespeicher aus und treiben den Zubau flexibler Kraftwerkskapazitäten voran. Ausschreibungen des Bundes sollen so ausgestaltet werden, dass für Baden-Württemberg 6,5 Gigawatt zusätzliche Kraftwerkskapazität gesichert werden. Blockheizkraftwerke, Biogasanlagen, Wärmesysteme und Industrieanlagen werden dabei gleichberechtigt einbezogen.

› **ERNEUERBARE ENERGIEN – BREIT, NETZORIENTIERT, AKZEPTIERT**

Wir setzen auf Vielfalt: Biogas, Biomasse, Fluss- und Seewärme, Photovoltaik, Solarthermie, Wasserkraft, Windkraft sowie tiefe und bodennahe Geothermie, unter Sicherstellung von Entschädigungsregelungen, auch grenzüberschreitend. Entscheidend sind die netzorientierte Umsetzung und die Akzeptanz bei den Menschen vor Ort. Eine Superprivilegierung der Windkraft gegenüber anderen Belangen lehnen wir ab. Im Sinne einer bezahlbaren Energieversorgung setzen wir uns bei der Windkraft zudem für eine wettbewerbsorientierte Anpassung des Referenzertragsmodells sowie für eine räumliche Verträglichkeit ein. Insbesondere legen wir Wert auf eine faire finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Erträgen örtlicher Windenergieanlagen in Höhe von mindestens 0,2 Cent je Kilowattstunde. Akzeptanz entsteht durch Teilhabe.

› **PHOTOVOLTAIK MARKT- UND NETZGERECHT WEITERENTWICKELN**

Baden-Württemberg ist Vorreiter beim Photovoltaikausbau. Diesen erfolgreichen Weg wollen wir weiter beschreiten. Zugleich wollen wir sicherstellen, dass niemand zum Bau nachweislich unwirtschaftlicher Anlagen gezwungen wird. Wir setzen auf netzdienliche Lösungen und wollen neue Photovoltaikprojekte sowie die damit in Zusammenhang stehenden Nebenanlagen unbürokratisch ermöglichen. Dabei wollen wir beispielsweise auch Freiflächenanlagen auf Parkplätzen, entlang von Landes- und Bundesstraßen, auf Grenzertragsflächen sowie Agri-Photovoltaik und die Errichtung schwimmender Photovoltaikanlagen erleichtern.

› **BIOGASBESTAND ERHALTEN UND DEN AUSBAU VERSTETIGEN**

Biogas ist und bleibt ein wertvoller Bestandteil unserer Energieversorgung. Vor allem in Verbindung mit der Wärmebereitstellung bietet Biogas eine Ergänzung zu fossilen und volatilen Energieträgern. Wir erhöhen Zahl und Flexibilität moderner Anlagen und ermöglichen nachhaltige Geschäftsmodelle mit Energiedienstleistern und Erzeugern. Darüber hinaus unterstützen wir die Weiterentwicklung der Biomethanherzeugung.

› **TECHNOLOGIEOFFENHEIT UND INNOVATION BESCHLEUNIGEN**

Baden-Württemberg ist offen für neue Technologien, ohne sich Illusionen hinzugeben. Priorität haben Energieeffizienzmaßnahmen, erneuerbare Energien, Wasserstoff und synthetische Gase. Kommunale, regenerativ betriebene Wirtschaftsnetze werden wir über das kommunale Investitionsförderprogramm weiter unterstützen. Forschung, Entwicklung, Erprobung und Skalierung werden wir ermöglichen und beschleunigen. Als Wissenschafts- und Technologie-land werden wir dabei auch die Forschung im Bereich der Kernfusion und im Bereich anderer innovativer Technologien fördern.

› **VERLÄSSLICHE UND ERSCHWINGLICHE WÄRMEVERSORGUNG**

Wir setzen in der Wärmeversorgung auf Wahlfreiheit und Wettbewerb. Maßstab ist die reale CO₂-Reduktion je Einheit, nicht die Vorgabe einzelner Technologien. Ziele sind weniger Bürokratie, klare Zuständigkeiten und spürbare Entlastung. Deshalb schaffen wir das Erneuerbare-Wärme-Gesetz ab und verbessern die Qualität der kommunalen Wärmeplanung, sodass Wärmenetze dort geplant werden, wo der Bau wirtschaftlich sinnvoll ist. Bestehende Infrastruktur wie Gasnetze und Blockheizkraftwerke wird pragmatisch weitergenutzt und an europäische Vorgaben angepasst. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss sich eine warme Wohnung leisten können – unabhängig vom Einkommen.

MOBILITÄTSLAND

Baden-Württemberg steht 2036 für eine Mobilität, die Menschen, Regionen und Ideen zuverlässig verbindet. Unser Land ist ein international führender Mobilitätsstandort, weil wir auf Fortschritt, Innovation und Leistungsfähigkeit setzen statt auf Verbote. Wir stehen für eine Verkehrspolitik, die Lebensqualität, Wettbewerbsfähigkeit und moderne, nachhaltige Technik miteinander vereint. Unser Ziel: ein Mobilitätssystem, das Menschen, Waren und Dienstleistungen effizient ans Ziel bringt und die Chancen unseres Landes stärkt.

STARKE INFRASTRUKTUR

Im Jahr 2036 ist Baden-Württemberg ein Land, in dem Infrastruktur wieder als Zukunftsinvestition verstanden wird. Straßen, Schienen, Radwege, Wasserstraßen und Luftfahrt sind sicher, leistungsfähig und zuverlässig. Baustellen sind koordiniert, Engpässe konsequent beseitigt. Wer unterwegs ist, steht nicht mehr im Dauerstau, sondern kommt an. Wir machen eine Infrastrukturpolitik, die dafür sorgt, dass bedeutende Projekte innerhalb des vorgegebenen Zeit- und Finanzrahmens realisiert werden.

› INVESTITION IN MODERNE UND BELASTBARE INFRASTRUKTUR

Wer Mobilität sichern will, muss Infrastruktur erhalten und ausbauen. Statt jahrelanger Verfahrens- und Genehmigungs-marathons setzen wir auf eine „Planungsoffensive“, schaffen klare Verfahren und sorgen für schnelle Entscheidungen. Straßen und Schienenwege werden konsequent modernisiert. Hierzu gehört auch, wichtige Verkehrsadern im urbanen Bereich nach Möglichkeit unter die Erde zu verlagern, um die Menschen zu entlasten und die Natur zu schützen. Die Projekte aus dem Bundesverkehrswegeplan 2030 und dem Maßnahmenplan Landesstraßen setzen wir konsequent um. Insbesondere unterstützen wir ausdrücklich die zügige Umsetzung aller vorgesehenen Autobahn-Aus- und -Neubauprojekte in Baden-Württemberg. Den ideologisierten Klimacheck in der Verwaltungsvorschrift zum Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz schaffen wir ab. Bei der Fortschreibung des Bundesverkehrswegeplans bringen wir unsere baden-württembergischen Interessen auf Bundesebene stark zur Geltung. Bei Sanierungen von Straßen, für die bisher keine Erschließungsbeiträge erhoben wurden, soll auf die Erhebung verzichtet werden können, wenn die Straße vor dem 3.10.1990 zum ersten Mal hergestellt wurde.

› SANIERUNGSOFFENSIVE FÜR MODERNE BRÜCKEN

Wir machen unsere Brücken fit für die Zukunft: Wir erhöhen die jährlichen Erhaltungsmittel schrittweise, sodass sie bis 2030 auf das Doppelte des heutigen Niveaus steigen. Damit schaffen wir die Grundlage für effiziente, transparente und planbare Sanierungen im ganzen Land. Bei der Umsetzung vor Ort behalten wir die Belastungen für die Verkehrsteilnehmer und die betroffenen Bürgerinnen und Bürger fest im Blick.

› DIGITALISIERTE BAUSTELLEN MIT KLUGER VERKEHRSLENKUNG

Große Projekte im Straßen- und Brückenbau werden künftig über BIM-basierte Plattformen gesteuert: Materiallieferungen, Maschinen und Personal werden in Echtzeit koordiniert. Ampeln und Umleitungen werden dynamisch an Baustellen angepasst, um Staus zu minimieren. Kommunen, Bauunternehmen und Landesbehörden erhalten transparente Zeitpläne, die den Verkehrsfluss und die Baufortschritte abbilden. Damit reduzieren wir Kosten, minimieren Staus und erhöhen die Sicherheit für alle Verkehrsteilnehmer. Mit 24-Stunden-Baustellen auf hochbelasteten Strecken verkürzen wir die Bauzeiten deutlich.

› LOGISTIKKETTEN MODERNISIEREN

Das Land unterstützt gezielt den Ausbau und die Digitalisierung von Kombinierten-Verkehr-Terminals entlang der Hauptverkehrsachsen. Durch automatisierte Umschlagprozesse und bessere Anbindung an Schiene und Straße stärken wir die regionale Wirtschaft und entlasten die Straßen. Für uns gilt: keine zusätzliche Belastung des Wirtschaftsverkehrs – deshalb keine Lkw-Maut auf Landes- und Kommunalstraßen.

› INITIATIVE „GÜTERVERKEHR 2036“

Durch gebündelte Investitionen von Bund und Land in zusätzliche Lkw-Stellplätze, Ladepunkte für E-Lkw und Wasserstoff-Lkw sowie ausgewiesene Lieferzonen in Städten vermeiden wir Engpässe, entlasten das Fahrpersonal und sichern die Versorgung. Wir machen Baden-Württemberg zum Vorreiter digitaler und nachhaltiger City-Logistik. In Modellstädten erproben wir gemeinsam mit Handel und Logistikunternehmen neue Konzepte für die letzte Meile – etwa Mikrodepots, automatisierte Lieferfahrzeuge und digitale Plattformen. So werden innerstädtische Transporte effizienter, emissionsärmer und besser steuerbar.

› LUFTVERKEHR UND DIE WASSERSTRASSEN STÄRKEN

Unsere Flughäfen bleiben auch in Zukunft entscheidend für Wirtschaft und Tourismus. Wir unterstützen ihre bessere Anbindung, digitale Abläufe und die Erprobung alternativer Antriebe. Den Flughafen Stuttgart werden wir in seinen Bemühungen um mehr Langstreckenflüge aktiv unterstützen und dank neuem Fernbahnhof im Rahmen von Stuttgart 21 besser mit der Bahn vernetzen. Forschung und Praxisprojekte für den Einsatz von Transportdrohnen im Express- und Ersatzteilverkehr sollen in Kooperation mit den Flughäfen gezielt gefördert werden. So entsteht ein neues Innovationsfeld, das Wirtschaft, Wissenschaft und Mobilität im Land verbindet. Unsere Häfen und Wasserstraßen erhalten wir leistungsfähig und modern, auch im Hinblick auf die Neckarschleusen und insbesondere ihre Länge. Als wichtige Verkehrsadern für Güter und Wirtschaft entlasten sie Straße und Schiene effizient und umweltfreundlich.

MOBILITÄT DER ZUKUNFT

2036 ist Baden-Württemberg nicht nur Nutzer, sondern Gestalter umweltfreundlicher Mobilität. Wir setzen auf Innovation statt auf Bevormundung. Batterie, Wasserstoff, alternative Kraftstoffe wie beispielsweise E-Fuels, hocheffiziente Verbrenner und neue Technologien wirken zusammen – für echten Klimaschutz, wirtschaftliche Stärke und Freiheit bei der Wahl des Antriebs.

› TECHNOLOGIEOFFENHEIT FÜR UMWELTSCHUTZ MIT VERNUNFT

Umweltfreundliche Mobilität braucht Vielfalt, nicht ideologische Verengung. Das derzeitige Null-Emissionsziel ab 2035 für Neuwagen läuft faktisch auf ein Verbot moderner Verbrennungs- und Hybridmotoren hinaus – allein deshalb, weil sie am Auspuff unvermeidbar CO₂-Emissionen aufweisen. Damit sind Arbeitsplatzverluste real, technologische Abhängigkeiten und der Verlust einer Schlüsselindustrie. Das Verbrenner-Aus muss daher weg.

› INNOVATION UND PLANUNGSSICHERHEIT

Wir unterstützen E-Mobilität, Wasserstoff und synthetische Kraftstoffe gleichermaßen. Lade- und Tankinfrastruktur werden mit beschleunigten Genehmigungsverfahren zügig ausgebaut. Bidirektionales Laden spielt dabei eine besondere Rolle, um die Netze zu stabilisieren und den Eigenverbrauch bei Photovoltaikanlagen zu optimieren. Straßenlaternen werden in einem Pilotprojekt zu Ladepunkten weiterentwickelt – ein pragmatischer Weg, um das Laden dort zu ermöglichen, wo Menschen parken.

› VERLÄSSLICHE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR SYNTHETISCHE KRAFTSTOFFE

Wer investiert, braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Für den Markthochlauf von synthetischen Kraftstoffen setzen wir uns für einen Rechtsrahmen ein, der diese Freiheit und Sicherheit gibt. Wir wollen gezielt konkrete Anwendungsprojekte unterstützen, um Wertschöpfung und technologische Führung für synthetische Kraftstoffe im Land zu sichern. Wir setzen auf stabile Förderkulissen, langfristige Strategien und industriepolitische Stärke.

› SMARTER VERKEHR FÜR WENIGER STAU UND MEHR SICHERHEIT

Intelligente Ampelsteuerungen, Echtzeitdaten und KI-gestützte Verkehrs- und Parkleitsysteme verbessern den Verkehrsfluss und senken Emissionen. Starre Zugangsbeschränkungen wie eine City-Maut lehnen wir hingegen ab. In der Verkehrssicherheit bleibt unser Ziel klar: Jeder im Verkehr zu Tode gekommene Mensch ist einer zu viel – wir arbeiten weiter an der Umsetzung der Vision Zero. Autonomes Fahren, automatisierte Logistik und digitale Mobilitätsdienste eröffnen gerade im ländlichen Raum neue Chancen. Wir setzen auf Pilotprojekte, Innovation und den Mut, Neues zuzulassen und auszuprobieren.

MOBILITÄT FÜR ALLE

2036 ist Mobilität für alle Menschen in Baden-Württemberg gut zugänglich und bezahlbar – auch im ländlichen Raum. Mobilität darf keine Frage des Geldbeutels oder der Postleitzahl sein. Wer Bahn oder Bus nutzt, kann sich auf Pünktlichkeit, Sauberkeit, Taktung und Anschluss verlassen. Wir machen den ÖPNV stark, statt Autofahrerinnen und -fahrer zu bestrafen.

› KONSEQUENTER AUSBAU DES ÖPNV

Taktverdichtungen, attraktive Anschlüsse, neue Strecken und moderne Fahrzeuge sorgen für Qualität. Wir werden deshalb die Busunternehmen bei der Umstellung der Fahrzeugflotte auf moderne Antriebe unterstützen. Pünktlichkeit, genügend Kapazität, barrierefreie, sichere und saubere Bahnhöfe sowie klare Linien machen das System verlässlich. Das Angebot muss die Fahrgäste überzeugen, denn der Umstieg kann nicht verordnet werden. Bei der Konzeption des Angebots stimmen wir uns eng mit den Aufgabenträgern und den Verkehrsunternehmen ab. Wir unterstützen die Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken bei entsprechendem Bedarf. Den viergleisigen Ausbau der Rheintalbahn zwischen Offenburg und Basel sowie den Lückenschluss der Güterbahntrasse zwischen Frankfurt und Karlsruhe unterstützen wir ebenso wie regionale Ausbauprojekte mit landesweiter Bedeutung und drängen auf einen sinnvoll koordinierten Bauablauf.

› **QUALITÄTSSOFFENSIVE SCHIENENVERKEHR**

Qualität und Zuverlässigkeit im regionalen Bahnverkehr stehen für uns an erster Stelle. Dafür braucht es wirksame Anreiz- und Sanktionsmechanismen für Eisenbahnunternehmen bei Verspätungen und Zugausfällen. Unseren Fokus legen wir auf eine engere Zusammenarbeit aller Eisenbahnunternehmen, kurze Entscheidungswege sowie übergreifend funktionierende und digitalisierte Prozesse. Unerlässlich ist zudem die pünktliche Anmeldung von Baustellen und deren Abwicklung im vorgesehenen Zeitplan. Hinzu kommt die Stärkung des Sicherheitsgefühls, etwa durch mehr Sicherheitspersonal im Bahnverkehr in den Abend- und Nachtstunden sowie einen flächendeckenden Videoschutz in Zügen, S-Bahnen, Bussen und an Bahnhöfen.

› **STUTTGART 21 ALS HERZSTÜCK DES ÖPNV IM LAND**

Stuttgart 21 wird als leistungsfähiger Verkehrsknoten vollendet, gekoppelt an den digitalen Knoten Stuttgart, um Kapazität, Pünktlichkeit und verlässliche Anschlüsse zwischen Fern- und Regionalverkehr sowie weiteren Verkehrsträgern zu gewährleisten. Die durch Bauarbeiten notwendigen Einschränkungen für die Fahrgäste müssen so gering wie möglich gehalten werden. Der Pfaffensteigtunnel sorgt künftig für eine starke Direktanbindung der Gäubahn an die Landeshauptstadt und den Flughafen Stuttgart – auch bis zur Realisierung des Pfaffensteigtunnels muss eine attraktive Anbindung der Landeshauptstadt durch die Gäubahn sichergestellt werden. Eine Unterbrechung der Direktanbindung Singen–Zürich vor Inbetriebnahme von Stuttgart 21 darf es nicht geben. Die Maßnahmen zur Beschleunigung der Gäubahn müssen mit Hochdruck vorangetrieben werden.

› **VERKEHRSTRÄGER ZU EINEM INTELLIGENTEN GESAMTSYSTEM VERNETZEN**

Bus, Bahn, Auto, Rad und Sharing müssen zusammenspielen. Deutschlandticket und JugendTicketBW haben gezeigt, wie vereinfachte Tarife und digitale Lösungen den ÖPNV stärken können. Harmonisierte digitale Plattformen mit Echtzeitinformationen, abgestimmte Fahrpläne mit angemessenen Umsteigezeiten, variable Abfahrtszeiten der Anschlüsse bei Verspätungen, einheitliches Ticketing und bessere Fahrgastinformationen machen den ÖPNV zur echten Alternative. Die regional verankerten und örtlich vernetzten Verkehrsverbünde spielen dabei eine Schlüsselrolle. Um ihre Schlagkraft zu stärken, wollen wir Doppelstrukturen reduzieren und den Zusammenschluss kleinerer Verbünde unterstützen. Das erfolgreiche Regiobus-Programm werden wir fortführen und weiter ausbauen. Dabei werden wir insbesondere die privaten und in der Regel familiengeführten Busunternehmen als Rückgrat des Nahverkehrs in den Blick nehmen. Die ÖPNV-Vergabeverfahren wollen wir zudem vereinfachen.

› **MOBILITÄT IM LÄNDLICHEN RAUM SICHERN**

Neben dem Individualverkehr und dem klassischen ÖPNV setzen wir zusätzlich auf Rufbusse, On-Demand-Verkehre, Mitfahrplattformen sowie Sharing-Formate und fördern flexible Angebote. Wir unterstützen, was funktioniert – und überlassen den Kommunen die Entscheidung, was vor Ort gebraucht wird.

› **FÜHRERSCHEIN GÜNSTIGER MACHEN**

Gerade junge Menschen und Auszubildende im ländlichen Raum sind oft auf das Auto angewiesen. Der Erwerb des Führerscheins darf nicht an finanziellen Hürden scheitern. Wir unterstützen daher Initiativen, die Fahrausbildung – auch für Lkw- und Busführerscheine – günstiger und praxisnäher zu machen, ohne Abstriche bei der Verkehrssicherheit.

› **RAD- UND FUSSVERKEHR: SICHER UND ALLTAGSTAUGLICH**

Wir setzen auf barrierefreie Fußwege, durchgängige Radnetze, sichere Kreuzungen und Zebrastreifen, ausreichend Abstellmöglichkeiten und gute Beleuchtung. So wird Radfahren und Zufußgehen komfortabel, schnell und sicher. Ein besonderes Augenmerk legen wir auf sichere Schulwege. Für die wachsende Gruppe der Mountainbikerinnen und -biker werden wir gemeinsam neue Lösungen finden, die den Interessen aller Nutzergruppen gerecht werden.

› **IN RADWEGE INVESTIEREN**

Wir setzen auf praktikable Lösungen: Radwege entlang von Bundes- und Landesstraßen, sichere Ortsdurchfahrten und intelligente Querungshilfen. Der Ausbau erfolgt dort, wo Menschen tatsächlich fahren – nicht mit der Gießkanne, sondern nach Bedarf. Lückenschlüsse im ländlichen Raum und insbesondere entlang von Landstraßen haben wir besonders im Blick. Auf hoch frequentierten Strecken treiben wir den Bau von Radschnellwegen für den Alltagsverkehr voran.

› **INTELLIGENTE VERKNÜPFUNG MIT ANDEREN VERKEHRSTRÄGERN**

Bike and Ride, sichere Abstellanlagen an Bahnhöfen und gute Taktung machen das Fahrrad zum natürlichen Partner des ÖPNV. Den Radroutenplaner entwickeln wir weiter zu einem einheitlichen System, das Baustellen, Sperrungen, Abstellplätze und Alternativrouten in Echtzeit darstellt.

WISSENSCHAFTSLAND

Baden-Württemberg steht 2036 für eine Wissenschafts- und Innovationskultur, die Talente anzieht, den wissenschaftlichen Fortschritt antreibt und Wohlstand schafft. Mit Forschung, Innovation, Transfer und Lehre auf Weltniveau leisten wir einen wesentlichen Beitrag für die Welt von morgen. Wir setzen auf Exzellenz, Effizienz und Freiheit. Mit einem leistungsfähigen Ökosystem aus Hochschulen, Forschung und Wirtschaft stehen wir bei Zukunftstechnologien und Gründungen an der Spitze.

› BESTE BEDINGUNGEN IN STUDIUM UND LEHRE

An unseren weltweit renommierten Universitäten und Hochschulen wollen wir beste Studien- und Lehrbedingungen bieten. Wir werden deshalb die personelle Ausstattung stärken, Spitzenberufungen erleichtern und in hervorragende Studienbedingungen investieren. Dies umfasst auch die Studierendenwerke. Die Kofinanzierung von Bundesinvestitionen stellen wir sicher und übernehmen den Landesanteil an den Art.-91b-GG-Bauten. Den Sanierungsstau bei Hochschulgebäuden bauen wir konsequent ab und ermöglichen schnelle Neubauten in standardisierter und modularisierter Bauweise. Zugleich wollen wir zusätzliche bezahlbare Wohnheimplätze schaffen.

› INTERNATIONAL GUT AUFGESTELLT

Baden-Württemberg ist 2036 Weltspitze. Wir werden unsere Universitäten, Hochschulen und Forschungseinrichtungen bei ihrer internationalen Positionierung unterstützen sowie die Vernetzung und enge Zusammenarbeit mit globalen Spitzeneinrichtungen fördern. Zugleich starten wir ein „Stay in BW“-Programm, um Talente bei uns in Baden-Württemberg zu halten und in den Arbeitsmarkt zu bringen. Neben regionalen Netzwerken und Mentoring-Programmen wollen wir dafür insbesondere Stipendien schaffen, die an einen nachlaufenden Mindestverbleib in Baden-Württemberg geknüpft sind.

› WISSENSCHAFTSFREIHEIT SICHERN

Die Freiheit von Forschung und Lehre ist unantastbar. Staatliche Eingriffe oder ideologische Vorgaben lehnen wir ab. Das gilt auch für die Schaffung von weltanschaulich motivierten Einrichtungen. Die Grundfinanzierung wird weiterhin verlässlich gewährleistet und zugunsten des offenen Forschungsdiskurses gegenüber den Projektfinanzierungen gestärkt. Dafür werden wir uns auf Ebene der überregionalen Forschungsförderung einsetzen. Zivilklauseln jeder Art werden abgeschafft, denn Wissenschaftsfreiheit gilt auch für Sicherheits- und Verteidigungsforschung.

› BIBLIOTHEKEN UND ARCHIVE STÄRKEN

Bibliotheken und Archive sind das Fundament unserer Wissensgesellschaft. Sie sichern Wissen und machen es für alle zugänglich. Wir stärken sie als „Dritte Orte“, als Orte des Wissenserwerbs und der Vernetzung sowie als digital zugängliche Datenbanken. Wissenschaftliche Periodika sollen auch für automatisierte KI-Abfragen zugänglich sein.

LAND DER TÜFTLER UND DENKER

Baden-Württemberg ist 2036 Gründungs- und Innovationsland Nummer eins in Deutschland. Wir sind Vorreiter in Forschung und Entwicklung und machen kluge Ideen zu innovativen Produkten. Mit unseren vielen Gründerinnen und Gründern wird Baden-Württemberg zur Heimat der Weltmarktführer von morgen.

› GRÜNDUNGS- UND INNOVATIONSKULTUR AUSBAUEN

Wir wollen alles dafür tun, dass aus klugen Ideen schneller Anwendungen und neue Unternehmen entstehen. Hierfür werden wir die Gründertätigkeit als gleichwertige Kernaufgabe der Hochschulen neben Forschung und Lehre gesetzlich verankern. Mit leistungsorientierter Mittelvergabe, Folgeprogrammen zur Anschlussfinanzierung sowie gezielter Unterstützung für technologieintensive Innovationen fördern wir zukunftsweisende Forschungsprojekte. Wechsel zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sollen in beide Richtungen leichter möglich werden. Für Forscherinnen und Forscher, die Innovationen in die Praxis tragen, schaffen wir faire und attraktive Wege zurück in die Wissenschaft. Gleichzeitig werden wir Gründungen durch Professorinnen und Professoren erleichtern. So wollen wir Unternehmergeist fördern und Talente für die Wissenschaft erhalten. Mittels Genehmigungsfiktionen und großzügiger Übergangsregelungen wollen wir erfolgreiche ausländische Promovierende etwa für Gründungsvorhaben langfristig im Land halten.

› FREIHEIT FÜR INNOVATION

Wir reformieren das Landeshochschulgesetz und schaffen rechtssichere, praxistaugliche Regeln, damit Hochschulangehörige ihre Ideen zügig in erfolgreiche Ausgründungen einbringen können. Klare Vorgaben zu Nebentätigkeiten und Interessenkonflikten ermöglichen dabei flexible Beteiligungen. Im Einklang mit EU-Beihilferecht definieren wir, wann und wie sich Hochschulen mit Kapital, Infrastruktur und Know-how an Ausgründungen beteiligen dürfen.

› STARKE GRÜNDERZENTREN MIT PRE-SEED-FINANZIERUNG

Baden-Württemberg baut in Kooperation mit den Hochschulen starke Gründerzentren auf. Mit einheitlicher Pre-Seed-Finanzierung, enger Forschungsanbindung und landesweiter Koordinierung begleiten wir Start-ups von der Idee bis zur Marktreife. So entsteht ein robustes Innovationsökosystem, das zur Sicherung des Standorts Baden-Württemberg beiträgt. Aussichtsreiche Start-ups und Ausgründungen sollen auch über die Pre-Seed-Phase hinaus stärker als bisher unterstützt werden.

› ZEITGEMÄSSER UMGANG MIT GEISTIGEM EIGENTUM

Für die Nutzung von Forschungsergebnissen braucht es einen zeitgemäßen Umgang mit geistigem Eigentum. Wir schaffen dafür einen landesweit einheitlichen Intellectual-Property-Standard für alle unsere Hochschulen und sorgen für schnelle Verfahren mit verbindlichen Fristen. Bei Fristüberschreitung soll die Übertragung eines Schutzrechts als genehmigt gelten. So entsteht Tempo statt Bürokratie.

› VERNETZUNG UND HOCHSCHULÜBERGREIFENDE ZUSAMMENARBEIT

Wir überwinden Silodenken innerhalb der Hochschulen, zwischen Hochschulen und in der Zusammenarbeit mit Unternehmen. Offene, digitale und transparente Kommunikation von Ergebnissen und Methoden sowie die sinnvolle Nachnutzung von Forschungsdaten werden gefördert. Innovationszentren stärken die Vernetzung und beschleunigen Transfer. Im Zusammenwirken mit kleinen und mittleren Unternehmen stehen die Hochschulen für angewandte Wissenschaften für Innovation und Transfer in allen Regionen des Landes. Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik werden wir organisatorisch noch enger verzahnen. Auf die Expertise der Heidelberger Akademie der Wissenschaften Baden-Württemberg wollen wir gezielt zurückgreifen. Die geografische Nähe sich ideal ergänzender Wissenschaftseinrichtungen – wie zum Beispiel im Raum Stuttgart sowie im Rhein-Neckar-Raum – wollen wir stärker zur Prüfung von Verbundstrukturen nutzen.

FORTSCHRITTSLAND BADEN-WÜRTTEMBERG

2036 sind wir das Land, das Fortschritt schafft. Mit weltweit führenden Forschungsclustern legen wir im ganzen Land die Grundlage für bahnbrechende Erkenntnisse in entscheidenden Zukunftstechnologien. Das schafft Arbeitsplätze, Wertschöpfung, Produktivität und Wirtschaftswachstum.

› ZUKUNFTSTECHNOLOGIEN GEZIELT FÖRDERN

Wir verankern Zukunftstechnologien wie etwa KI, Höchstleistungsrechner und Quantentechnologie, Machine Cultures, Life-Sciences und translationale Medizin in profilbildenden Forschungskorridoren und bauen forschungsstarke Standorte aus. Grundlagen- und angewandte Forschung, Anwendung und Produktentwicklung wollen wir verzahnen. Forschungsfabriken beschleunigen Prototyping, Erprobung und Skalierung. Wir schaffen die baulichen Voraussetzungen für Exzellenzcluster und halten wissenschaftliche Leuchtturmprojekte im Land.

› LIFE-SCIENCES-LEUCHTTURM BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir machen Baden-Württemberg zur Heimat der Medizin von morgen. Unsere leistungsstarken Standorte in Bereichen von Public Health über Life-Sciences bis hin zu translationaler Medizin werden wir weiter fördern und ausbauen. Mit einem Innovationsfreiheitsgesetz werden wir Hürden für die Spitzenforschung aus dem Weg räumen. Den Klinikverbund Mannheim/Heidelberg mit seiner Stellung als ein weltweit führender Medizinstandort werden wir konsequent weiter unterstützen und damit Baden-Württemberg zu einem internationalen Zentrum klinischer Forschung ausbauen. Dabei legen wir einen besonderen Schwerpunkt auf den Kampf gegen Krebs und werden unser Land bis 2036 zu einem der weltweit führenden Standorte für Krebsforschung machen.

› **ZEHNTE LANDESUNIVERSITÄT WAGEN: MIT KI AN DIE SPITZE**

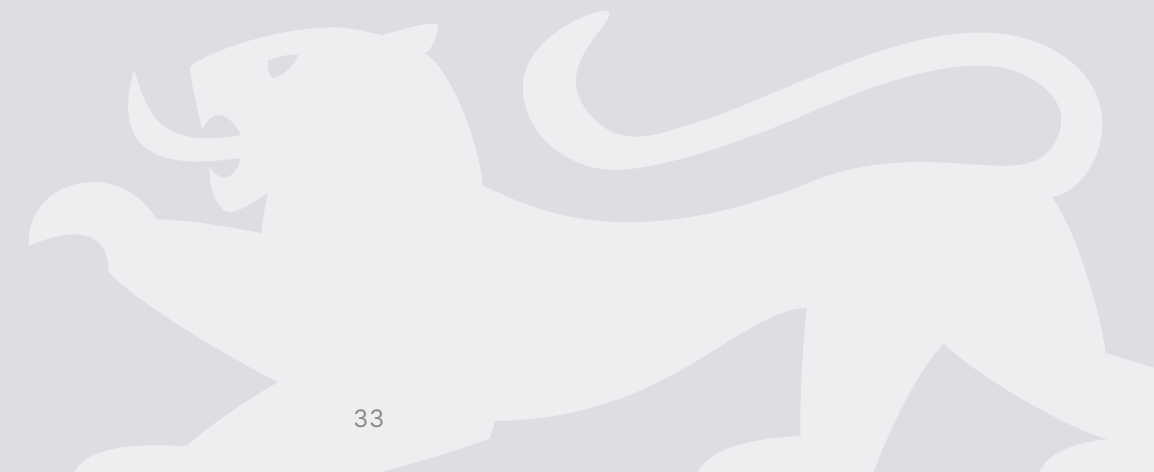
Wir machen Baden-Württemberg im Rahmen unserer Wachstumsallianz zum führenden Standort für KI in Deutschland – mit einem innovations- und wissenschaftsfreundlichen Umfeld, aber auch mit gezielter Strukturpolitik. Mit dem Vorschlag zur Schaffung einer neuen Landesuniversität für das Thema KI zeigen wir den Mut zu großen Lösungen. Wir knüpfen dabei an die Erfahrungen des Cyber Valley und des IPAI an. So können wir ein breites Ökosystem aus universitärer und außeruniversitärer Forschung, Unternehmen sowie öffentlichen Institutionen schaffen. Wir bauen dabei mit zusätzlichen Mitteln gezielt KI-Studiengänge, Professuren und Forschungsprojekte aus und setzen auf die verantwortungsvolle und wertorientierte Nutzung von KI-Systemen. Zugleich setzen wir uns für die Förderung ethischer Sprach- und Handlungsfähigkeit ein, weil Ethik dann als Innovationsmotor wirken kann. So bewahren wir unsere Werte und gestalten die Zukunft auch im Hinblick auf soziale und ökologische Folgen von KI.

› **LUFT- UND RAUMFAHRT ALS ZUKUNFTSMOTOR**

Mit Hightech made in Baden-Württemberg treibt unser Land schon heute den weltweiten Fortschritt in der Luft- und Raumfahrt mit voran und schafft damit zugleich die Grundlage für moderne Anwendungen auch in Bereichen wie Navigation, Kommunikation, Klimaforschung oder Verteidigung. Wir wollen mit einer Standortoffensive nach bayerischem Vorbild unsere führende Rolle im Zukunftsfeld Luft- und Raumfahrt weiter festigen. Dabei setzen wir auf unser dichtes Netzwerk aus mittelständischen Zulieferern, Hightech-Unternehmen und Forschungseinrichtungen, das neue Lösungen etwa für Antriebssysteme, Robotik oder Satellitentechnik ermöglicht.

› **BADEN-WÜRTTEMBERG IM ALL**

Für ein Innovationslabor im Orbit in der Nachfolge der ISS wollen wir mit dem „SpaceLab BW“ einen baden-württembergischen Beitrag schaffen. Zugleich werden wir auch mit finanzieller Unterstützung dafür sorgen, dass Baden-Württembergerinnen und Baden-Württemberger über die Europäische Weltraumorganisation einen Einsatz im All absolvieren.



II.**FAMILIENLAND
BADEN-WÜRTTEMBERG****BILDUNGSLAND**

Baden-Württemberg steht 2036 für ein Bildungssystem, das Chancen eröffnet, Qualität sichert und jedes Kind individuell fördert. Kinder und Jugendliche erwerben nicht nur Wissen, sondern lernen selbständig zu denken, Verantwortung zu übernehmen und ihre Zukunft aktiv zu gestalten. Unser Ziel ist ein System, in dem individuelle Begabungen zur Entfaltung kommen, Leistung Wertschätzung findet und soziale Herkunft den Bildungserfolg nicht bestimmt. Dafür werden wir die Unterrichtsversorgung landesweit verbessern. Schulen sowie Lehrerinnen und Lehrer wollen wir bei ihrem wichtigen Bildungsauftrag noch besser unterstützen.

FRÜHKINDLICHE BILDUNG –**GUTE STARTCHANCEN FÜR ALLE****› GELINGENDER SCHULSTART MIT VERPFLICHTENDEM
LETZTEM KITA-JAHR**

Wir sorgen dafür, dass alle Kinder mit soliden sprachlichen, mathematischen, motorischen und sozial-emotionalen Grundlagen in die Grundschule starten. Deshalb wollen wir die besondere Förderung im letzten Kita-Jahr für alle Kinder im Land. Wir vertiefen die Zusammenarbeit von Kita und Grundschule und entwickeln die Bildungshäuser 3–10 qualitätsorientiert weiter. Kitas in herausfordernden sozialen Lagen werden zu Kinder- und Familienzentren ausgebaut, deren Förderung wir erhöhen. Zur Vereinfachung verzahnen wir die Informationen zwischen Kita und Schule noch enger.

// BILDUNGSLAND – 35
// FAMILIENLAND – 46
// BAU- UND WOHLAND – 50

› ERST DEUTSCHE SPRACHE, DANN ERSTE KLASSE

Wo Förderbedarfe sichtbar werden, wollen wir passgenaue und verbindliche Förderung schaffen. Staatliche Transferleistungen werden an die Teilnahme an Früherkennungsuntersuchungen gekoppelt und die Teilnahme gilt für alle Kinder als verpflichtend. Das Förderprogramm „SprachFit“, die Sprach-Kitas und die Sprachförderung wollen wir weiter ausbauen.

› PARTNERSCHAFT AUF AUGENHÖHE

Eltern sind für uns zentrale Bildungspartner. Wir stärken die Erziehungs- und Bildungspartnerschaft zwischen Familien und Einrichtungen, bauen hierfür das Engagement der Elternstiftung Baden-Württemberg weiter aus und führen einen runden Tisch Erziehungspartnerschaft ein.

› LETZTES KITA-JAHR BEITRAGSFREI MACHEN

Wir schaffen ein bedarfsgerechtes, bezahlbares Angebot in Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege – getragen von qualifizierten Fachkräften und hoher pädagogischer Qualität. Zugleich setzen wir uns für ein beitragsfreies letztes Kita-Jahr ein und erarbeiten gemeinsam mit Bund und Kommunen eine konsistente Finanzierung.

› FACHKRÄFTE GEWINNEN UND ENTLASTEN

Mittel aus dem KiTa-Qualitätsgesetz investieren wir in qualitätssteigernde Maßnahmen, insbesondere in pädagogische Leitungszeit und in die Gewinnung von Fachkräften. Wir stärken die praxisintegrierte Ausbildung sowie den Direkteinstieg in Kitas und entlasten pädagogische Teams durch den Einsatz von Hauswirtschafts- und Verwaltungskräften. Das Forum Frühkindliche Bildung bleibt Motor der Qualitätsentwicklung. Ein Kompetenzzentrum für Kindertagespflege verbessert die Rahmenbedingungen dieser Betreuungsform. Wir setzen uns auch dafür ein, die Vergütungen von Tagesmüttern und -vätern landesweit auf die Kostenentwicklungen anzupassen und attraktiv weiterzuentwickeln.

GRUNDSCHULE – BASISKOMPETENZEN SICHERN, ÜBERGÄNGE STÄRKEN

› GLEICHE BEDINGUNGEN AM START

Lesen, Schreiben, Rechnen und Textverständnis sind das Fundament erfolgreicher Bildungsbiografien. Diese Grundfähigkeiten tragen wesentlich dazu bei, dass Bildungserfolg nicht von sozialer Herkunft abhängt. Wir richten die Ressourcenzuweisung stärker an den konkreten Problemlagen der Schulen und ihrer Schülerschaft aus und bauen multiprofessionelle Teams insbesondere an Standorten in sozial benachteiligten Lagen aus. Laufende Modellversuche evaluieren wir zügig, um wirksame Ansätze zu verstetigen.

› DIAGNOSTIK UND FÖRDERUNG

Wir setzen flächendeckend eine digital gestützte Lernverlaufsdiagnostik ein, die Lehrkräften und Kindern regelmäßige Rückmeldungen zu Lernfortschritten in Deutsch und Mathematik gibt und evidenzbasierte Fördermaßnahmen auslöst. Unser Anspruch ist klar: Immer weniger Kinder verfehlen die Mindeststandards, und zugleich wächst die Leistungsspitze.

› ÜBERGÄNGE VERLÄSSLICH GESTALTEN

Wir wollen, dass jedes Kind von Beginn an die besten Bildungschancen in Baden-Württemberg hat – egal woher es kommt, und unabhängig vom Elternhaus. Die Grundschulen werden hierzu ihre Zusammenarbeit sowohl mit den Kitas als auch mit den weiterführenden Schulen intensivieren, damit Herausforderungen nicht weitergereicht, sondern vor Ort gelöst werden. Kinder, die noch nicht schulreif sind, sollen die Juniorklasse besuchen; neu zugewanderte Kinder ohne ausreichende Deutschkenntnisse starten in Vorbereitungsklassen. Konzeption und Ressourcenausstattung werden wir evaluieren.

BESTE VORAUSSETZUNGEN FÜR GUTE BILDUNG

› VIELFALT STATT EINHEITSBREI

Wir stehen für ein gegliedertes und durchlässiges Schulsystem mit drei Abschlüssen – Hauptschulabschluss, Realschulabschluss und Abitur – und klar profilierten Schularten sowie Schulen mit spezifischem Profil. Gymnasien, Realschulen sowie Haupt- und Werkrealschulen, kooperative Modelle und Gemeinschaftsschulen sichern Vielfalt und begabungsgerechte Durchlässigkeit. Eine Einheitsschule und die Einheitslehrkraft lehnen wir ab.

› VERBINDLICHE GRUNDSCHULEMPFEHLUNG „2 AUS 3“

Wir führen eine verbindliche Grundschulempfehlung nach dem Modell „2 aus 3“ für alle Schularten ein: Der Elternwille, die Empfehlung des Klassenlehrers und das Ergebnis eines Tests bilden die Grundlage für die Schulwahl. So vermeiden wir Über- und Unterforderung und ermöglichen allen Kindern passgenaue Bildungsangebote.

› KLARER BLICK AUF LEISTUNG

Leistung muss transparent bewertet werden. Noten bieten für alle Beteiligten Klarheit und zeigen individuelle Stärken sowie mögliche Perspektiven auf. Eine Abschaffung von Schulnoten lehnen wir deshalb ab. Ziffernnoten, Lernstand 1 und 2 sowie der Kompass 4 geben klare Orientierung für Eltern, Lehrerinnen, Lehrer und Kinder. Die Vergleichsarbeiten VERA verwenden wir als wirksames Instrument der Schul- und Unterrichtsentwicklung. In den Jahrgangsstufen 9 und 10 sichern zentrale, benotete Klassenarbeiten in Deutsch, Mathematik und Englisch die Versetzung bzw. den Schulabschluss, sofern nicht sowieso eine Abschlussprüfung abzulegen ist.

› WISSENSERWERB WIEDER STÄRKER BETONEN – WERTEERZIEHUNG ALS BILDUNGSAUFGABE

Wir wollen in der Schule wieder stärker Wissen vermitteln und Inhalte in den Mittelpunkt stellen. Methodenkompetenz bleibt wichtig, sie soll das Verstehen erleichtern, nicht aber das Lernen ersetzen. Ein Schulabschluss attestiert nicht nur Lernstrategien, sondern tragfähiges Sachwissen über Geschichte, Politik, Sprache, Mathematik, Naturwissenschaften, Literatur und Kultur. Wir schärfen Bildungspläne und Leistungsanforderungen so, dass gesichertes Wissen, Text- und Quellenkompetenz sowie solides Rechnen und naturwissenschaftliches Grundverständnis verlässlich aufgebaut und überprüft werden. Neben der Wissensvermittlung sind nach unserem Bildungsverständnis auch die Werteerziehung und die Förderung der Persönlichkeitsentwicklung Teil des schulischen Auftrages. Zur schulischen Ausbildung gehört für uns, dass unsere Schülerinnen und Schüler einen guten Umgang lernen, Gemeinschaft positiv erleben und sich zu benehmen wissen.

› GEWALT UND SCHULABSENTISMUS WIRKSAM BEGEGNEN

Die Heterogenität der Schülerschaft, das Fernbleiben vom Unterricht und wachsende Gewaltbereitschaft stellen unsere Schulen vor zunehmende Herausforderungen. Für uns ist die Sicherheit und Sauberkeit an unseren Schulen Grundvoraussetzung für erfolgreiches Lernen. Zugleich etablieren wir mit Schüler-ID und geeigneter Software ein digital gestütztes Frühwarnsystem, das Fehlzeiten früh sichtbar macht. Aufsuchende Sozialarbeit geht bei erhöhten Fehlzeiten zeitnah in die Familien. Auch so begegnen wir dem zunehmenden Problem von Schulabsentismus. Zugleich wollen wir die Erziehungsberechtigten in die Pflicht nehmen, um regelmäßigen Schulbesuch sicherzustellen.

› GANZTAG MIT QUALITÄT

Den Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung setzen wir bedarfsgerecht um, die Wahlfreiheit der Eltern wollen wir erhalten. Wir entlasten Schulleitungen durch kommunale Koordinierungsstellen für Ganzttag und Betreuung. Durch bessere Einbindung außerschulischer Angebote etwa aus Musik, Kultur und Sport schaffen wir ein attraktives Angebot für Familien. Das Schulkonzept der Volkshochschulen qualifiziert Betreuungskräfte verlässlich.

SEKUNDARSTUFE – KLARE PROFILE, ECHTE DURCHLÄSSIGKEIT

› **MASSSTAB FÜR VERÄNDERUNGEN**

Reformen verfolgen wir mit Maß: Unterrichtsqualität hat Vorrang vor Strukturdebatten, Gründlichkeit vor Schnelligkeit. Maßstab ist für uns der Mehrwert für das Bildungsniveau. Doppelstrukturen wollen wir vermeiden. Über alle weiterführenden Schularten hinweg wünschen wir uns zudem möglichst jährliche Praktika, damit die Berufsorientierung früh beginnt.

› **REGIONALE SCHULENTWICKLUNG FLEXIBILISIEREN**

Das bisherige Kriterium der Mindestschülerzahl von 16 in Klasse 5 ersetzen wir durch eine Durchschnittsbetrachtung über die gesamte Sekundarstufe I. So tragen wir möglichem Schüleraufwuchs in höheren Klassen Rechnung und erhalten wohnortnahe Angebote. Zugleich erleichtern wir kooperative Verbünde zwischen Realschule sowie Haupt- und Werkrealschule und hinterlegen sie mit einem Anreizpaket für Eltern, Lehrkräfte und Schülerschaft. Wo geografische Gegebenheiten eine Kooperation nicht zulassen, kann eine Realschule bei ausreichender Nachfrage einen eigenständigen Haupt- und Werkrealschulzug einrichten. Die Mittelzuweisung für die jeweiligen Züge erfolgt dabei getrennt.

› **HAUPT- UND WERKREALSCHULEN STÄRKEN – PRAKTISCHE TALENTE FÖRDERN**

Die Haupt- und Werkrealschulen sind unverzichtbare Bestandteile unseres differenzierten Schulsystems und verdienen eine klare Perspektive als Talentschmieden für praktisch begabte Schülerinnen und Schüler. Das Klassenlehrerprinzip ist besonders wichtig für Schülerinnen und Schüler mit sozialpädagogischen Bedürfnissen. Die Berufsorientierung steht von Beginn an im Vordergrund. Dies spiegelt sich sowohl im Lehrplan als auch in mehrwöchigen Betriebspraktika und festen Kooperationen mit Handwerksbetrieben und regionalen Unternehmen wider. Ziel bleibt ein mittlerer Bildungsabschluss.

› **REALSCHULE ALS LEISTUNGSORIENTIERTE AUFSTEIGERSCHULE PROFILIEREN**

Unsere Realschulen sind Garanten für Durchlässigkeit und Chancengerechtigkeit in Baden-Württemberg und eröffnen allen Schülerinnen und Schülern schulische und berufliche Perspektiven. Mit ihrer klaren Leistungsorientierung bereiten sie junge Menschen entsprechend den individuellen Voraussetzungen und Begabungen optimal auf weiterführende Schulen und das Berufsleben vor. Wir werden unsere Realschulen stärken und wollen ihnen die Möglichkeit geben, sich wieder zu bilingualen Schulen zu entwickeln. So schaffen wir zugleich zusätzliche Chancen in einer internationalisierten Arbeitswelt.

› **STARKE GYMNASIEN MIT WAHLFREIHEIT BEI G8/G9**

Mit einem klaren Fokus auf Leistungsexzellenz sollen unsere allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien echte Ausbildungs- und Studierfähigkeit vermitteln. Wir wollen, dass das neue G9 dabei noch mehr Raum für Persönlichkeitsbildung und individuelle Begabungs- und Begabtenförderung schafft. Zugleich erleichtern wir es Schulen, freiwillig und zugweise weiterhin G8 anzubieten.

› **GEMEINSCHAFTSSCHULEN – EINE OPTION IM VIELFÄLTIGEN SCHULANGEBOT**

Die Gemeinschaftsschule bietet längeres gemeinsames Lernen und individuelle Förderung auf verschiedenen Niveaustufen. Für Familien, die dieses pädagogische Konzept bevorzugen, ist sie eine Wahlmöglichkeit. Eltern sollen frei wählen können, welche Schulart am besten zu ihrem Kind passt. Wir unterstützen alle Schularten dabei, ihre jeweiligen Stärken weiterzuentwickeln und hohe Qualitätsstandards zu erreichen. Wir setzen auf ein vielfältiges Schulangebot, das unterschiedlichen Begabungen und Lerntypen gerecht wird.

› **EXZELLENZFÖRDERUNG UND MINT-STRATEGIE**

Die Förderung besonders begabter und leistungsstarker Kinder ist eine Kernaufgabe aller Schularten. Diese individuelle Förderung wollen wir durch stundenunterlegte Programme unterstützen. Im Interesse des Standorts Baden-Württemberg wollen wir dabei insbesondere Kompetenzen in Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik weiter stärken. Sie sind die Grundlage für die Zukunftsfähigkeit und Innovationskraft unseres Wirtschaftsstandorts. Das von uns vorangetriebene MINT-Exzellenzgymnasium mit Internat in Bad Saulgau sowie das Landesgymnasium für Hochbegabte in Schwäbisch Gmünd sollen Leuchttürme einer innovativen Exzellenzstrategie des Landes werden.

› BERUFLICHE SCHULEN – MIT HOHER QUALITÄT FIT FÜR DIE PRAXIS

Das Erfolgsmodell duale Ausbildung eröffnet vielfältige Karrierechancen. Es umfasst Berufsorientierung, berufliche Qualifikation, Hinführung zur Studierfähigkeit sowie Weiterbildungen zur Technikerin und zum Techniker sowie zur Meisterin und zum Meister. Das berufliche Schulwesen steht für „kein Abschluss ohne Anschluss“. Wir sichern ein flächendeckendes Angebot mit zukunftsfähigen Bildungsgängen und verzahnen die Berufsorientierung an allgemeinbildenden Schulen enger mit dem beruflichen System. Mit dem Programm „AVdual“ sorgen wir flächendeckend für einen reibungslosen Übergang in geeignete Schularten oder Ausbildungen.

INKLUSION – GUTE BILDUNG FÜR JEDES KIND

› SONDERPÄDAGOGISCHE BILDUNGS- UND BERATUNGSZENTREN ERHALTEN

Für uns sind sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren, Außenklassen und inklusive Beschulung an Regelschulen gleichrangige Wege – stets innerhalb der verfügbaren Ressourcen. Maßstab des Erfolgs ist die Qualität der Förderung gemessen an den Voraussetzungen und Bedarfen des einzelnen Kindes.

› SONDERPÄDAGOGISCHE FÖRDERUNG ZIELORIENTIERT GESTALTEN

Flächendeckender Tandemunterricht bleibt wünschenswert, ist personell jedoch nicht überall leistbar. Inklusion ist nur dort leistbar, wo vor Ort tragfähige Strukturen aus Lehrkräften, Räumen und Ausstattung bestehen. Die Unterrichtsversorgung an sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren stärken wir. Den Einsatz von Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen sowie Schulbegleitungen wollen wir zielgerichteter koordinieren.

BILDUNGSLANDSCHAFT 2036

› PLANUNGSSICHERHEIT FÜR FREIE SCHULEN

Baden-Württemberg ist ein Land der Schulen in christlicher und privater Trägerschaft. Sie setzen mit ihren Angeboten besondere Akzente und geben wichtige pädagogische Impulse für das gesamte Bildungssystem. Wir bekennen uns dazu, die freien Schulen weiterhin verlässlich zu unterstützen und an Förderprogrammen zu beteiligen. Die Anpassung der Kopfsätze sollte jährlich erfolgen, um den freien Schulen zusätzliche Planungssicherheit zu geben. Zugleich wollen wir sie von unnötiger Bürokratie befreien und ihnen mehr Frei- und Experimentierräume geben. Die Schulbauförderung für freie Schulen erweitern wir auf Schulsanierungen.

› FÖRDERUNG DER MUSIK- UND JUGENDKUNSTSCHULEN SICHERN

Musisch-kulturelle Bildung ist für uns ein unverzichtbarer Bestandteil guter Allgemeinbildung. Wir wollen die Musik- und Jugendkunstschulen weiterhin verlässlich unterstützen und den Fördersatz der anerkannten pädagogischen Personalkosten nach dem Jugendbildungsgesetz auf 15 Prozent anheben.

› PROZESSE STRAFFEN UND BÜROKRATIE ABBAUEN

Wir modernisieren Personalverwaltung und Haushaltscontrolling, optimieren Prozesse und setzen auf digitale Werkzeuge, damit Teamarbeit in der Schulverwaltung ihre volle Wirkung entfalten kann. Vorschriften und Erlasse werden wir auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen und unnötige Berichtspflichten abbauen. Wir wollen Stellen schneller besetzen und die Schulleitungen stärken.

› DIGITALE BILDUNG VERBESSERN

Wir stellen sicher, dass Schülerinnen und Schüler aller Altersstufen über mediale und digitale Kompetenzen verfügen. Wir klären zwischen Land und Kommunen die Zuständigkeiten für Endgeräte, Wartung und Support und definieren dabei Mindeststandards – auch mit Blick auf den „DigitalPakt Schule“ des Bundes. Lehrkräfte qualifizieren wir gezielt und wir verankern digitale Didaktik im Fachunterricht. Zudem werden wir die datenschutzkonforme Nutzung pädagogisch sinnvoller KI-Assistenzsysteme ermöglichen. Jede Schule soll über einen Glasfaserschluss verfügen. Das Innovationsprogramm „Digitale Schule“ führen wir mit Bausteinen wie 3D-Erleben, Robotik in der Grundschule und Computational Thinking fort.

› SMARTPHONE-NUTZUNG IN DER SCHULE VERBIETEN

Für die private Smartphone-Nutzung wollen wir eine landeseinheitliche Regelung entlang der Empfehlungen der Nationalen Akademie der Wissenschaften Leopoldina. Für uns hat die private Nutzung von Smartphones im Unterricht nichts zu suchen. Für alle anderen digitalen Endgeräte setzen wir auf eine inhaltsgleiche Lösung.

› WEITERBILDUNG FÖRDERN

Die Erwachsenenbildung bleibt für uns ein wichtiger Baustein in einer vielfältigen Bildungslandschaft. Sie muss den rasanten Veränderungen in Alltag und Berufsleben der Menschen Rechnung tragen. Das seit 1980 bestehende Weiterbildungsförderungsgesetz Baden-Württemberg wollen wir grundständig reformieren. Es muss an die neue Situation in Gesellschaft, Arbeitswelt und im gesamten Bildungsbereich angepasst werden.

› JUGENDOFFIZIERE SELBSTVERSTÄNDLICH EINBINDEN

Die Bundeswehr ist selbstverständlicher Teil unseres Staates und leistet einen wesentlichen Beitrag zur Verteidigung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Wir wollen für das ganze Land festlegen, dass Schulen im Rahmen der politischen Bildung mit Jugendoffizierinnen und -offizieren der Bundeswehr zusammenzuarbeiten haben.

GUTE BEDINGUNGEN FÜR GUTE BILDUNG

› LEHRERAUSBILDUNG MIT MEHR PRAXISBEZUG

Für die Sekundarstufe setzen wir auf differenzierte Lehramtsstudiengänge. Wir berücksichtigen bei der möglichen Fächerwahl den Bedarf an den Schulen. So reduzieren wir fachfremden Unterricht und stärken das Klassenlehrerprinzip. Studiengänge und Vorbereitungsdienst richten wir stärker an den heutigen Herausforderungen aus. Gezieltes Mentoring unterstützt den Berufseinstieg. Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen dafür prüfen, dass Schulleitungen im Bedarfsfall Fortbildungsmaßnahmen verbindlich anordnen können.

› ARBEITSBEDINGUNGEN VERBESSERN

Um dem Lehrkräftemangel zu begegnen, modernisieren wir das Berufsbild, vergrößern das Bewerberfeld insbesondere an beruflichen Schulen und beschleunigen Besetzungsverfahren. Wir reduzieren Berichtspflichten und setzen uns dafür ein, die Beschäftigungsbedingungen angehender Lehrkräfte zu verbessern. Lehrkräfte mit der Befähigung für das Lehramt Grund- und Hauptschule, die überwiegend in der Sekundarstufe unterrichten, erhalten eine Aufstiegsperspektive nach A 13. Schulleitungen entlasten wir durch Schulverwaltungsassistenzen. Daneben prüfen wir die Ausweitung von Stellen für Abteilungsleitungen sowie die Schaffung von Entlastungsstunden für zweite Konrektorinnen und Konrektoren an Schulen der Sekundarstufe I. Das allgemeine Entlastungskontingent führen wir auf das frühere Niveau zurück.

› LEISTUNG BELOHNEN UND VERANTWORTUNG STÄRKEN

Das Leistungsprinzip soll sich auch im Lehrerberuf spürbar niederschlagen. Wir versetzen Schulleitungen in die Lage, Engagement, Verlässlichkeit und besondere Leistung zu honorieren, und schaffen dafür nachvollziehbare Kriterien sowie geeignete Evaluationsinstrumente. Zugleich geben wir Schulleitungen wirksame, rechtskonforme Werkzeuge an die Hand, um dauerhaft mangelnde Leistungsbereitschaft und Pflichtverletzungen zu adressieren – von strukturiertem Feedback über verbindliche Entwicklungsvereinbarungen bis hin zu abgestuften Sanktionen.

FAMILIENLAND

Baden-Württemberg ist 2036 ein Land starker Familien. Sie sind der Grundpfeiler unserer Gesellschaft. Sie geben Halt, Orientierung und Geborgenheit. Wir stärken Familien mit klaren Zielen und verlässlichen Rahmenbedingungen. Wir sehen Familienpolitik als Querschnittsaufgabe, die Bildung, Wirtschaft, Gesundheit und soziale Sicherheit verbindet. So führen wir Generationen zusammen, eröffnen Chancen und halten unser Land zusammen.

› WERTSCHÄTZUNG FÜR ALLE FAMILIENMODELLE

Familien sind für uns der Ort, an dem Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Sie sind die Keimzellen unserer Gesellschaft – das gilt für Ehepaare mit und ohne Kinder ebenso wie für Alleinerziehende, Patchwork- und Regenbogenfamilien. Sie bieten ein schützendes und wertschätzendes Umfeld, das Generationen verbindet. Unsere Familienpolitik schafft dafür gute Rahmenbedingungen. Wir ermöglichen Wahlfreiheit, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und ein gelingendes Familienleben.

› EIGENVERANTWORTUNG STÄRKEN

Eltern, Familien, Gesellschaft und Staat bilden eine Verantwortungsgemeinschaft in der Erziehung. Eltern prägen Werte, soziale Kompetenzen und die Entwicklung ihrer Kinder. Sie tragen die tägliche Fürsorge. Gesellschaft und Staat unterstützen sie dabei. Wir wollen die Erziehungshoheit schützen und durch Bildung, Freizeitangebote, Beratung und finanzielle Entlastung dabei helfen. Dafür entwickeln wir das Landesprogramm „STÄRKE“ und die Familienförderstrategien weiter und etablieren flächendeckend Familienstützpunkte mit Lotsenfunktion. Ein digitales Portal für Familienleistungen wird dabei für einen einfachen, transparenten und unbürokratischen Zugang sorgen.

›

› FAMILIEN ENTLASTEN, KINDERREICHE FAMILIEN UNTERSTÜTZEN

In Baden-Württemberg leben viele Familien mit drei oder mehr Kindern. Sie leisten einen besonderen Beitrag für Gesellschaft und Sozialstaat. Wir erkennen ihre spezifischen Bedarfe beim Wohnen, bei sozialer Teilhabe und Mobilität an und unterstützen sie gezielt. Darüber hinaus setzen wir uns für eine Weiterentwicklung des Kinderfreibetrags in Richtung des Grundfreibetrags der Eltern ein. Das Ehegattensplitting wollen wir so zu einem Familiensplitting fortentwickeln.

› FAMILIEN- UND KINDERARMUT ENTSCLOSSEN BEKÄMPFEN

Finanzielle Leistungen allein lösen die Herausforderungen von Familien nicht. Kinder benötigen Aufmerksamkeit, Förderung und echte Teilhabe. Eltern brauchen wirtschaftliche Sicherheit und verlässliche Zukunftsperspektiven für ihre Familien. Wir bauen die Präventionsnetzwerke gegen Kinderarmut bis 2030 in allen Stadt- und Landkreisen aus. Insbesondere die spezifischen Bedarfe Alleinerziehender, die oftmals trotz Erwerbstätigkeit von Armut gefährdet sind, nehmen wir in den Blick.

› JUGENDBILDUNG UND -ERHOLUNG FÖRDERN

Die Verfahren zur Förderung der außerschulischen Jugendbildung und der Jugenderholung werden wir entbürokratisieren und digitalisieren. Wir machen das Ehrenamt sichtbar und zeichnen Arbeitgeber aus, die das Engagement ihrer Mitarbeitenden in der Kinder- und Jugendarbeit fördern.

› KONSEQUENTER SCHUTZ FÜR UNSERE KINDER

Wir denken Kinderschutz strukturell, interdisziplinär und mit Weitblick. Den Masterplan Kinderschutz bauen wir aus und entwickeln ihn weiter. Prävention steht vor Intervention. Wir schaffen landesweit einheitliche Standards für die Kinder- und Jugendhilfe. Der Datenschutz darf dem Kinderschutz nicht im Wege stehen. Bei Gefährdung des Kindeswohls braucht es konsequente staatliche Eingriffsrechte. Das gilt insbesondere bei sexuellen Übergriffen und im Kampf gegen Kinderpornografie. Wir setzen große Erwartungen in das von uns initiierte Cybercrime-Zentrum Baden-Württemberg. Außerdem engagieren wir uns für die zügige Umsetzung der befristeten Speicherung von IP-Adressen und Port-Nummern zur Verfolgung schwerer Straftaten ein.

› EIN DEUTSCHLANDJAHR FÜR DIE GEMEINSCHAFT

Wir treten für ein verpflichtendes Deutschlandjahr für alle jungen Menschen ein. Es stärkt Gemeinschaftssinn, Verantwortung und Solidarität. Bis dahin sichern wir die Landesförderung für die Träger der Jugendfreiwilligendienste und treiben den Ausbau der Plätze voran.

› ERFAHRUNG BEWAHREN – ZUKUNFT GEMEINSAM GESTALTEN

Die ältere Generation steht für Erfahrung, Verantwortung und gelebte Solidarität. Wir wollen, dass ältere Menschen in Baden-Württemberg selbstbestimmt, sicher und aktiv leben können. Grundlage dafür sind eine verlässliche Altersvorsorge, gute und bezahlbare Pflege, barrierefreier Wohnraum und eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung von hoher Qualität. Digitalisierung, Mobilität und Teilhabe gestalten wir so, dass ältere Menschen selbstverständlich dazugehören.

› GEMEINSAM GEGEN EINSAMKEIT

Einsamkeit schadet der Gesundheit. Wir schaffen Strukturen, die Begegnung und Teilhabe ermöglichen: Nachbarschaftstreffs, Mehrgenerationenhäuser, Vereine und Kulturangebote. Wir setzen weiterhin auf unsere Quartiersstrategie als bewährtes Instrument.

› STARKE FRAUEN – GLEICHSTELLUNG UND SCHUTZ VOR GEWALT

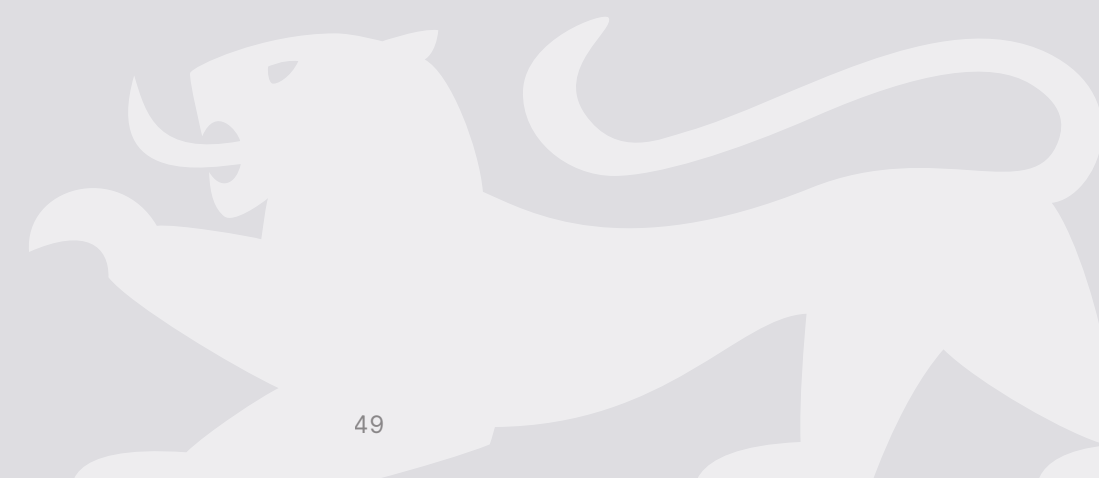
Wir wollen mehr gleichwertige Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, insbesondere in MINT-Berufen und Führungspositionen. Das stärkt die wirtschaftliche Unabhängigkeit und beugt Altersarmut vor. Wir setzen uns im Sinne der Gleichstellung dafür ein, dass Frauen und Männer unabhängig von ihrem Geschlecht dieselben Chancen haben, ein glückliches und selbstbestimmtes Leben zu führen. Wir ermöglichen die gleichberechtigte Aufteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit. Mit dem Gewalthilfegesetz verbessern wir den Schutz von Frauen vor Gewalt. Gewalt gegen Frauen hat in Baden-Württemberg keinen Platz.

› TEILHABE ALS GRUNDLAGE FÜR EIN SELBSTBESTIMMTES LEBEN

Menschen mit Behinderungen sollen selbstbestimmt und gleichberechtigt leben. Das gilt für Schule, Arbeitsmarkt, Freizeit, Kultur und Politik. Die Digitalisierung eröffnet neue Instrumente für Teilhabe und Inklusion. Die Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes stellen wir vom Kopf auf die Füße. Wir schaffen einen besseren Ausgleich zwischen Einzelfallgerechtigkeit und Pauschalierung. Ein strukturiertes Monitoring sorgt für eine gleichförmige Umsetzung im ganzen Land. Unser Ziel ist es, die Erwerbsquote von Menschen mit Behinderung zu erhöhen, ihnen eine selbstbestimmte Erwerbstätigkeit zu ermöglichen und dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Inklusion sehen wir als gemeinsame Aufgabe, von der alle profitieren.

› STAAT UND FREIE WOHLFAHRTSPFLEGE SEITE AN SEITE

Die Verbände der freien Wohlfahrtspflege sind unverzichtbare Partner unseres Sozialstaates. Sie fördern Teilhabe, stärken Solidarität und sichern den Zusammenhalt. Wir unterstützen die freien Wohlfahrtsverbände bei der Bewältigung ihrer strukturellen und finanziellen Herausforderungen.



BAU- UND WOHNLAND

Ob in der Stadt oder auf dem Land: In unserem Baden-Württemberg 2036 sollen die Bürgerinnen und Bürger überall ein gutes Zuhause haben. Bezahlbarer Wohnraum in Eigentum und Miete ist für uns ein Grundversprechen der sozialen Marktwirtschaft. Wir stellen die Weichen, um dieses Grundversprechen zu erneuern und mehr Menschen im Land den Traum vom Eigenheim zu ermöglichen.

› BAUEN ERLEICHTERN UND BAUNEBCENRECHT ENTRÜMPELN

Das beste Mittel für bezahlbaren Wohnraum ist der Bau neuer Wohnungen. Damit sich das Angebot an Wohnungen erhöht, wollen wir das Bauen erleichtern und günstiger machen. Dafür brauchen wir bessere Rahmenbedingungen wie mehr Bauland, weniger Auflagen und schnellere Genehmigungen. Außerdem werden wir das Baunebenrecht umfassend entrümpeln. So zünden wir den Bauturbo.

› BAUSTANDARDS FLEXIBILISIEREN

Hohe Baustandards tragen erheblich zu den Kostensteigerungen im Wohnungsbau bei. Dabei muss nicht jede Wohnung im teuren Premiumstandard gebaut werden. Wir werden deshalb im Land einen neuen Gebäudetyp mit abgesenkten Baustandards einführen. Dabei sollen alle Abweichungsmöglichkeiten genutzt werden, um Baukosten zu reduzieren und Planungsrisiken zu minimieren.

› FÜR MEHR BAULAND SORGEN

Für mehr Neubau braucht es auch mehr Bauland, gerade in Metropolen und Wachstumsregionen. Notwendig ist ein Mix aus Innenverdichtung und Neubaugebieten. Wir wollen die Kommunen im Land dabei unterstützen, neues Bauland auszuweisen. Um bezahlbaren Wohnraum zu ermöglichen, dürfen Neubauflächen nicht ohne Not verknappert werden.

› „HEIMVORTEIL BW“

Wohneigentum ist ein Stück gelebte Freiheit und stellt einen eigenständigen Bestandteil der Altersversorgung dar. Hohe Baukosten, steigende Zinsen und die Belastung durch Kaufnebenkosten machen den Einstieg in die eigenen vier Wände jedoch zu einer immer größeren Herausforderung. Wir wollen, dass der Traum vom Eigenheim in unserem Land wieder für mehr Menschen wahr werden kann. Mit einem „HeimVorteil BW“ für die ersten eigenen vier Wände in Höhe von 10.000 Euro pro Erwerbsperson plus 5.000 Euro für jedes Kind wollen wir insbesondere jungen Familien beim Eigentumserwerb kräftig unter die Arme greifen.

› ERWERBSNEBENKOSTEN SENKEN

Die Grunderwerbsteuer wollen wir schrittweise auf 3,5 Prozent des Kaufpreises absenken. Beim Bund werden wir darauf drängen, dass Darlehenszinsen für selbstgenutzten Wohnraum steuerlich absetzbar gemacht werden und die Länder mehr Spielraum bei der Gestaltung der Grunderwerbsteuer erhalten, zum Beispiel durch die Ermöglichung familienfreundlicher Freibeträge. Zudem soll ein fester Anteil der Klimaschutzbedingten Kosten bei Wohngebäuden von der Steuer abgezogen werden können.

› MIETWOHNUNGSBAU STÄRKEN

Sowohl private Kleinvermieterinnen und -vermieter als auch Wohnungsunternehmen brauchen verlässliche Rahmenbedingungen. Wir wollen den Mietwohnungsbau mit einer weiteren Verbesserung der Abschreibungsbedingungen unterstützen. Dafür werden wir uns beim Bund auf die Einführung einer zeitweisen Sonder-AfA in Höhe von 50 Prozent der Anschaffungs- und Herstellungskosten über fünf Jahre einsetzen.

› SOZIALE WOHNRAUMFÖRDERUNG AUSBAUEN

Gefördertes Bauen braucht klare, unkomplizierte Vorgaben, die es ermöglichen, schnell und effizient mehr Wohnraum zu schaffen. Wir wollen die soziale Wohnraumförderung des Landes deutlich ausbauen. Nachdem der Landesanteil an der Wohnraumförderung zuletzt fast verdoppelt und auf 60 Prozent der Bundesmittel erhöht worden ist, streben wir künftig eine Eins-zu-eins-Kofinanzierung des Landes an. Das Verfahren zur Mittelvergabe und den Mitteleinsatz bei der Wohnraumförderung wollen wir evaluieren und mit Blick auf Ziel und Wirkung optimieren. Die Begründung von Erbbaurechten sehen wir als eine Möglichkeit zur Kostensenkung.

› **BALANCE ZWISCHEN MIETER- UND VERMIETERRECHTEN**

Wir bekennen uns zu einem wirksamen und angemessenen Mieterschutz. Auch in Zukunft werden wir darauf achten, dass die Balance zwischen den Rechten der Mietparteien und den Interessen der privaten Vermieterinnen und Vermieter sowie der Wohnungswirtschaft gewahrt bleibt. Zugleich wollen wir uns beim Bund dafür einsetzen, im Mietrecht stärker zwischen Kleinvermietung und Vermietung durch Wohnungskonzerne zu unterscheiden.

› **PLANUNGSSICHERHEIT ERHÖHEN**

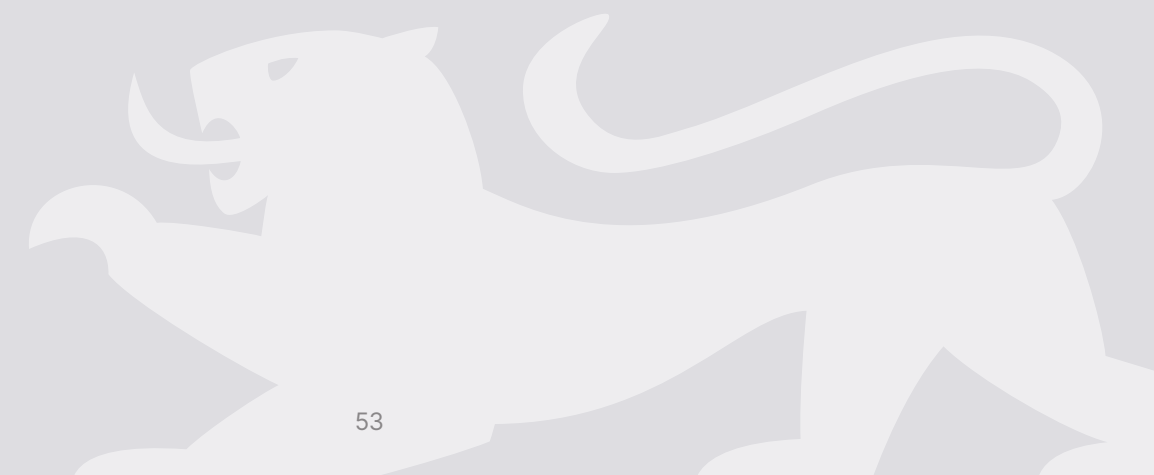
Planungssicherheit ist für Investoren, Kommunen und Wohnungsunternehmen entscheidend. Bürgerbegehren gegen Bauleitplanungen führen in der Praxis oft zu Verzögerungen oder sogar zu kompletten Projektstopps. Das in der Gemeindeordnung geschaffene Instrument von direkter Demokratie zum verfahrenseinleitenden Beschluss in der Bauleitplanung werden wir deshalb korrigieren. Zudem wollen wir, dass künftig für laufende Planungsverfahren frühzeitig ein Zeitpunkt definiert wird, ab dem Änderungen des gesetzlichen Rahmens keine Auswirkungen mehr auf die weitere Planung haben.

› **KLUGE LANDESENTWICKLUNG GEWÄHRLEISTEN**

Die Leitplanken für die Gestaltung des Raums in Baden-Württemberg sind im Landesentwicklungsplan festgeschrieben. Wir wollen mit dem neuen Landesentwicklungsplan einen Ermöglichungsrahmen schaffen, der dem erhöhten Raumbedarf für Wohnen, Leben und Wirtschaften gerecht wird. Ziel des neuen Plans muss es sein, die Wettbewerbsfähigkeit des Landes als Wirtschafts- und Wohnstandort zu sichern. Den Kommunen wollen wir dabei ausreichende Spielräume zur Weiterentwicklung ermöglichen. Dies gilt insbesondere auch im Hinblick auf gewerblich genutzte Flächen durch eine flexiblere Handhabung des Anbindegebots. Für eine nachhaltige und resiliente Rohstoffversorgung sichern wir langfristig regionale Gewinnungsflächen und vereinfachen die Genehmigungsverfahren.

› **MENSCHEN EIN DACH ÜBER DEM KOPF GEBEN**

Obdachlosigkeit zu bekämpfen, bedeutet, kurzfristige Nothilfe mit langfristigen Lösungen zu verbinden. Wir wollen Menschen, die von Obdach- oder Wohnungslosigkeit betroffen sind, in Zusammenarbeit mit den Kommunen schnell in Wohnungen bringen. Den Zugang zu Nahrung, Kleidung, Hygiene, medizinischer Versorgung und psychischer Unterstützung wollen wir sichern und bürgerschaftliches Engagement fördern.



III.**HEIMATLAND
BADEN-WÜRTTEMBERG**

// LANDWIRTSCHAFTSLAND – 55
 // WALDLAND – 58
 // UMWELTLAND – 59
 // KLIMASCHUTZLAND – 62

LANDWIRTSCHAFTSLAND

2036 steht Baden-Württemberg für eine Landwirtschaft, die Tradition und Zukunft vereint. Unsere Bäuerinnen und Bauern sichern Ernährung, Kulturlandschaft und regionale Wertschöpfung. Sie sind Innovationsmotoren in einer modernen, verantwortungsvollen Landwirtschaft. Wir setzen auf regionale Produkte, unternehmerische Freiheit und starke Familienbetriebe.

› LANDWIRTSCHAFT SICHERN UND STÄRKEN

Wir sichern hochwertige landwirtschaftliche Flächen durch eine Novelle des Landwirtschafts- und Landeskulturgesetzes. Unser Ziel: Landwirtschaftliche Flächen bleiben für die Nahrungsmittelproduktion erhalten. Agrarinvestitionen fördern wir gezielt – mit höheren Förderobergrenzen und mehr Mitteln im Landeshaushalt. Für Landwirte im Grenzraum wollen wir faire Wettbewerbsbedingungen schaffen und bestehende Benachteiligungen abbauen.

› DIGITALISIERUNG UND INNOVATION AUF DEM FELD

Wir treiben die Digitalisierung und Technisierung der Landwirtschaft konsequent voran. Präzisionslandwirtschaft, smarte Sensorik, KI und Robotik sowie digitale Plattformen steigern Ertrag, Effizienz und Nachhaltigkeit. Landwirtschaft 4.0 heißt: weniger Bürokratie, mehr Praxisnutzen.

› JUNGE LANDWIRTINNEN UND LANDWIRTE FÖRDERN

Junge Menschen in der Landwirtschaft sind Zukunftsträger. Wir führen eine pauschalisierte Hofübernahmeprämie ein und stärken gezielt die Förderung für Betriebe, deren Leitung jünger als 40 Jahre ist. So bleibt die Landwirtschaft in Familienhand und zukunftsfähig.

› **TIERHALTUNG MIT VERANTWORTUNG**

Wir bekennen uns klar zur Tierhaltung in Baden-Württemberg. Moderne und wirtschaftlich tragfähige Tierhaltung fördern wir durch flexible Investitionen, schnelle Genehmigungen und praxistaugliche Fördermittel. Tierwohl und Wirtschaftlichkeit gehören zusammen. Für bereits bestehende Stallungen streben wir verlässliche Bestandsschutzregelungen an.

› **LANDWIRTSCHAFT UND NATURSCHUTZ GEMEINSAM DENKEN**

Naturschutz und Landwirtschaft dürfen sich nicht ausschließen. Wir vertrauen auf die gute fachliche Praxis. Zugleich schaffen wir neue Kooperationsmodelle und bauen Hemmnisse ab – zum Beispiel durch die Reform des Grünlandumbruchverbots. Landwirtschaftliche Betriebe erhalten mehr Handlungsspielraum für nachhaltige Bewirtschaftung. Wir wollen, dass nicht nur in der Praxis, sondern auch in der Verwaltung Naturschutz und Landwirtschaft wieder Hand in Hand gehen.

› **REGIONALE ERZEUGUNG UND ERNÄHRUNGSSICHERHEIT**

Wir setzen auf regionale Produktion – ob bio oder konventionell. Unser Ziel ist Ernährungssicherheit durch Wertschöpfung vor Ort. Bio-Muster-Regionen entwickeln wir zu „VON DAHEIM“-Regionen weiter. „VON DAHEIM“ soll künftig zu einer einheitlichen Landesmarke werden. Auch in öffentlichen Kantinen soll der Fokus stärker auf regionalen Lebensmitteln liegen. Den Einsatz regionaler Lebensmittel in der Ganztagsverpflegung weiten wir aus. Um die Bedeutung der Ernährungssicherheit und unserer heimischen Lebensmittelproduktion hervorzuheben, werden wir die Ernährungssicherheit Baden-Württembergs als Staatsziel in der Landesverfassung verankern.

› **WEINBAU UND ENERGIE IN DER LANDWIRTSCHAFT**

Wir stärken den Weinbau und den Weinbautourismus – etwa durch eigene Förderlinien in bestehenden Kampagnen und die Verstärkung des Sonderprogramms Weinbau. Insbesondere sorgen wir für den Erhalt der kulturell und landschaftlich bedeutsamen Steillagen. Biogas und Agri-Photovoltaik nutzen wir effizienter, um Energieerzeugung und Landwirtschaft zu verbinden.

› **ERNÄHRUNGSSICHERHEIT UND BÜROKRATIEABBAU**

Wir bauen Strukturen zur Ernährungssicherung aus und stärken die Ernährungsnotfallvorsorge. Zugleich entlasten wir die Landwirtschaft durch weniger Bürokratie und ein praktikables GAP-System ab 2027.

› **INFRASTRUKTUR UND FÖRDERUNG AUSBAUEN**

Das Entwicklungsprogramm „Ländlicher Raum“ führen wir fort und statuen es besser aus. Flurneuordnungsverfahren werden beschleunigt und das Programm „Modernisierung Ländlicher Wege“ wird fortgeführt. Auch die Bioökonomie-Landesstrategie wird verstetigt.

› **MODERNE NAHVERSORGUNG – SONNTAGSÖFFNUNG FÜR VOLLAUTOMATISIERTE LÄDEN**

Wir ermöglichen die Sonntagsöffnung für vollautomatisierte, personalfreie Läden. So schaffen wir zeitgemäße Nahversorgung insbesondere im ländlichen Raum, ohne den Sonntagsschutz als Ganzes oder die Belange des Verkaufspersonals aufzugeben.

› **LANDWIRTSCHAFTLICHE BILDUNG FÖRDERN**

Wir verbessern die Aus- und Weiterbildung in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der Lehrerausbildung und bringen Ernährungsbildung in Kitas und Schulen. Den Ernährungsführerschein wollen wir landesweit an allen Schulen anbieten. Die sozioökonomische Beratung für landwirtschaftliche Familienbetriebe wird ausgebaut.

WALDLAND

2036 ist Baden-Württemberg das Land der nachhaltigen Wälder. Unser Wald ist CO₂-Speicher, Lebensraum und Rohstoffquelle zugleich. Wir gestalten den klimaresilienten Waldumbau aktiv – mit nachhaltiger Nutzung, Forschung und Praxis.

› WALDSTRATEGIE AUSBAUEN

Wir entwickeln die Waldstrategie Baden-Württemberg weiter, um Umweltschutz, Nutzung und Naturschutz in Einklang zu bringen. Unterstützung erhalten Landkreise durch verstärkte Forstbehörden für Waldumbau, Privatwaldbetreuung und Naturschutz.

› SCHÜTZEN DURCH NÜTZEN

Wir verzichten auf weitere Prozessschutzflächen und Doppelzertifizierungen bei ForstBW. Unser Ziel ist ein produktiver, gesunder Wald, der gleichzeitig Lebensraum und Wirtschaftsfaktor bleibt. Wir führen die erfolgreiche Holzbauoffensive fort. Wir fördern Holz- und Hybridbau als klimapositives Bauen.

› JAGD, FISCHEREI, IMKEREI UND WALDPÄDAGOGIK ALS PARTNER FÜR NATUR UND WALD

Die vielen tausend Jägerinnen und Jäger, Fischerinnen und Fischer, Imkerinnen und Imker sowie Waldpädagoginnen und -pädagogen im Land haben eine hohe Bedeutung für die nachhaltige Naturnutzung und sind wichtige Partnerinnen und Partner im Arten- und Naturschutz. Wir setzen uns im engen Schulterschluss mit den Waldbesitzerinnen und -besitzern für eine nachhaltige Vernetzung der Rotwildpopulationen in Baden-Württemberg und im Verbund mit den Nachbarländern ein.

› BIOLOGISCHE VIELFALT IM WALD FÖRDERN

Wir wollen die biologische Vielfalt im Wald fördern und die Widerstandsfähigkeit unserer privaten und öffentlichen Wälder erhöhen. Deshalb bekennen wir uns ausdrücklich zur Waldnaturschutzkonzeption 2030. Wir werden die Naturschutzkompetenz der unteren Forstbehörden stärken, indem wir die Waldnaturschutzberatung ausbauen und Förderangebote im Waldnaturschutz weiterentwickeln.

UMWELTLAND

Baden-Württemberg ist 2036 ein lebenswertes und zukunftsfähiges Land mit kristallklarem Wasser, fruchtbaren Böden, gesunder Luft und großer Artenvielfalt. Wir wollen starke Umweltstandards, die in der Praxis wirken – mit klaren Zielen, einfachen Verfahren und Kooperation statt bevormundender Ideologie. Wir bewahren die Schöpfung und unsere heimische Natur im Einklang mit der gewachsenen menschlichen Nutzung.

› KULTURLANDSCHAFT BEWAHREN

Unsere Heimat ist eine gewachsene und über Jahrhunderte vom Menschen geprägte Kulturlandschaft. Diese Kulturlandschaft wollen wir durch Pflege und Nutzung erhalten. Wir setzen auf regionale Lösungen und gezielte Förderung statt starrer neuer Schutzkulissen. Wir respektieren den Schutz des Eigentums und die über Generationen gelebte Verantwortungskultur. Wir führen das Förderprogramm „FAKT“ fort und honorieren öffentliche Leistungen der Landwirtschaft. Auch die Landschaftspflegeberichtlinie bleibt zentrales Instrument für Biodiversität und Kulturlandschaft. Wir setzen die Ziele des Biodiversitätsstärkungsgesetzes konsequent um. Die Streuobstkonzeption wird fortgeführt und finanziell gestärkt – Streuobst ist Kulturgut und Lebensraum zugleich.

› BIODIVERSITÄT ERHALTEN

Zum Erhalt unserer Artenvielfalt wollen wir den Einsatz moderner Technik und digitaler Instrumente in der Landwirtschaft ausbauen, um die Bodenbearbeitung zu verbessern und den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln weiter zu optimieren. Die Ziele des Biodiversitätsstärkungsgesetzes werden wir weiterhin konsequent verfolgen und den Biotopverbund über das ganze Land hinweg umsetzen. Dabei werden wir die Kosten für Gutachten überprüfen, Verfahrensvereinfachungen anstreben, Abbaustätten und andere Geländenutzungen integrieren und verstärkt auf kooperative Flurneuordnungsverfahren setzen.

› **ÖKOKONTO-VERORDNUNG ÜBERARBEITEN UND FLEXIBILISIEREN**

Bei der längst überfälligen Überarbeitung der Ökokonto-Verordnung werden wir flexiblere Ausgleichsmöglichkeiten schaffen. Dazu werden wir beispielsweise weitere landwirtschaftliche Kompensationsmaßnahmen als ökopunktefähig anerkennen und die Besonderheiten der Rohstoffgewinnung berücksichtigen. Auch die wildtiergerechte Gestaltung von Biogasanlagen und der Erhalt von Grünland und Sonderkulturflächen sollen ökopunktefähig werden. Den Umgang mit der Kompensation öffentlicher Eingriffe und Ausgleichs wollen wir neu regeln.

› **POPULATIONSSCHUTZ IN DEN VORDERGRUND RÜCKEN**

Wir setzen uns für den Erhalt geschützter Arten und wertvoller Lebensräume ein. Im Vordergrund steht für uns dabei der Schutz der Art als solcher. Der stark gewachsene Bestand von Kormoran, Biber und Saatkrähe erfordert ein nachhaltiges Management einschließlich der Möglichkeit zur letalen Entnahme. Wir werden ein Kormoranmanagement auch in Schutzgebieten und am Bodensee ermöglichen. Bei Konflikten mit dem Wolf werden wir praxistaugliche Lösungen für unsere Landwirtschaftsbetriebe erarbeiten. Invasiven Arten wie Nilgänsen, Waschbären, asiatischer Hornisse und Schwarzmundgrundeln sagen wir frühestmöglich und konsequent den Kampf an, um unsere heimische Tier- und Kulturlandschaft zu schützen.

› **ÖFFENTLICHE FLÄCHEN ENTSIEGELN – MEHR „NATUR AUF ZEIT“ ERMÖGLICHEN**

Durch örtliche Maßnahmen wie die Entsiegelung und Begrünung öffentlicher Flächen wollen wir mehr wertvolle Lebensräume für Tiere und Pflanzen schaffen. Zugleich wollen wir Freizeitaktivitäten in der Natur und den Schutz unserer Ökosysteme in Einklang bringen. So können wir die Aktivität in überbeanspruchten, gefährdeten Gebieten besser steuern. Zugleich unterstützen wir Projekte zur Sensibilisierung von Sportlerinnen und Sportlern. Um bisher gewerblich und industriell genutzte Flächen zumindest zeitweise zu renaturieren, unterstützen wir das Konzept „Natur auf Zeit“ und werden die temporäre Zurückgewinnung weiterer Flächen für die Natur unterstützen.

› **RESSOURCEN SCHONEN**

Der schonende Umgang mit Ressourcen und eine kluge Kreislaufwirtschaft sind für uns von zentraler Bedeutung. Unser Ziel ist es, den Rohstoffverbrauch durch Wiederverwendung zu senken, Abfälle zu vermeiden und Materialien im Kreislauf zu halten. Das schützt Klima, Umwelt und sichert Arbeitsplätze. Wir wollen die Kreislaufwirtschaft noch attraktiver machen – durch intelligente Anreize statt durch Überregulierung. Deshalb fördern wir neue Technologien und Geschäftsmodelle, die Materialien effizienter nutzen, die Wiederverwendbarkeit verbessern und CO₂ als Rohstoff erschließen.

› **UMWELTSCHONENDE ABFALLENTSORGUNG SICHERSTELLEN**

Im Abfallwirtschaftsplan des Landes wollen wir auch Gewerbeabfälle berücksichtigen, damit sie ortsnahe entsorgt werden können und unnötige Transportwege vermieden werden. Siedlungsabfälle sollen dort, wo eine stoffliche Verwertung nicht möglich ist, zur Energiegewinnung eingesetzt werden. So werden Restabfälle sinnvoll verwertet, Deponien entlastet und gleichzeitig Strom und Wärme erzeugt. Für nicht mehr verwertbare Abfälle stellen wir durch landeseigene Deponiekapazitäten die Entsorgung langfristig sicher.

› **NACHHALTIGER UMGANG MIT BODENAUSHUB**

Wir wollen den Umgang mit Bodenaushub in Baden-Württemberg einfacher, wirtschaftlicher und umweltverträglicher gestalten. Unbelasteter Boden soll, wo immer möglich, im Landschafts- und Ackerbau, bei der Renaturierung von Kiesgruben oder bei anderen Bauprojekten wiederverwendet werden können. Wir fördern regionale Zwischenlager und Recyclingstandorte, um Transportwege zu verkürzen und Deponien zu entlasten. Durch digitale Bodenbörsen und Kooperationen zwischen Kommunen und Wirtschaft schaffen wir effiziente Lösungen vor Ort. So sichern wir Ressourcen, reduzieren Kosten und stärken die regionale Kreislaufwirtschaft. Auf Bundesebene setzen wir uns zudem für Vereinfachungen in der Bodenschutzverordnung und in der Ersatzbaustoffverordnung ein.

› **WASSERVERSORGUNG VERLÄSSLICH GEWÄHRLEISTEN**

Die sichere Versorgung mit Trink- und Brauchwasser ist eine zentrale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Wir fordern deshalb eine landesweite Strategie zur Sicherung unserer Wasserversorgung. Dabei gilt: Die Hoheit über das Trinkwasser muss klar bei den Kommunen bleiben. Wir haben das Ziel, dass jede Kommune ihren Wasserbedarf auch im Krisenfall vollständig aus einer alternativen Wasserquelle decken kann. Durch die Ermöglichung von Dauergestattungen werden wir die Planbarkeit und Investitionssicherheit für unsere Wasserversorger erhöhen und den Vorrang der öffentlichen Wasserversorgung und damit der Daseinsvorsorge im Wasserrecht verankern.

› **WASSERMANGEL ENTGEGENWIRKEN**

Durch ein vorausschauendes Wassermanagement wollen wir Wassermangel bereits frühzeitig entgegenwirken. Dazu werden wir die dezentrale Wasserrückhaltung und die effiziente Nutzung von Wasser in der Landwirtschaft fördern und gezielt Brauchwasser einsetzen. Der Zugang zu Wasserquellen in Schutzgebieten muss für die Wasserversorgung gesichert bleiben. Neue Wasserschutzgebiete sollen künftig in maximal einem Jahr festgesetzt werden können. Außerdem werden wir die Wasserwirtschaft digitalisieren und die Daten aus dem „Masterplan Wasserversorgung“ mit denen des Grundwasserüberwachungsprogramms digital zusammenführen.

KLIMASCHUTZLAND

Baden-Württemberg steht 2036 für wirksamen Klima- und Umweltschutz sowie konsequente Klimaanpassung – technologieoffen, bezahlbar und planbar. Wir schützen Menschen, Infrastruktur und Natur und machen unser Land zum Technologieführer bei Klimaschutz und Klimawandelanpassung. Unser Ziel: den Ausstoß von CO₂ und anderen Treibhausgasen senken, Resilienz erhöhen, Wertschöpfung stärken.

› KLIMAANPASSUNG VORANBRINGEN – SCHUTZ FÜR MENSCHEN, STÄDTE, LANDWIRTSCHAFT

Klimafolgen treffen unseren Alltag. Hochwasserschutz hat Vorrang und wird im Wasserrecht als überragendes öffentliches Interesse verankert. Rückhaltebecken, Dämme und Polder bauen wir schneller und mit flexiblerem naturschutzfachlichem Ausgleich. Die Idee der Schwammstadt wird für uns zum Standard: Mehr Grün, Entsiegelung sowie gezielte Regenwasserrückhaltung kühlen und puffern Extreme. Kommunale Hochwasserrisikomanagement-Pläne werden wir aktualisieren und über ein Landesportal vernetzen.

› KOMMUNEN BEI DER STARKREGENPRÄVENTION UNTERSTÜTZEN

Wir überarbeiten die Förderrichtlinie Wasserwirtschaft, um Maßnahmen zur Schadensprävention durch Starkregen einfach, schnell und unbürokratisch umsetzen zu können. Die Förderung für die entsprechenden Maßnahmen bauen wir signifikant aus. So stärken wir den Schutz unserer Städte und Gemeinden – für mehr Sicherheit und Lebensqualität vor Ort.

› ELEMENTARSCHADENVERSICHERUNG FÜR ALLE

Wir wollen eine allgemeine Elementarschadenversicherung nach dem Prinzip „alle für alle“ einführen. Für die Landwirtschaft streben wir einen Ausbau der Mehrgefahrenversicherung zu einem umfassenden Schutz an, um auch hier die eigenverantwortliche Absicherung gegen Klimarisiken zu stärken.

› WIRKSAMER KLIMASCHUTZ STATT SYMBOLPOLITIK

Wir priorisieren die Klimaschutzmaßnahmen nach der CO₂-Einsparung pro investiertem Euro. Vorgaben von Bund und Europäischer Union setzen wir künftig eins zu eins um und verzichten dabei konsequent auf Übererfüllung durch „Gold-Plating“. Das Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz des Landes passen wir dementsprechend an. Den Weg zur Treibhausgasneutralität wollen wir im Land mit mehr Technologie und weniger Ideologie gehen. Als Exportland setzen wir dabei auf einen marktwirtschaftlichen europäischen Zertifikatehandel, der Klimaziele effektiv verfolgt und Greentech-Geschäftsmodelle stärkt, ohne die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu beeinträchtigen.

› CO₂-ABSCHEIDUNG UND -SPEICHERUNG ERMÖGLICHEN

Wir ermöglichen sogenannte CCS- und CCU-Verfahren, also die Abscheidung, Speicherung und Nutzung von CO₂. Die Schaffung der dafür notwendigen Infrastruktur hat für uns oberste Priorität. Dies beinhaltet die Prüfung von sicheren Onshore-Lagerstätten im Land. Wir machen uns darüber hinaus für die weitere Erforschung und klare rechtliche Rahmenbedingungen stark. Dazu zählt insbesondere die Einbeziehung in den europäischen Emissionszertifikatehandel. Zugleich wollen wir in Abstimmung mit anderen Ländern die Möglichkeit einer CO₂-Pipeline zu geeigneten Speicherorten prüfen.

› WÄLDER UND MOORE ALS CO₂-SPEICHER STÄRKEN

Wir setzen uns für intakte Wälder, bewirtschaftete Wiesen und die CO₂-Speicherung in Moorlandschaften und Grünlandgebieten ein. Moore und intaktes Grünland sind wertvolle Kohlenstoffspeicher und natürliche Wasserspeicher. Sie sind essenziell für die Artenvielfalt in Baden-Württemberg. Schutz und Nutzung sind für uns zwei Seiten einer Medaille. Insbesondere wollen wir daher Forschungsprojekte und Anwendungen unterstützen, die sich mit Bewirtschaftungsmöglichkeiten auf Moorböden auseinandersetzen.

IV.

EIN SICHERES UND STARKES LAND

SICHERHEITSLAND

2036 leben wir in einem der sichersten Länder der Welt. Ein gut funktionierender Staat schafft gerade in einer unübersichtlichen Welt Stabilität. Wir sorgen für Sicherheit, Ordnung und eine Heimat, in der die Menschen gerne leben. Mit gut ausgerüsteten Sicherheitsbehörden und einem starken Rechtsstaat ist Baden-Württemberg das Sicherheitsland Nummer eins in Deutschland.

› SICHERHEIT AUS EINEM GUSS

Unsere Landespolizei ist Herzstück unserer Sicherheitsarchitektur und leistet herausragende Arbeit für Sicherheit und Ordnung in Baden-Württemberg. Unsere Polizistinnen und Polizisten stehen jeden Tag mit Leib und Leben für unsere Sicherheit, Freiheit und Demokratie ein. Damit Baden-Württemberg noch sicherer wird, statten wir unsere Polizei rechtlich, personell und materiell bestmöglich aus. Zur Verteidigung unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stärken wir den Verfassungsschutz. Wir stehen hinter all unseren Blaulichtorganisationen – im Alltag genau wie in gefährlichen Situationen. Für Bundeswehr und Zivilschutz schaffen wir bestmögliche Rahmenbedingungen.

› SICHERHEITSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG SCHAFFEN

Mit einem Sicherheitsrat für Baden-Württemberg wollen wir die Landesregierung, die Präsidenten der Sicherheitsbehörden, die Zivilschutzorganisationen und die kommunalen Landesverbände sowie das Landeskommmando der Bundeswehr an einen Tisch bringen. Damit werden wir eine bessere Bündelung und Koordinierung in Fragen der Sicherheit und Verteidigung erreichen und die vorausschauende Strategieentwicklung hinsichtlich möglicher Szenarien in der Zukunft sowie aktuelle Lagebewertungen verbessern.

// SICHERHEITSLAND – 65
// RECHTSSTAAT – 72
// LAND DER MIGRATION UND INTEGRATION – 75

POLIZEI UND VERFASSUNGSSCHUTZ

Polizei und Verfassungsschutz sind auch 2036 starke Garanten für die Sicherheit unserer freiheitlichen Gesellschaft. Mit mehr Personal, modernster Ausrüstung und zeitgemäßen Befugnissen sorgen sie für ein Höchstmaß an Sicherheit und ein Land, in dem die Menschen überall ohne Angst leben können.

› MEHR POLIZEI AUF DIE STRASSE

Wir setzen die erfolgreiche Einstellungsoffensive kraftvoll fort, um die Zahl der Pensionierungen auszugleichen und darüber hinaus Hunderte zusätzliche Polizistinnen und Polizisten zu gewinnen. Zur Verbesserung der Personalgewinnung erleichtern wir den Quer- und Direkteinstieg. Zugleich werden wir zur Personalentwicklung bei zusätzlichen Stellen die Besoldung auf A 12 und auf A 13 anheben. Um den Polizeivollzugsdienst von Verwaltungstätigkeiten zu entlasten, verstärken wir die Landespolizei massiv mit 1.000 zusätzlichen Nichtvollzugsangestellten. Die Zulage für den lageorientierten Dienst werden wir erhöhen. Um die Arbeitsbedingungen weiter zu verbessern, wollen wir ein zentrales Referat für Polizeiliegenschaften bei Vermögen und Bau schaffen, damit die Sanierungen deutlich schneller vorangehen. Wir vertrauen unserer Polizei und unseren Sicherheitsbehörden. Die Kennzeichnungspflicht für Polizistinnen und Polizisten wollen wir daher abschaffen.

› NULL TOLERANZ FÜR KRIMINALITÄT UND VERSCHMUTZUNG IN DEN INNENSTÄDTEN

Für mehr Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum erhält unsere Polizei volle politische Rückendeckung für ein konsequentes Durchgreifen. Wir treten für deutlich mehr Fußstreifen und berittene Polizei, höheren Kontrolldruck sowie wirksamere Platzverweise und Aufenthaltsverbote in den Innenstädten und an Kriminalitätsschwerpunkten ein. Wir wollen die Ingewahrsamnahme zur Durchsetzung von Platzverweisen und Aufenthaltsverboten ausweiten. In Zusammenarbeit mit den Kommunen werden wir verschärft gegen Verschmutzungen und Störungen im öffentlichen Raum vorgehen und sprechen uns für deutlich mehr und höhere Bußgelder aus. Dabei nehmen wir auch Beleuchtung und bauliche Maßnahmen in den Blick und wollen die Kommunen durch Vorhaltung mobiler Beleuchtungs- und Videoschutztechnik bei kurzfristigen Maßnahmen unterstützen.

› VIDEOSCHUTZ IM ÖFFENTLICHEN RAUM AUSWEITEN

Der Videoschutz an öffentlich zugänglichen Orten wird von den Bürgerinnen und Bürgern als Sicherheitsgewinn wahrgenommen. Daher werden wir öffentliche Angsträume nicht nur durch gezielte Lichtkonzepte, sondern auch durch deutlich mehr Videoschutz beseitigen. Polizeivollzugsdienst und Kommunen werden wir dafür mehr Möglichkeiten zur Verfügung stellen und KI-gestützten intelligenten Videoschutz landesweit zum Standard machen. So können auffällige Verhaltensmuster automatisiert erkannt und zusätzliche Fahndungserfolge erzielt werden.

› CYBERSICHERHEIT VERBESSERN

Unser Ziel ist es, Baden-Württemberg im Bereich der Cybersicherheit nachhaltig zu stärken – mit klarem Fokus auf Schutz, Verlässlichkeit und technologische Gestaltungsfreiheit. Die Cybersicherheitsagentur Baden-Württemberg werden wir als zentrale Anlaufstelle zur Abwehr von Bedrohungen, zur Beratung und zur akuten Unterstützung von Behörden und Unternehmen sowie zur engen Koordination mit Bund und KRITIS-Partnern weiter ausbauen. Daneben werden wir verbindliche und zugleich praxistaugliche IT-Sicherheitsstandards für Land und Kommunen vorgeben, um ein hohes Schutzniveau zu gewährleisten. Durch Aufklärungskampagnen wie auch durch gezielte Beratungen wollen wir die Cybersicherheitskompetenz in Wirtschaft und Gesellschaft vertiefen und dabei insbesondere auch kleine und mittlere Unternehmen in den Blick nehmen. Der IPAI soll in diesem Zusammenhang zu einem der zentralen Orte für angewandte Cybersecurity im Land werden.

› TASER FÜR UNSERE POLIZEI

Taser können als weiteres Einsatzmittel das abgestufte Vorgehen unserer Polizistinnen und Polizisten unterstützen und insbesondere den Selbstschutz verbessern. Daher werden wir die Polizei mit Tasern ausstatten. Dabei berücksichtigen wir den aktuellen Feldversuch des Innenministeriums.

› EIN STARKES POLIZEIGESETZ

Unsere Polizei soll erweiterte und zusätzliche Rechtsgrundlagen zur Stärkung der Sicherheit erhalten. So setzen wir uns etwa für eine deutliche Verschärfung der präventiven Ingewahrsamnahme von Störern und Gefährdern ein, um die Bevölkerung noch besser vor Straftaten zu schützen. Außerdem brauchen wir eine Rechtsgrundlage für Identitätsfeststellungen in einem 30-Kilometer-Korridor an unseren Außengrenzen. Wir wollen zudem präventive DNA-Untersuchungen ermöglichen, damit die Polizei Spurenmaterial unbekannter Herkunft molekargenetisch untersuchen und Identifizierungsmerkmale wie Geschlecht, Augen-, Haar- und Hautfarbe, biogeografische Alter und biogeographische Herkunft zu ermitteln.

› **SPEZIALISIERTE SOFTWARE ZUR BEKÄMPFUNG SEXUALISierter GEWALT GEGEN KINDER**

Zum Schutz der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft werden wir die Ermittlungsarbeit der Polizei konsequent stärken. Dazu wollen wir eine spezialisierte Software einführen, mit der kinderpornografisches Material schnell, effizient und zugleich gerichtsfest ausgewertet werden kann. So entlasten wir die Ermittlungsbehörden in Zeiten stetig anwachsender Datenmengen und verkürzen Verfahren spürbar. Höchste Standards bei Datenschutz, Opferschutz und IT-Sicherheit sind dabei für uns selbstverständlich. Wir fördern die enge Zusammenarbeit von Landeskriminalamt, Staatsanwaltschaften und Forschungseinrichtungen und ergänzen die technische Einführung durch gezielte Schulungen für die Einsatzkräfte. So schaffen wir moderne Strukturen, die Missbrauch konsequent verfolgen, Täterinnen und Täter schneller überführen und die Beamtinnen und Beamten psychisch wie organisatorisch stärken.

› **ORGANISIERTE KRIMINALITÄT ENTSCLOSSEN BEKÄMPFEN**

Wir sagen der organisierten Kriminalität und Clanstrukturen den Kampf an. Daher werden wir beispielsweise die bestehenden Möglichkeiten der Telekommunikationsüberwachung durch verfassungskonforme Onlinedurchsuchungen flankieren, um so auch den Zugriff auf gespeicherte Daten zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns dafür ein, die Einziehung von Vermögen aus kriminellen Geschäften durch eine Beweislastumkehr zu erleichtern. Was wir im Bereich Extremismus mit dem neuen Staatsschutz- und Antiterrorismuszentrum Baden-Württemberg bereits umgesetzt haben, wollen wir auch für den Bereich der organisierten Kriminalität erreichen: Wir wollen Kompetenzen bündeln, den Informationsaustausch verbessern und alle relevanten Akteure durch einen interdisziplinären Bekämpfungsansatz stärker vernetzen.

› **KRIMINELLE KARRIEREN VERHINDERN**

Wir sprechen uns für beschleunigte Verfahren im Jugendstrafrecht aus, damit schnell Konsequenzen spürbar sind und aus jugendlichen Fehltritten keine kriminelle Karriere wird. Um jugendlichen Mehrfach- und Intensivtäterinnen und -tätern wirksam zu begegnen, werden wir den Datenaustausch weiter verbessern und die Häuser des Jugendrechts ausbauen.

› **EINFÜHRUNG EINES LANDESVERSAMMLUNGSGESETZES**

Bisher gilt für Baden-Württemberg das Versammlungsgesetz des Bundes. Mit Blick auf neue Herausforderungen und den technischen Fortschritt werden wir prüfen, ob ein eigenes Versammlungsgesetz erforderlich ist. Insbesondere sehen wir den Bedarf für einen Ausbau des Videoschutzes, um Versammlungen besser schützen zu können.

› **MEHR BEFUGNISSE FÜR DEN VERFASSUNGSSCHUTZ**

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung wird von Islamisten sowie rechts- und links-extremistischen Menschen bedroht. Wir gehen gegen Extremistinnen und Extremisten aller Couleur entschieden vor. Dafür prüfen wir die Ausdehnung der Befugnisse unseres Landesamts für Verfassungsschutz. So soll der Verfassungsschutz etwa die Befugnis erhalten, verdeckt Zugriffe auf informationstechnische Systeme zuzugreifen.

› **EINSATZ- UND RETTUNGSKRÄFTE WIRKSAM SCHÜTZEN**

Straftaten gegen Einsatz- und Rettungskräfte, egal ob im Haupt- oder Ehrenamt, verfolgen wir konsequent. Wir schaffen daher bei Gerichten und Staatsanwaltschaften die notwendigen Kapazitäten für beschleunigte Strafverfahren. Die Strafe muss auf dem Fuße folgen. Außerdem setzen wir uns für eine umfassende Ausschöpfung des Strafrahmens ein.

BEVÖLKERUNGSSCHUTZ UND BUNDESWEHR

Baden-Württemberg ist 2036 ein Land mit starkem Bevölkerungsschutz. Alle Mitglieder der Blaulichtfamilie arbeiten beim täglichen Einsatz in Streifenwagen, Rettungswagen oder Löschfahrzeug Hand in Hand, im Hauptamt wie im Ehrenamt. In enger Abstimmung mit der Bundeswehr gewährleisten sie die Sicherheit in unserem Land.

› **KATASTROPHENSCHUTZ STÄRKEN**

Wir werden den Fahrzeugbestand im Katastrophenschutz modernisieren. Zudem bauen wir die Warninfrastruktur einschließlich eines flächendeckenden Sirennetzes aus. Wir wollen die landesweite Kommunikation und Koordination aller Akteure unter Nutzung neuester Technik verbessern. Im Hinblick auf die zahlreichen Ehrenamtlichen in den Blaulichtorganisationen werden wir für die Helfergleichstellung im Bevölkerungsschutz sorgen. Wir prüfen die Einrichtung eines Kompetenzzentrums Bevölkerungsschutz mit einer operativen Einsatzzentrale, die Ministerien, Behörden, Hilfsorganisationen und Kommunen einbindet. Wir wollen Krisenpläne in Abstimmung mit den Kommunen so einheitlich wie möglich und so regional spezifisch wie nötig entwickeln. Durch regelmäßige Katastrophenschutzübungen auch mit unseren europäischen Nachbarn werden wir die Zusammenarbeit der verschiedenen Ebenen und Organisationen kontinuierlich verbessern.

› MODERNER RETTUNGSDIENST FÜRS GANZE LAND

Mit einer neuen Leitstellenkonzeption vereinheitlichen und vernetzen wir Technik, ordnen Strukturen und Organisation neu und erreichen damit eine Modernisierung der Leitstellen sowie der Schnittstellen zu den Kliniken. Wir nutzen die Chancen der Digitalisierung im Rettungsdienst, auch für die einheitliche smartphonebasierte Alarmierung von Ersthelferinnen und Ersthelfern. Die Investitionen bei den Rettungswachen setzen wir zeitnah um. Um die Patientensteuerung zu verbessern, vernetzen wir den ärztlichen Bereitschaftsdienst unter der Rufnummer 116 117 und die integrierten Leitstellen so miteinander, dass eine digitale Fallübergabe mit medienbruchfreier Übermittlung bereits erhobener Daten wechselseitig möglich ist. Wir setzen eine landeseinheitliche Standardisierung von Fahrzeugen im Rettungsdienst und von deren Ausstattung, aber auch in den Abläufen der integrierten Leitstellen inklusive Fallabfragen um. Die Versorgung mit Defibrillatoren werden wir flächendeckend verbessern – auch bei der Polizei. Wir setzen uns weiterhin für die Stärkung der Sonderrettungsdienste Berg-, Wasser- und Höhlenrettung ein. Darüber hinaus etablieren wir ein flächendeckendes System von Sekundärtransportstrukturen zur Versorgung von Notfallpatientinnen und -patienten.

› FEUERWEHREN UNTERSTÜTZEN

Wir sorgen weiter für eine starke Unterstützung der Gemeinden bei Fahrzeug- und Gebäudeinvestitionen. Dazu wollen wir die Zweckbindung der Feuerschutzsteuer für das Feuerwehrwesen beibehalten. Wir wollen die landeseinheitliche Fahrzeugbeschaffung zur Entlastung der Kommunen ausbauen. Zugleich heben wir die Altersgrenze für den freiwilligen Feuerwehrdienst an. Wir prüfen in einem Pilotversuch, inwiefern das Land durch die Bereitstellung von Musterplanungen für serielles und systematisiertes Bauen die Kommunen beim Bau von kleinen und mittleren Feuerwehrgerätehäusern entlasten kann.

› EHRENAMT ENTLASTEN

Zur Entlastung gerade des Ehrenamts wollen wir spürbar Bürokratie abbauen. Dazu wollen wir vereinfachte und digitale Antrags- und Abrechnungsverfahren sowie möglichst pauschale Entschädigungen ermöglichen. Zur Verwaltungsentlastung, Kostenreduzierung und Vereinheitlichung wollen wir landesweite Sammelausschreibungen und standardisierte Beschaffungen nutzen. Wir werden die Hilfsorganisationen bei der Gewinnung neuer Einsatzkräfte etwa durch Nachwuchskampagnen und attraktive Rahmenbedingungen unterstützen.

› VORSORGE FÜR DEN KATASTROPHENFALL

Wir erarbeiten eine neue Schutzraumkonzeption, auch unter Einbeziehung von vorhandener Infrastruktur. Außerdem gehen wir die Vorhaltung ausreichender Krankenhauskapazitäten an, um im Kriegs- und Katastrophenfall wirksam handeln zu können. Wir sprechen uns für den Aufbau von Zentrallagern für Notfallressourcen und kritische Güter in jedem Regierungsbezirk aus.

› MEHR RESILIENZ FÜR MEHR SICHERHEIT

Wir stärken die Eigenvorsorge und Selbsthilfekompetenz in der Bevölkerung durch gezielte Informationskampagnen und Veranstaltungen sowie den Ausbau von Informationsplattformen. Wir integrieren das Thema Bevölkerungsschutz und Erste Hilfe in die schulische Bildung und bauen den Aktionstag „Katastrophenschutz an Schulen“ aus. Wir entwickeln den bundesweiten Warntag zu einem Aktionstag mit Vor-Ort-Veranstaltungen.

› STÄDTE UND INFRASTRUKTUR SCHÜTZEN

Unsere Städte und unsere kritischen zivilen Infrastrukturen sind heute neuen realen Bedrohungen ausgesetzt. Wir wollen resiliente Städte und Gemeinden, die die Menschen gegen militärische, terroristische oder andere Angriffe schützen können und besser gegen alle Formen der hybriden Kriegsführung gewappnet sind. Deshalb werden wir in den bestehenden Förderprogrammen des Landes für unsere Kommunen den neuen Förderschwerpunkt „Städtebaulicher Zivilschutz“ einführen. Wir wollen damit die Kommunen zum Beispiel bei der Einrichtung von Schutzräumen, bei der sicherheitsorientierten Gestaltung öffentlicher Räume oder bei der Erstellung eigener Sicherheitsanalysen und -konzepte unterstützen.

› VORFAHRT FÜR VERTEIDIGUNG

Gerade in Zeiten zunehmender sicherheitspolitischer Herausforderungen gilt für uns Vorfahrt für Verteidigung. Mit einem „Bundeswehrgesetz Baden-Württemberg“ wollen wir unter anderem Bereichsausnahmen für Projekte der Bundeswehr und des Zivilschutzes umsetzen und damit Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit beschleunigen. Zugleich wollen wir die Verbindung zwischen Bundeswehr, befreundeten Streitkräften und Gesellschaft weiter ausbauen und den jährlichen Tag der Bundeswehr und den Veteranentag auch im Land angemessen begehen.

RECHTSSTAAT

Baden-Württemberg steht 2036 für eine Justiz, die schnell, verlässlich und bürgernah Recht sichert. Unsere Gerichte und Staatsanwaltschaften sind leistungsfähig, digital und transparent. Wir setzen auf Qualität, Spezialisierung und schnelle Verfahren – damit Rechtssicherheit nicht wartet, sondern wirkt. Unser Ziel: ein Rechtsstaat, der Vertrauen gibt, Freiheit schützt und Regeln konsequent durchsetzt.

› AUSBILDUNG UND NACHWUCHS – QUALITÄT VON ANFANG AN

Wir sichern die Qualität unserer Justiz über starke Ausbildung und moderne Wege in den Beruf. Die Juristenausbildung wird zeitgemäß reformiert: Studieninhalte orientieren sich an den Anforderungen der Berufsbilder, und der integrierte Bachelor öffnet Türen. Das Referendariat wird spezialisierter, praxisnäher und digitaler. Neue Wege bei Bewerbungs-, Einstellungs- und Entwicklungsverfahren müssen zum Ziel haben, die talentiertesten Köpfe für den Dienst am Rechtsstaat zu gewinnen.

› DIE BESTEN KÖPFE FÜR EINEN STARKEN RECHTSSTAAT

Wir stärken unsere Justiz weiterhin mit den besten Köpfen – egal ob bei Gerichten, Staatsanwaltschaften oder im Vollzug. Den personellen Aufwuchs der vergangenen Jahre verstetigen wir entlang des tatsächlichen Bedarfs. Unser besonderes Augenmerk gilt dabei auch den Unterstützungskräften und Geschäftsstellen. Die Bediensteten unserer Justiz sind das Rückgrat des Rechtsstaates: Sie verdienen Respekt, gute Arbeitsbedingungen und digitale Entlastung bei Routinevorgängen. Die Ergebnisse des Beteiligungsformats „ZUKUNFTSGERICHTET“ werden wir bei der Modernisierung der Justiz besonders berücksichtigen.

› SCHNELLER UND NOCH BESSER DURCH DIGITALISIERUNG UND KI

Wir machen die Justiz zum Vorreiter moderner Technologien. Digitale Aktenführung, automatisierte Zustellungen und sichere Kommunikationswege werden Standard. Künstliche Intelligenz hilft dort, wo Massenverfahren die Kapazitäten sprengen – rechtlich sauber und datenschutzfest. Wir werden sie Schritt für Schritt weiter in den Justizalltag integrieren. Künstliche Intelligenz bleibt dabei stets ein Hilfsmittel: Entscheidungen müssen weiterhin von Menschen getroffen werden. Leitlinien schützen sensible Daten, zentrale Plattformen bündeln Wissen. Digitale Leitstellen und vernetzte Systeme verbessern die Zusammenarbeit von Justiz, Polizei, Verwaltung und Wirtschaft.

› MEHR SCHLAGKRAFT DURCH SPEZIALISIERUNG UND BESCHLEUNIGUNG

Wir beschleunigen die Rechtsdurchsetzung durch klare Spezialisierungen. Erfolgsmodelle wie Commercial Court, Cybercrime-Zentrum, spezialisierte Asylkammern und Häuser des Jugendrechts bauen wir aus. Beschleunigte Verfahren werden zum Regelinstrument, wo sie dem Rechtsfrieden dienen. Der Bund muss dafür zügig passende Rahmen setzen – wir nutzen im Land alle Spielräume. Das Ziel ist klar: schnelle, endgültige Entscheidungen, die Vertrauen schaffen.

› EINE JUSTIZ, DIE TRANSPARENT UND ERREICHBAR IST

Wir öffnen die Justiz mit einem landesweiten Serviceportal, das Übersicht über Dienstleistungen, Verfahren und Zuständigkeiten schafft. Moderne Websites und transparente Berichterstattung informieren über Entscheidungen und Abläufe. Die Medien- und Öffentlichkeitsarbeit wird professionalisiert, Schulungen und Freistellungen stärken die Kommunikationsfähigkeit der Justiz.

› OPFERSCHUTZ VOR TÄTERSCHUTZ

Wir stellen den Schutz und die Rechte von Opfern konsequent in den Mittelpunkt. In Baden-Württemberg werden wir Opfer von Gewalt, Missbrauch und anderen Straftaten noch besser unterstützen – rechtlich, psychologisch und sozial. Dazu werden wir die Zusammenarbeit von Polizei, Justiz und Sozialdiensten verbessern und den Zugang zu Opferberatungsstellen und Frauenhäusern sichern. Straftäterinnen und Straftäter sollen stärker in die Verantwortung genommen werden – etwa durch verpflichtende Wiedergutmachungsleistungen und konsequente Vollstreckung von Auflagen. Wir haben eine klare Haltung: Der Staat steht an der Seite der Opfer, nicht der Täterinnen und Täter.

› VOLLZUG UND RESOZIALISIERUNG – KONSEQUENT UND MENSCHLICH

Wir stärken den Justizvollzug für schwierige Lagen: mehr Personal, moderne Ausstattung und digitale Assistenzsysteme. Sicherheit für Bedienstete hat Priorität. Resozialisierung beginnt in der Haft und geht darüber hinaus: gemeinsam mit der Freien Straffälligenhilfe, mit Programmen wie „Schwitzen statt Sitzen“ und aufsuchender Sozialarbeit. Gleichzeitig ist für uns klar: Der Strafvollzug muss auch der Strafe und Abschreckung dienen – ebenso wie der Sicherheit der Allgemeinheit.

› DEMOKRATIE UND RECHTSSTAAT – VERTRAUEN DURCH BILDUNG UND HALTUNG

Wir verankern Demokratiebildung früh: „Rechtsstaat macht Schule“ wird landesweit ausgebaut. Kinder und Jugendliche lernen, warum Freiheit, Recht und Verantwortung zusammengehören. Wir schützen unseren Rechtsstaat entschlossen – gegen Extremismus, Antisemitismus und jede Form der Verachtung unserer freiheitlichen Ordnung.

LAND DER MIGRATION UND INTEGRATION

Baden-Württemberg steht 2036 für eine Migrationspolitik, die qualifizierte Zuwanderung als Chance begreift und irregulärer Migration konsequent entgegentritt. Wir schaffen ein gutes Umfeld für gelingende Integration. Wer unsere Gesellschaft bereichert, ist willkommen. Zugleich machen wir klar: Bei uns gelten unsere Regeln, und diese Regeln setzen wir durch. Wer sich für unser Land entscheidet, entscheidet sich auch für unsere Werte, unsere Sprache und unsere Leitkultur.

› HEIMAT BADEN-WÜRTTEMBERG

Baden-Württemberg ist Heimat für Menschen aus verschiedensten Ländern und Kulturkreisen. Die allermeisten von ihnen leisten Tag für Tag einen unschätzbaren Beitrag für das Zusammenleben in unserem Land – in der Wirtschaft genauso wie in Verein und Ehrenamt. Eine moderne und wirksame Integrationspolitik ist für uns zentraler Baustein für den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit Baden-Württembergs. Wir wollen gelingende Integration auf allen Ebenen unseres Landes möglich machen.

› AUFSTEIGERLAND

Baden-Württemberg ist seit jeher ein Aufsteigerland für fleißige Menschen von überall her. Unser Versprechen ist so einfach wie kraftvoll: Wer sich anstrengt, unsere Sprache spricht und sich einbringt, dem stehen alle Türen offen, um seinen eigenen Traum zu verwirklichen. Für uns zählt nicht, woher jemand kommt, sondern wohin er gemeinsam mit uns will. Wir wenden uns an die unzähligen Leistungsträgerinnen und -träger mit Einwanderungsgeschichte, die unser Land am Laufen halten – ob im Handwerk oder im OP-Saal, in der Backstube oder im Start-up. Sie leben die klassischen Tugenden von Fleiß, Mut und Eigenverantwortung, die unser Land stark gemacht haben. Diese Menschen sind geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Nachbarn und unverzichtbarer Teil unserer Erfolgsgeschichte. Wir rufen ihnen zu: Ihr seid ein Gewinn für uns alle! Unser Ziel ist eine Kultur der Ermutigung, in der Herkunft kein Hindernis ist, sondern in der Leistung und das Bekenntnis zu unserer Leitkultur den Weg an die Spitze ebnet.

› SPRACHE ALS WERKZEUG

Sprache ist der Schlüssel zur Teilhabe, Arbeit der Motor der Integration. Wir starten eine Offensive für die „Betriebssprache Deutsch“. Wir verlagern die Förderung dorthin, wo das Miteinander entsteht: direkt in die Vereine und Unternehmen. Wer die Sprache der Kolleginnen und Kollegen spricht, wird schneller Teil des Teams. Darüber hinaus wollen wir den enormen Gründergeist von Zugewanderten entfesseln. Mit dem Mentoring-Programm „Vom Gastarbeiter zum Arbeitgeber“ vernetzen wir erfahrene Familienunternehmer aus dem Mittelstand mit ambitionierten Gründerinnen und Gründern mit Migrationsgeschichte. Wir wollen, dass Menschen, die zu uns kommen, nicht nur Arbeit finden, sondern auch Arbeit schaffen.

› DAS „WIR“ FEIERN: LEISTUNGSSCHAU DER INTEGRATION

Integration ist keine Einbahnstraße, sondern eine gemeinsame Anstrengung, die Würdigung verdient. Um dies sichtbar zu machen, rücken wir nicht nur die kulturelle Vielfalt, sondern gezielt die Erfolgsbiografien gelungener Integration ins Rampenlicht. Wir zeichnen Betriebe, Vereine und Einzelpersonen aus, die vorleben, wie aus einem Nebeneinander ein Miteinander wird. Wir schaffen damit einen positiven Patriotismus der Vielfalt auf dem Boden unserer Verfassung. Wer unsere Werte lebt und unser Land voranbringt, gehört dazu – ohne Wenn und Aber.

› ORDNUNG SCHAFFEN UND GRENZEN SCHÜTZEN

Die Zeit unregulierter Zuwanderung ist vorbei. In enger Zusammenarbeit mit dem Bund werden wir Zuwanderung verlässlich ordnen, steuern und begrenzen. Die konsequente Umsetzung der Migrationswende auf Bundesebene entlastet auch unsere Kommunen und vermeidet so perspektivisch auch Konflikte im Zusammenhang mit dem Neubau von Unterkünften. Wir unterstützen die Politik der Bundesregierung, die missbräuchliche Umgehung der Dublin-Regeln durch Zurückweisungen an der Grenze zu unterbinden. Das Asylrecht gibt keinen Anspruch darauf, sich innerhalb Europas ein Asylland frei auszusuchen. Durch verstärkte Kontrollen wird Schleusungskriminalität entschlossen bekämpft. Dabei berücksichtigen wir zugleich die berechtigten Belange unserer vielen Grenzpendlerinnen und Grenzpendler.

› HUMANITÄT MIT ORDNUNG VERBINDEN

Wir bekennen uns zu unserer humanitären und christlichen Verantwortung, Schutzbedürftigen in Not zu helfen. Rassismus und Menschenhass treten wir dabei entschieden entgegen. Zugleich gilt für uns: Wer Gastrecht erhält, von dem erwarten wir auch Respekt für unsere Gesellschaft und die Einhaltung unserer Regeln. Wer unsere Gesetze missachtet und damit unsere Gastfreundschaft mit Füßen tritt, für den muss es schnelle und harte Konsequenzen geben. Dazu wollen wir sämtliche verfassungsrechtlich verfügbaren Spielräume ausreizen. Straftäterinnen und Straftäter weisen wir konsequent aus und werden ihnen bis zur Ausreise mit aller rechtlich vertretbaren Härte begegnen. Auf europäischer Ebene setzen wir uns für die Ermöglichung lebenslanger Wiedereinreisesperren ein.

› VERFAHREN BESCHLEUNIGEN UND ZUSAMMENARBEIT VERBESSERN

Gerade im Bereich der Migration braucht es zügige und klare Entscheidungen. Wer ein Bleiberecht hat, der verdient schnelle Rechtssicherheit und keine jahrelange Ungewissheit. Umgekehrt gilt auch: Die Gesellschaft hat ein Recht darauf, dass Menschen ohne Bleiberecht unser Land zeitnah verlassen. Deshalb stärken wir Behörden und Gerichte und optimieren bestehende Verfahrensabläufe, um auch im Ausländerrecht wieder zu effektiver Durchsetzung von Recht und Gesetz zurückzufinden. Die Zusammenarbeit von Justiz und Behörden wollen wir weiter verbessern und dabei insbesondere praxistaugliche Lösungen zum schnellen Datenaustausch schaffen. Für die unerlässliche Identitätsklärung wollen wir umfassende Möglichkeiten zur Auswertung von mitgeführten Mobilfunkgeräten erreichen.

› TEILHABE UND INTEGRATION DURCH GEMEINNÜTZIGE ARBEIT

Menschen mit Bleibeperspektive wollen wir zügig in Arbeit bringen. Für nicht erwerbstätige Asylbewerberinnen und -bewerber werden wir die bundesgesetzlich vorgesehene Arbeitspflicht konsequent umsetzen und sie in Abstimmung mit den Kommunen zu gemeinnützigen Tätigkeiten heranziehen. Das stärkt die Teilhabe, entlastet Kommunen und stellt einen sichtbaren Beitrag zum gedeihlichen Zusammenleben in unserem Land dar.

› BEZAHLKARTE SCHAFFT VERTRAUEN UND VERBINDLICHKEIT

Mit der bundesgesetzlich vorgesehenen Bezahlkarte zahlen wir Asylbewerberleistungen bargeldlos aus. So stellen wir sicher, dass die Leistungen in der gesetzlich vorgesehenen Weise verwendet werden, und schaffen Vertrauen und Verbindlichkeit. Zugleich erschweren wir damit Zahlungserpressung durch Schlepper und Menschenhändler. Um Missbrauch und Umgehung der Bezahlkarte zu verhindern, setzen wir auf klare Regeln, einheitliche Standards sowie wirksame Kontrolle und unterstützen den Bund bei der Schaffung der entsprechenden Rechtsgrundlagen. Dies soll auch den Verlust der Gemeinnützigkeit von Organisationen einschließen, die beispielsweise den Umtausch der Bezahlkarte unterstützen.

› ZUSTROM STEUERN UND KOMMUNEN ENTLASTEN

Unsere Kommunen tragen bei der Asylnmigration die Hauptverantwortung vor Ort. Damit die Akzeptanz für die Unterbringung in unseren Kommunen und bei der Bevölkerung nicht noch weiter sinkt, ist es unser Ziel, Verfahren in den Landeserstaufnahmestellen rechtssicher abzuschließen. Auf diesem Wege werden wir nur noch Menschen mit Bleibeperspektive auf die Kreise weiterverteilen. Städte und Gemeinden, die sich freiwillig als „Sichere Häfen“ verpflichtet haben, werden dabei bevorzugt berücksichtigt. Menschen ohne Bleibeperspektive wollen wir hingegen direkt aus den Landeserstaufnahmestellen in ihre Heimatländer zurückzuführen. Zudem werden wir die bestehenden Unterbringungsstandards überprüfen und anpassen. Wir werden keine weiteren Landesaufnahmeprogramme auflegen.

› RÜCKFÜHRUNGEN VERLÄSSLICH UMSETZEN

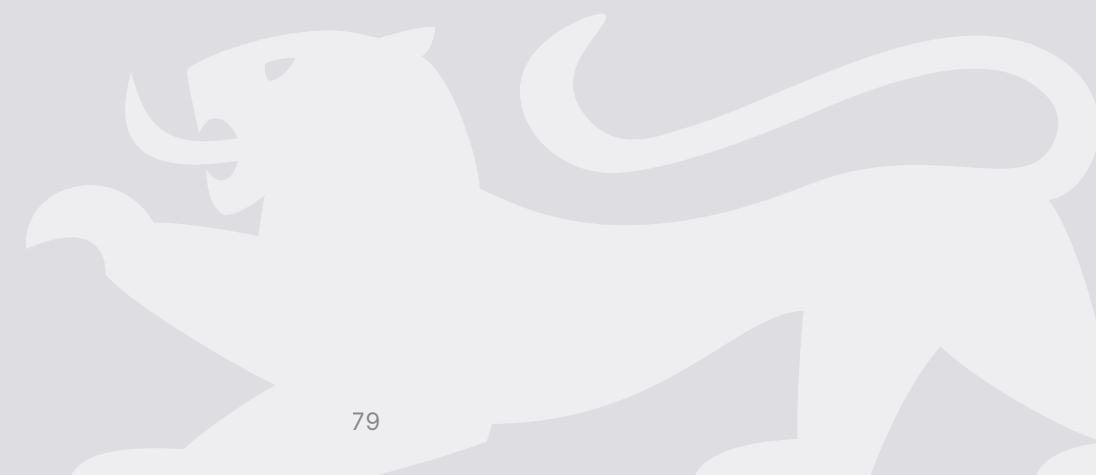
Wer zur Ausreise verpflichtet ist, muss das Land verlassen. Die Erteilung von Duldungen an vollziehbar Ausreisepflichtige wollen wir deshalb auf rechtlich zwingende Fälle beschränken. Zugleich setzen wir uns beim Bund dafür ein, bestehende Fehlanreize abzubauen, die einer freiwilligen Ausreise entgegenwirken. Das Untertauchen Ausreisepflichtiger werden wir konsequent unterbinden, indem wir Leistungen einstellen und uns umfassend auf gesetzlich vorgesehene Haftgründe stützen. Vor diesem Hintergrund werden wir zudem weitere Abschiebehaftplätze schaffen. Die beschlossene Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems werden wir konsequent umsetzen und dabei insbesondere die Voraussetzungen für schnelle Verfahren an Flughäfen und an der Landesgrenze schaffen.

› SONDERSTAB „GEFÄHRLICHE AUSLÄNDER“ STÄRKEN

Der Sonderstab „Gefährliche Ausländer“ hat sich bewährt. Er identifiziert kriminelle Ausländerinnen und Ausländer, klärt Identitäten und treibt Rückführungen voran – in enger Verzahnung von Polizei, Justiz, Ausländerbehörden und Sicherheitsdiensten. Wir bauen diese Strukturen personell und organisatorisch aus, schließen gezielte Kooperationsvereinbarungen und erhöhen so Effizienz, Geschwindigkeit und Sicherheit.

› POLITISCHEM ISLAM ENTGEGENTRETEN

Für uns ist klar: In Deutschland gilt das Grundgesetz und nicht die Scharia. Wir werden deshalb dem politischen Islam mit aller Entschiedenheit entgegentreten – egal ob bei der Förderung von Vereinen und Verbänden oder mit Mitteln des Polizei- und Versammlungsrechts. Die Anerkennung des Existenzrechts Israels und die Ablehnung von Antisemitismus in jeder Form ist für uns selbstverständlicher Teil des Zusammenlebens in Baden-Württemberg. Religionsunterricht an Schulen und das Fach Islamische Theologie an Hochschulen werden wir konsequent von Einflüssen ausländischer Staaten befreien.



V.

EIN LAND, DAS ZUSAMMENHÄLT

GESUNDHEITS- UND PFLEGELAND

2036 bietet Baden-Württemberg flächendeckend hervorragende Gesundheits-, Reha-, Kur- und Pflegeleistungen. Gute Rahmenbedingungen und innovative Lösungen sichern exzellente Versorgung in Stadt und Land. Spitzenmedizin, qualitätsvolle Pflegeangebote, leistungsfähige Hochschulen, forschungsstarke Unternehmen und engagierte Menschen in den Gesundheitsberufen bilden ein starkes Netzwerk, in dem Fürsorge und Fortschritt Hand in Hand arbeiten. Im Mittelpunkt steht dabei der einzelne Mensch mit seinen individuellen Bedürfnissen.

GUTE GESUNDHEITSVERSORGUNG FÜR ALLE

› WOHNORTNAHE VERSORGUNG IM GANZEN LAND

Wir werden die medizinische Versorgung flächendeckend und wohnortnah sichern. Deshalb werden wir zusätzliche Studienplätze für Human- und Zahnmedizin sowie für Pharmazie schaffen. Zugleich erhöhen wir die Landarztquote und beteiligen uns an kommunalen Stipendienprogrammen. Gemeinsam mit der Ärzteschaft schaffen wir für mehr Facharztgruppen als bisher eine Verbindung aus stationärer und ambulanter Weiterbildung, um den ärztlichen Nachwuchs früher an die Niederlassung heranzuführen. Wir setzen uns für die Etablierung multiprofessioneller Praxismodelle ein, an denen auch die Kommunen beteiligt werden können. So entsprechen wir dem Wunsch gerade jüngerer Ärztinnen und Ärzte nach Anstellung, Teamarbeit und flexibleren Arbeitszeitmodellen. Die Apotheke vor Ort wollen wir als essenziellen Teil der medizinischen Daseinsvorsorge stärken und uns auf Bundesebene für gute Rahmenbedingungen einsetzen.

// GESUNDHEITS- UND PFLEGELAND – 81
// SPORT- UND EHRENAMTSLAND – 87
// MEDIENLAND – 89
// KULTURLAND – 91
// WERTELAND – 93

› ZUKUNFTSSICHERE KRANKENHAUSFINANZIERUNG

Mit einem klaren Bekenntnis zur dualen Finanzierung unserer Kliniken und einem Ausbau der Investitionskostenförderung sorgen wir für moderne und leistungsfähige Krankenhäuser. Dies gilt auch im Hinblick auf die Kosten der zunehmenden Digitalisierung. So stellen wir die Grund- und Regelversorgung inklusive leistungsfähiger Notfallambulanzen im ganzen Land sicher. Zugleich unterstützen wir die Bildung spezialisierter Zentren. Auf Bundesebene setzen wir uns dafür ein, dass die Benachteiligung der baden-württembergischen Krankenhäuser bei der Betriebskostenfinanzierung endlich beendet wird.

› PATIENTENSTEUERUNG UND DIGITALE VERNETZUNG

Wir unterstützen die vom Bund angestrebte Patientensteuerung durch Hausärztinnen und Hausärzte als Gesundheitslotsen. So sorgen wir dafür, dass jeder und jede die richtige medizinische Hilfe am richtigen Ort erhält. Digitale Lotsen- und Terminservicestellen sollen Patientinnen und Patienten verbindlich und zielgerichtet durch das Gesundheitssystem führen und Doppeluntersuchungen vermeiden. Anschlussfähige IT-Strukturen verbessern die Kommunikation zwischen Krankenhäusern, ambulanter Versorgung und Rettungsdienst. Die Chancen der Telemedizin sowie der digitalen Patientenakte werden wir aktiv nutzen. Durch einen weiteren Digitalisierungsschub wollen wir etablierte Diagnostiken und Standardtherapien etwa in der Tumorbehandlung nicht nur an wenigen großen Standorten, sondern in der Fläche verfügbar machen.

› ENG VERZAHNTE NOTFALLVERSORGUNG

Gebündelte Zuständigkeiten und eine enge Verzahnung von Rettungsdienst, Krankenhäusern, Helferinnen und Helfern vor Ort sowie ambulanter Versorgung sichern schnelle Hilfe dort, wo sie am dringendsten gebraucht wird. Wir setzen auf integrierte Notfallzentren, in denen Rettungsdienste, Kliniken und Hausärztinnen und Hausärzte Hand in Hand arbeiten. Moderne Leitstellen, ein zentrales Bettenregister sowie eine digitale Kommunikationsplattform zwischen Rettungsdiensten und Kliniken ermöglichen eine effiziente Koordination von Einsätzen und Patientenströmen. Die Transportstrukturen werden wir weiter verbessern und dazu auch das Modell eines Akuttransportwagens als zusätzliche Versorgungsebene zwischen akutem Notfalleinsatz und Krankentransport testen. In 30 Fahrminuten soll ein Integriertes Notfallzentrum erreichbar sein. An Integrierten Notfallzentren arbeiten zugelassene Krankenhäuser und die Kassenärztliche Vereinigung verbindlich zusammen, damit immer eine bedarfsgerechte ambulante medizinische Erstversorgung zur Verfügung steht.

› GUTE RAHMENBEDINGUNGEN FÜR UNSERE FACHKRÄFTE

Unsere vielen engagierten Fachkräfte sind das Herz unseres Gesundheitssystems. Ohne sie gibt es keine gute Versorgung, keine qualifizierte Pflege und keinen medizinischen Fortschritt. Wir schaffen deshalb attraktive Rahmenbedingungen mit fairen Löhnen, planbaren Arbeitszeiten, moderner Infrastruktur und einer Kultur der Wertschätzung in allen Gesundheitsberufen. Die wohnortnahen Angebote der ambulanten Heilmittelerbringerinnen und -erbringer sowie der außerklinisch tätigen Hebammen wollen wir erhalten. Um dem zukünftigen Bedarf an multiprofessionellen Teams gerecht zu werden, setzen wir zudem auf neue Berufsbilder wie Physician Assistants, Primary Care Manager oder Advanced Practice Nurses. Den Anerkennungsprozess für ausländische Fachkräfte in Medizin und Pflege werden wir weiter beschleunigen und über eine digitale Plattform vereinfachen.

› AUSBILDUNG SICHERSTELLEN

Durch eine enge Zusammenarbeit von Schulen, Hochschulen, Kliniken und Betrieben stärken wir die Aus- und Weiterbildung – von der Pflege bis zur Medizintechnik. Wir bekennen uns zur Schulgeldfreiheit an den Ersatzschulen für Gesundheitsberufe und schaffen neue Rahmenbedingungen für die Ergänzungsschulen der Ergotherapie und der Sozialberufe. Das Angebot von Teilzeitausbildungen etwa in der Pflege bauen wir aus. Pflegeschülerinnen und -schülern, deren Blockunterricht nicht am Wohnort stattfindet, wollen wir wieder die Übernachtungspauschale bezahlen. Die neue Pflegeassistentenausbildung wollen wir durch Deutschunterricht und Sozialarbeit für die berufliche Integration ergänzen.

› PRÄVENTION STÄRKEN

Wir wollen Prävention und Gesundheitsförderung weiter ausbauen. Durch leicht zugängliche Vorsorgeangebote, ärztliche Check-ups, Impfmöglichkeiten und Früherkennungsprogramme geben wir jedem Menschen die Chance, möglichst lange gesund zu bleiben. Für unsere Kinder und Jugendlichen soll gesunde Lebensführung Teil des Alltags werden – in der Schule und darüber hinaus. Sie sollen erfahren, wie Ernährung, Bewegung, psychische Gesundheit und Suchtprävention zusammenhängen. Die Themen Erste Hilfe und Herz-Lungen-Wiederbelebung werden wir im Lehrplan adressieren. Auch das zunehmend an Bedeutung gewinnende Thema mentale Gesundheit nehmen wir in den Blick.

› INNOVATION FÜR DIE GESUNDHEIT VON MORGEN

Spitzenmedizin, innovative Pflegekonzepte und modern ausgestattete Krankenhäuser verbinden den Fortschritt mit Verantwortung und schaffen ein Gesundheitssystem, das auch künftigen Generationen höchste Sicherheit bietet. Wir wollen unseren Vorsprung in der Erforschung von Herz-Kreislauf- und Tumorerkrankungen weiter ausbauen und Deutschlands Spitze in Diagnostik und Therapie werden. Die Möglichkeiten des Datenaustausches zwischen den Akteuren im Gesundheitswesen bauen wir aus, ebenso die Nutzung von Versorgungsdaten für Forschungszwecke. Wir unterstützen das Konzept einer Biobank Baden-Württemberg, in der Proben und Daten für die bio-medizinische Forschung zur Verfügung stehen. Die Translation der Grundlagenwissenschaften in klinische Studien – from bench to bedside – wollen wir vorantreiben.

› ÖFFENTLICHEN GESUNDHEITSDIENST GUT AUSSTATTEN

Ein starker öffentlicher Gesundheitsdienst ist die Basis für sichere und gesunde Lebensverhältnisse im ganzen Land. Wir investieren in moderne Ausstattung, digitale Vernetzung und qualifiziertes Fachpersonal, damit Gesundheitsämter schnell auf Krisen reagieren, Infektionsketten unterbrechen und Bürgerinnen und Bürger effektiv informieren können. Durch konsequente Digitalisierung von Verwaltung und Prozessen sowie enge Verzahnung mit Hausärzten, Kliniken und sozialen Einrichtungen schaffen wir ein agiles, leistungsfähiges, flächendeckendes Gesundheitsnetz, das Innovation, Vorsorge und Sicherheit verbindet – heute und für kommende Generationen.

› FINANZIELLE BENACHTEILIGUNG BEENDEN

Ein leistungsfähiges und krisenfestes Gesundheitswesen braucht auch eine verlässliche und gerechte Finanzierung. Ähnlich wie bei der Krankenhausfinanzierung wird Baden-Württemberg hier aber systematisch benachteiligt. Nachdem der Risikostrukturausgleich im Laufe der Jahre durch systematische Umverteilungen zwischen Krankenkassen, Regionen und Ländern verzerrt wurde, verliert Baden-Württemberg zwischenzeitlich allein aufgrund der des sogenannten Regionalfaktors jedes Jahr nahezu eine Milliarde Euro an Zuweisungen. Dieses Geld fehlt bei der Versorgung der Menschen im Land. Wir werden uns daher auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Schlechterstellung beendet wird.

› KRISENFESTIGKEIT DES GESUNDHEITSWESENS ERHÖHEN

Wir unterstützen die Akteure des Gesundheitswesens aktiv dabei, das System krisenfester zu machen und besser auf Pandemien, Katastrophen und sicherheitspolitische Bedrohungen vorzubereiten. Dafür ist eine enge Verzahnung aller Ebenen sowie eine klare Zusammenarbeit zwischen zivilen und militärischen Strukturen unter Koordination der öffentlichen Hand notwendig. Zentral ist zudem, in Krisenplanungen die Mehrfachbelastungen des medizinischen Personals und der Versorgungsstrukturen zu berücksichtigen. Im Übrigen muss durch eine europäische Produktion und strategische Reserven die Abhängigkeit von internationalen Lieferketten verringert und auch die Bevölkerung stärker für Krisenvorsorge sensibilisiert werden.

› POSTINFEKTÖSE ERKRANKUNGEN ERFORSCHEN UND BETROFFENE VERSORGEN

Wir unterstützen die von der Bundesregierung ausgerufene Nationale Dekade gegen postinfektiöse Erkrankungen wie ME/CFS oder Post-COVID. Parallel schaffen wir für Betroffene abgestufte und koordinierte Behandlungsangebote von Hausärztin oder Hausarzt bis zur universitären Spezialambulanz, die auch den Bedarf mobiler Patientinnen und Patienten Rechnung trägt.

WÜRDIGE UND HOCHWERTIGE PFLEGE IM GANZEN LAND

› GUTE PFLEGE MÖGLICH MACHEN

Pflege ist für uns mehr als Versorgung. Sie ist Ausdruck von Solidarität zwischen den Generationen. Unser Ziel ist ein verlässliches Pflegesystem mit ausreichenden Ressourcen, das den Menschen in den Mittelpunkt stellt und diejenigen stärkt, die Pflege leisten – in Familien, in ambulanten Diensten und in stationären Einrichtungen. Wir setzen uns dafür ein, dass hochwertige Pflege wohnortnah und bezahlbar bleibt. Dazu prüfen wir auch den Wiedereinstieg des Landes in die Investitionskostenförderung für stationäre Pflegeeinrichtungen sowie Verbesserungen bei der Landesförderung für Kurz-, Langzeit- und Tagespflege und neue Wohnformen. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Landesheimbauverordnung einer Revision unterziehen. Wir wollen ein flächendeckendes und engmaschiges Netz von ambulanten Diensten, mobilen Versorgungsmodellen und innovativen Quartierskonzepten, die jeweils durch niedrigschwellige Beratungsangebote ergänzt werden. Auf ihrem letzten Weg sollen Menschen professionell und empathisch begleitet werden. Dafür müssen Palliativversorgung und Schmerzlinderung für alle zugänglich sein und genügend Plätze in Hospizen und Palliativstationen bereitstehen. Auch die ambulante Sterbebegleitung in Pflegeeinrichtungen, Krankenhäusern und zu Hause soll gestärkt werden.

› PFLEGE DAHEIM ERLEICHTERN

Wir schauen besonders auf An- und Zugehörige, die Menschen zu Hause pflegen. Sie verdienen Unterstützung, Entlastung und Anerkennung. Wir wollen die Angebote für Kurzzeit- und Verhinderungspflege deutlich erweitern, flexible Pflegezeitmodelle fördern und wohnortnahe Beratungsangebote ausbauen. Digitale Plattformen sollen Angehörigen helfen, Informationen und Unterstützung leichter zu finden. Außerdem wollen wir Ehrenamt und Nachbarschaftshilfe weiter gezielt stärken, damit Pflege nicht zur Überforderung führt, sondern als gemeinschaftliche Aufgabe getragen wird.

› GUTE PERSPEKTIVEN FÜR PFLEGEKRÄFTE

Professionelle Pflegekräfte, die Tag für Tag unter großem Druck Herausragendes leisten, verdienen gute Perspektiven. Deshalb setzen wir uns für faire Löhne, verbindliche Personalschlüssel und verlässliche Dienstpläne ein. Wir werden den Pflegeberuf durch bessere Karrierewege, moderne Ausbildungsgänge und gezielte Weiterbildungsangebote noch attraktiver machen. Die Möglichkeiten des Gesetzes zur Befugniserweiterung und Entbürokratisierung in der Pflege werden wir umfassend nutzen. Zugleich werden wir die Anerkennung ausländischer Pflegeabschlüsse weiter beschleunigen und Lösungen entwickeln, damit qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland schnell und nachhaltig in unseren Einrichtungen Fuß fassen können.

› INNOVATION IN DER PFLEGE NUTZEN

Pflege braucht nicht Bürokratie, sondern Innovation. Deshalb werden wir mit Unterstützung des von uns eingerichteten Landeskompetenzzentrums Pflege und Digitalisierung die Chancen nutzen, die sich mit intelligenten Assistenzsystemen, Robotik und digitalen Plattformen bieten. Außerdem wollen wir innovative Versorgungskonzepte wie „stambulant“ oder „IstZeitPflege“ endlich aus dem Modellstatus in die Fläche und in die Regelsysteme bringen. Im Übrigen gilt es, auch in der Pflege die Potentiale multiprofessioneller Teams zu heben und neue Berufsbilder wie etwa die Community Health Nurse zu etablieren.

› PFLEGE SOLIDARISCH FINANZIEREN

Pflege darf niemanden überlasten – weder Pflegebedürftige noch Angehörige oder Pflegeeinrichtungen. Die Finanzierung der Pflege muss verlässlich und solidarisch gestaltet werden. Wir wollen verhindern, dass steigende Eigenanteile Pflegebedürftige oder ihre Familien überfordern. Leistungsverbesserungen und Kostensteigerungen dürfen nicht ausschließlich zu Lasten der Pflegebedürftigen und ihrer Angehörigen gehen. Deshalb setzen wir uns auf Bundesebene für eine Pflegeversicherung ein, die langfristig stabil bleibt und sowohl Eigenverantwortung als auch Solidarität miteinander verbindet.

SPORT- UND EHRENAMTSLAND

Auch 2036 ist Baden-Württemberg das Land des Sports und des Ehrenamts. Millionen ehrenamtlich engagierter Menschen bringen sich für andere ein, stiften Zusammenhalt und machen unsere Heimat lebenswert. Wir stellen sicher, dass Sport und Musik, Blaulichtorganisationen und soziale Dienste, die Jugend- und Seniorenarbeit, kirchliches und gewerkschaftliches Engagement, die Brauchtums- und Heimatpflege, der Tier- und Umweltschutz und alle anderen ehrenamtlich Aktivitäten bei uns beste Bedingungen finden.

› BREITEN- UND SPITZENSORT STÄRKEN

Den Solidarpakt Sport werden wir rechtzeitig vor 2031 verlängern. So sorgen wir auch weiterhin für eine verlässliche Finanzierung der Vereine und Verbände, des Vereinsstättenbaus und des gesamten Breiten- und Spitzensports in unserem Land. Wir setzen uns für eine gute Bäderinfrastruktur ein und bauen den Schwimmunterricht in Schulen und Vereinen weiter aus. Zudem prüfen wir, wie das Land überregional bedeutsame Sportstätten passgenau fördern kann.

› BEWEGUNG UND WETTBEWERB FÖRDERN

Wir wollen Bewegung noch stärker im Alltag verankern. Deshalb werden wir eine tägliche Bewegungs- oder Sporteinheit in den Schulalltag integrieren. Zugleich setzen wir uns dafür ein, dass bei den Bundesjugendspielen der Wettkampfgedanke wieder stärker im Mittelpunkt steht. Das stärkt die Gemeinschaft, spornt zu Leistung an und vermittelt spielerisch den konstruktiven Umgang mit Erfolg und Misserfolg. Die Qualifizierung ehrenamtlicher Übungsleiterinnen und Übungsleiter wollen wir weiter unterstützen.

› VORFAHRT FÜRS EHRENAMT

Das Ehrenamt ist für uns ein Thema von größter Bedeutung. Deshalb werden wir die Unterstützung des Ehrenamts durch ein Mitglied der Landesregierung zentral koordinieren lassen. Den Tag des Ehrenamts nutzen wir für eine Ehrenamtsoffensive im Land. Die Vorschläge des Normenkontrollrates zur Entlastung der Vereine und des Ehrenamts von bürokratischen Vorgaben werden wir konsequent umsetzen. Auch auf europäischer Ebene werden wir uns für praxisgerechte Lösungen etwa im Bereich des Datenschutzes einsetzen. Die Beratungs- und Serviceleistungen der Registergerichte wollen wir weiter ausbauen.

› EHRENAMTLICHES ENGAGEMENT WERTSCHÄTZEN

Die bereits in mehreren Modellregionen erprobte Ehrenamtskarte Baden-Württemberg werden wir gezielt mit den Vereinen und Kommunen verbessern und zugleich unbürokratischer gestalten. Auch die Jugendleiterkarte „Juleica“ als Ehrenamtskarte der Kinder- und Jugendarbeit werden wir weiter aufwerten. Die Landesmittel für die Jugendfreiwilligendienste werden wir erhöhen, um der hohen Nachfrage gerecht zu werden. Auch auf Bundesebene werden wir uns dafür einsetzen, dass ehrenamtliches Engagement angemessen gewürdigt wird, sowohl im Steuerrecht als auch darüber hinaus.

MEDIENLAND

Baden-Württemberg steht 2036 für eine starke, vielfältige und unabhängige Medienlandschaft. Qualitätsjournalismus, lokale und private Medien, Hörfunk, Film und Games prägen Demokratie, Kultur und Wirtschaft. Wir halten Talente im Land, schaffen faire digitale Spielregeln und bauen Medienkompetenz systematisch aus. Unser Ziel: ein Medienstandort, der unterschiedliche Angebote ermöglicht, Innovation erleichtert und attraktive Arbeitsplätze bietet.

› VIELFALT SICHERN – LOKAL, REGIONAL UND DIGITAL

Lokale Zeitungen, private Sender sowie Kinos sind Orte von Information, Begegnung und Meinungsbildung. Wir sichern ihre Zukunft mit verlässlichen Rahmenbedingungen: Zustellförderung für Printprodukte in der Fläche, innovationsfreundliche Regulierung und faire Wettbewerbsbedingungen. Ein modernisiertes Landesmediengesetz verankert Verzahnung und digitale Transformation ohne neue Bürokratie.

› TALENTE GEWINNEN, HALTEN UND QUALIFIZIEREN

Baden-Württemberg ist exzellenter Ausbildungsstandort für Medienberufe – der Hochschulbildung bis hin zur Berufsausbildung im kreativen Bereich. Wir erleichtern den Berufseinstieg junger Medienschaffender mit gezielten Programmen zu Mentoring, Stipendien und Startförderung. Weiterbildungen bauen wir aus und verbessern die Bedingungen für Gründungen etwa durch Co-Working, Labore oder Mikrodarlehen. So bleiben kreative Köpfe im Land. Die Einrichtung einer Landesmedienakademie wollen wir überprüfen.

› ÖFFENTLICH-RECHTLICHEN RUNDfunk ERHALTEN

Wir bekennen uns zu einem modernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk, dem die Menschen wieder vertrauen. Deshalb werden wir die inhaltliche Vielfalt wieder vergrößern, die regionale Berichterstattung ausbauen und die Konzentration auf den Kernauftrag stärken. Durch volle Kostentransparenz auf allen Ebenen und die konsequente Nutzung vorhandener Einsparpotentiale wollen wir Beitragsstabilität gewährleisten und die Kosten für die Beitragszahlerinnen und -zahler begrenzen. Das Gehaltsgefüge insbesondere in Leitungspositionen soll sich zukünftig am öffentlichen Dienst orientieren.

› HÖRFUNK SICHERN UND GEMEINSAM MODERNISIEREN

Das Radio bleibt Vertrauensanker. Wir sichern den Hörfunk langfristig und gehen die Umstellung auf DAB+ partnerschaftlich mit den Anstalten an – pragmatisch, planbar und finanzierbar. Dadurch wollen wir insbesondere die Information der Bevölkerung in Krisen- und Katastrophenfällen sicherstellen.

› FILMSTANDORT BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir wollen Baden-Württemberg als Film- und Kreativstandort weiter ausbauen. Der Filmkultur gilt unsere nachhaltige Unterstützung, sei es im Kino oder bei Filmfestivals. Die Mittel für die Filmförderung des Landes sowie die Medien- und Filmgesellschaft werden wir orientiert an diesem Ziel anpassen. Wir stärken darüber hinaus unsere Filmakademie in Ludwigsburg als Kreativzentrum mit bundesweiter Strahlkraft in der Ausbildung ebenso wie in der Filmproduktion.

› GAMES UND ANIMATION STÄRKEN

Die Gamesbranche verbindet Kreativität, Technologie und Wertschöpfung. Wir schaffen attraktive Rahmenbedingungen für Entwicklerstudios, fördern dadurch digitale Wertschöpfung und sichern so hochqualifizierte Arbeitsplätze in einem zukunftsweisenden Markt. Zugleich wollen wir Games in der Landeswirtschaftsförderung als eigenständigen Sektor mitdenken, sei es bei Infrastruktur und Ökosystemen oder etwa bei Export- und Messeprogrammen.

› DIGITALABGABE FÜR FAIRE WETTBEWERBSBEDINGUNGEN

Wir unterstützen eine technologieoffene Digitalabgabe für die Onlinewerbung großer Plattformen in europarechtskonformer Ausgestaltung. Die Einnahmen fließen zweckgebunden in mediale Infrastruktur, Vielfalt und Qualitätsjournalismus. Damit stärken wir den heimischen Medienstandort, schaffen faire Wettbewerbsbedingungen und unterstützen Meinungspluralität und demokratische Stabilität.

› MEDIENKOMPETENZ IST DEMOKRATIEKOMPETENZ

Wir wollen, dass schon Kinder und Jugendliche verantwortlich, kreativ und kritisch mit Medien umgehen können. Daher verankern wir Medienbildung in allen Bildungsformen. Zugleich stärken wir den bewussten Umgang mit neuen Technologien wie Künstlicher Intelligenz. Wer souverän mit Information umgeht, ist besser geschützt vor Manipulation und Desinformation.

KULTURLAND

Baden-Württemberg ist auch 2036 ein Land mit blühender Kulturszene, in der Kunst in all ihren Ausdrucksformen unser Zusammenleben bereichert. Kunst und Kultur stiften Gemeinschaft, geben Impulse, öffnen neue Perspektiven und machen unser Land lebenswert. Anknüpfend an Traditionen, die von Persönlichkeiten wie Friedrich Schiller, Friedrich Hölderlin oder Hermann Hesse geprägt wurden, entwickelt sich das kulturelle Leben weiter und bleibt ein wichtiger Teil der Landesidentität.

› KULTURSTRATEGIE 2036

Wir werden unsere reichhaltige Kunst- und Kulturlandschaft erhalten und Baden-Württemberg als Kulturland weiter stärken. Dazu werden wir eine Kulturstrategie Baden-Württemberg entwickeln, um für gute Rahmenbedingungen zu sorgen, den Wandel der Kulturlandschaft etwa im Zuge der Digitalisierung unterstützend zu begleiten und den Erhalt und Neubau von Kulturgebäuden langfristig zu sichern. Zugleich setzen wir uns für die nachhaltige Archivierung digitaler Formate ein, um unsere Gegenwartskultur auch für nachfolgende Generationen erlebbar zu machen. Die Bewerbung der Stadt Heidelberg als europäische Kulturhauptstadt werden wir mit Nachdruck unterstützen.

› KULTURELLE BILDUNG UND TEILHABE

Für uns sind kulturelle Bildung und Teilhabe wesentliche Grundlagen einer modernen Bürgergesellschaft. Wir wollen im gesamten Land und für alle Teile der Bevölkerung niedrigschwellige Zugänge zu Kultur sicherstellen. Dabei berücksichtigen und unterstützen wir auch den reichen Beitrag des Ehrenamts zum kulturellen Leben in Baden-Württemberg. Wir setzen auf in diesem Zusammenhang auf das zielgerichtete Zusammenwirken von Schulen, Musikschulen und Amateurmusik. Gemäß dem Motto „Instrument statt Handy“ wollen wir, dass jedes Kind in Baden-Württemberg die Chance bekommt, im Chor zu singen oder ein Instrument zu erlernen.

› KUNSTFÖRDERUNG UND KULTURFONDS

Wir wollen die Kunstförderung des Landes evaluieren, um sicherzustellen, dass die Mittel passgenau und effizient eingesetzt werden. Wir stehen dabei zur grundgesetzlich verbürgten Kunstfreiheit. Den bürokratischen Aufwand für Einzelförderungen wollen wir verringern, um Künstlerinnen und Künstler sowie Kulturinitiativen besser zu unterstützen.

WERTELAND

Auch 2036 ist Baden-Württemberg ein Land, das fest auf einer gemeinsamen Geschichte, einer gewachsenen Kultur und geteilten Werten steht. Diese Grundlagen tragen uns, geben Orientierung und schaffen ein Bewusstsein dafür, was uns verbindet. Wir stellen das Gemeinsame über das Trennende und setzen auf eine geordnete Gemeinschaft in Freiheit und Verantwortung. Das christliche und jüdische Erbe und das Wirken der Kirchen prägen unser Land und machen es zu einem Ort, an dem Respekt und Wertschätzung ihren festen Platz haben. Auch die Erfahrungen und Leistungen von Vertriebenen und Spätaussiedlerinnen und -aussiedlern haben unser Land bereichert und verdienen unseren Respekt.

› CHRISTLICHES MENSCHENBILD ALS LEITMOTIV

Das christliche Menschenbild betont die unveräußerliche Würde jedes einzelnen Menschen und bildet damit einen tragenden Pfeiler unserer politischen Haltung. Es grenzt nicht aus, sondern lädt ein und erinnert daran, dass Freiheit stets mit Verantwortung verbunden und Solidarität kein Zusatz, sondern Kern einer gerechten Gesellschaft ist. Dieses Verständnis prägt unseren Einsatz für Familien, für soziale Teilhabe und für einen respektvollen Umgang miteinander. Auf dieser Grundlage gestalten wir Politik, die den Menschen in seiner Ganzheit sieht und stärkt.

› GUTES MITEINANDER MIT DEN KIRCHEN UND GLAUBENSGEMEINSCHAFTEN

Seit über 100 Jahren prägen die Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung das Verhältnis von Staat und Religion in Deutschland. An diesem Erfolgsmodell aus Glaubensfreiheit auf der einen Seite und Kooperation mit den Kirchen auf der anderen Seite halten wir fest. Der Sonn- und Feiertagsschutz bleibt unser Anliegen. Gerade in unserer heutigen Zeit erkennen wir die wichtige sinn- und wertestiftende Rolle der Kirchen und des Christentums, die der freiheitliche, säkularisierte Staat nicht einnehmen kann, aber als Voraussetzung braucht.

› RELIGIÖSE VIELFALT BEWAHREN

Genauso prägen auch die Freikirchen und die vielen weiteren Glaubensgemeinschaften unser Land. Sie bereichern das gesellschaftliche, kulturelle und soziale Miteinander und stehen für gelebte Glaubensfreiheit. Ihr Engagement in Bildung, Sozialarbeit und im interreligiösen Dialog stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Unsere Idee von Baden-Württemberg setzt sich klar für die Wertschätzung und freie Entfaltung aller religiösen Gemeinschaften ein.

› JÜDISCHES LEBEN IN BADEN-WÜRTTEMBERG SCHÜTZEN

Jüdisches Leben hat in Baden-Württemberg eine herausragende historische und gegenwärtige Bedeutung. Wir werden es als integralen Bestandteil unserer baden-württembergischen Gesellschaft stärken und jüdische Einrichtungen im ganzen Land unterstützen. Das jüdische Leben in Baden-Württemberg ist ein unverzichtbarer Teil unserer Identität und verdient unseren besonderen Schutz sowie entschiedenen Einsatz gegen jede Form von Antisemitismus.

› FÜR EIN FAIRES UND MENSCHLICHES MITEINANDER

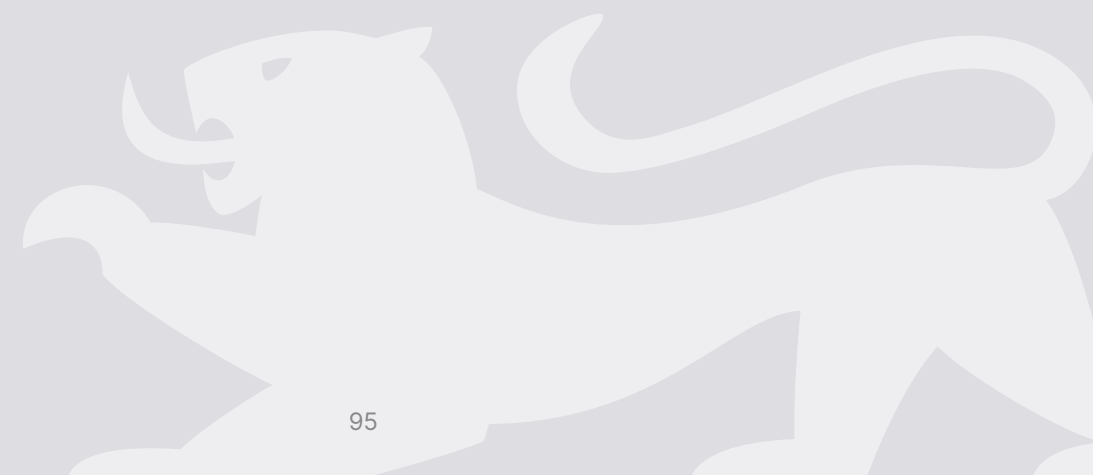
Vielfalt, Fairness und Zusammenhalt machen unsere Gesellschaft stärker und menschlicher. Unser Land muss ein Ort sein, an dem sich jeder Mensch frei entfalten und sicher leben kann; egal woher er kommt, woran er glaubt oder wen er liebt; unabhängig von Geschlecht, Alter oder Behinderung. Hass und Gewalt jedweder Form treten wir entschieden entgegen.

› VERTRIEBENE, AUSSIEDLERINNEN UND SPÄTAUSSIEDLER

Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedlerinnen sind wesentlicher Teil der Erfolgsgeschichte unseres Landes. Wir werden eine oder einen Beauftragten für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen, der Aussiedlerinnen und Spätaussiedler sowie für die Verständigungsarbeit mit den Herkunftsgebieten etablieren. Die Kulturarbeit gemäß Paragraf 96 des Bundesvertriebenengesetzes unterstützen wir uneingeschränkt. Gemeinsam mit dem Bund der Vertriebenen und den Landsmannschaften wollen wir die Sichtbarkeit erhöhen, Stärken hervorheben und den Übergang von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration finanziell und administrativ begleiten.

› KULTURZENTRUM „DEUTSCHE AUS RUSSLAND“

Wir werden einen verstärkten Blick auf Geschichte und Belange der (Spät-)Aussiedlerinnen und (Spät-)Aussiedler werfen und ihnen ein eigenes Forschungs- und Kulturzentrum widmen. Nach dem Vorbild der Patenschaft für die Donauschwäbinnen und -schwaben wollen wir uns als Patenland für die Deutschen aus Russland, aber auch für Aussiedlerinnen und Aussiedler aus anderen Ländern des ehemaligen Ostblocks bis 2036 verstärkt der Geschichte, dem historischen Leid und der Integration der Menschen aus diesen Kulturkreisen widmen. Wir werden ein eigenes Forschungs- und Kulturzentrum mit dem Schwerpunkt „Deutsche aus Russland“ in Baden-Württemberg etablieren, die Literatur und Geschichtsschreibung fördern und durch mehr Öffentlichkeitsarbeit in die entsprechenden Gruppierungen hineinwirken. Gleichzeitig wollen wir die Teilhabe der Deutschen aus Russland am gesellschaftlichen Leben weiter verbessern und werden daher der hohen Altersarmut unter Russlanddeutschen mit Projekten im sozialen Bereich entgegenwirken.



VI.**ZUKUNFTSLAND
BADEN-WÜRTTEMBERG****MODERNES LAND**

2036 ist Baden-Württemberg deutschlandweiter Vorreiter für einen modernen Staat. Eine digitale und effiziente Verwaltung sorgt für schnelle und bürgernahe Entscheidungen. Zuständigkeiten sind klar ersichtlich und Lösungsorientierung steht im Mittelpunkt. Weniger Bürokratie und schlankere Regelungen sorgen für mehr Freiheit in Verantwortung.

LEISTUNGSFÄHIGER STAAT**› VERWALTUNG ALS MÖGLICHMACHER**

Wir wollen eine Verwaltung, die ermöglicht und nicht verhindert. Daher werden wir der Verwaltung größere Ermessensspielräume geben. Damit schaffen wir rechtssichere Voraussetzungen für flexibles, bürgernahes und verantwortungsbewusstes Handeln. Wir wollen weniger Bürokratie und stattdessen schnellere und praxisgerechtere Entscheidungen. Dafür etablieren wir eine Verwaltungskultur, in der Lösungsorientierung im Mittelpunkt steht. Mutige Entscheidungen und unkonventionelle Lösungswege sollen belohnt werden.

› KONZENTRATION AUFS WESENTLICHE

Durch eine umfassende Aufgabenkritik entlang des Subsidiaritätsprinzips richten wir den Staat konsequent auf seine wesentlichen Funktionen aus. Wir werden in einer strukturierten Analyse der bisherigen Aufgabenwahrnehmung alles auf den Prüfstand stellen. Der Staat soll nur dort tätig werden, wo es notwendig ist und einen wirklichen Mehrwert für die Gesellschaft bietet. Dadurch stärken wir zugleich die Leistungsfähigkeit des Staates in seinen Kernaufgaben.

// MODERNES LAND – 97
 // KOMMUNALLAND – 103
 // FINANZLAND – 105
 // EUROPALAND – 108

› EFFIZIENTER BEHÖRDENAUFBAU

Unser Staat muss schlanker werden. Wir wollen auf jeder Ebene der staatlichen Verwaltung klare Verantwortungszuweisungen erreichen und Entscheidungen so weit wie möglich auf einer Ebene konzentrieren. Doppelbefassungen durch verschiedene Behörden wollen wir beseitigen. Parallelstrukturen lehnen wir ab. Daher werden wir bestehende Beauftragte und Agenturen des Landes konsequent auf den Prüfstand stellen, sowohl dem Grunde als auch dem Umfang nach. Durch gezielte und sinnvolle Verlagerung von Behörden in den ländlichen Raum vermeiden wir eine zu starke Konzentration auf die Ballungsräume und stärken regionale Strukturen und die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse im ganzen Land.

› PERSONAL UM ZEHN PROZENT REDUZIEREN

In Zeiten des demografischen Wandels und der zunehmenden Digitalisierung müssen und werden wir die Personalausstattung des öffentlichen Dienstes nach und nach an die aktuellen Bedarfe anpassen. Wir streben im Zuge von Aufgabenabbau, Strukturreform und Effizienzsteigerungen eine Reduzierung des Personals in der Kernverwaltung um zehn Prozent innerhalb der kommenden fünf Jahre an. Dabei setzen wir bewusst auf die natürliche Fluktuation innerhalb der Verwaltung, insbesondere bedingt durch den Rentenbeginn der geburtenstarken Jahrgänge, um den Wandel sozialverträglich und planbar zu gestalten.

› WENIGER VORSCHRIFTEN, KEIN GOLD-PLATING

Wir wollen den Vorschriftendschungel lichten. Deshalb werden wir alle bestehenden Regelungen und Vorschriften des Landes systematisch auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Unser Ziel ist ein schlanker, wirksamer und verständlicher Rechtsrahmen, der den Handlungsspielraum von Bürgerinnen und Bürgern sowie und Wirtschaft erweitert. Dazu werden wir außerdem dafür sorgen, dass das Landesrecht die Vorgaben von Bund und Europa nicht unnötig übererfüllt. Bürokratiemonster wie das Landesinformationsfreiheitsgesetz wollen wir abschaffen. Grundsätzlich sollte das Prinzip „One in, two out“ verbindlich verankert werden. Schwellenwerte für Regelungen sollten pauschal angehoben werden.

› REALLABORE FÜR PRAXISNÄHERE REGELUNGEN

Die Wirksamkeit neuer Regelungen und Vorschriften wollen wir bereits vor ihrem landesweiten Inkrafttreten in der Praxis erproben. Dazu werden wir Reallabore schaffen, in denen neue Regelungen auf kleiner Ebene überprüft und sinnvoll an die Praxis angepasst werden können, bevor eine flächendeckende Umsetzung erfolgt.

› BEFRISTUNG VON GESETZEN UND VERORDNUNGEN

Gesetze und Verordnungen werden wir künftig grundsätzlich mit einer Befristung versehen. Nach Ablauf dieser Frist sollen sie automatisch außer Kraft treten, sofern ihre Geltung nicht ausdrücklich verlängert wird. Kosten, Nutzen und Wirksamkeit jeder Regelung sollen dabei rechtzeitig vor Fristablauf durch eine unabhängige externe Stelle evaluiert werden.

› ABSCHAFFUNG DES WIDERSPRUCHSVERFAHRENS

Wir werden Verwaltungsverfahren vereinfachen und beschleunigen, indem wir in möglichst vielen Bereichen das Widerspruchsverfahren abschaffen. Ziel ist eine effiziente Verwaltung, die Entscheidungen zügig trifft und schnell Rechtsklarheit schafft. Durch den Wegfall überflüssiger Verfahrensschritte werden Bearbeitungszeiten verkürzt und Verwaltungskosten gesenkt.

› KEINE VERBANDSKLAGERECHTE UND MEHR LEGALPLANUNG

Für das Land wichtige Projekte dürfen nicht von Unbeteiligten verzögert und blockiert werden. Deshalb lehnen wir Verbandsklagerechte ab und setzen uns auf allen Ebenen für ihre Streichung ein. Gegen ein Vorhaben sollen nur diejenigen klagen können, die davon selbst betroffen sind. Zur weiteren Beschleunigung von für die Allgemeinheit bedeutsamen Projekten werden wir das Instrument der Legalplanung verstärkt nutzen.

› VERGABERECHT VEREINFACHEN

Wir wollen ein modernes öffentliches Beschaffungswesen, das überbordende Bürokratie durch schnellere, einfachere und nicht zuletzt vermehrt durch digitale Beschaffungsvorgänge ersetzt. Beschaffung soll anhand von Funktions- und Innovationskriterien, messbaren Ergebnissen sowie mit Blick auf die Interessen der lokalen und regionalen Wirtschaftsakteure und des Mittelstands im Land erfolgen – und nicht alleine nach dem günstigsten Preis.

› BÜRGERNAHE DEMOKRATIE FORTENTWICKELN

Wir wollen einen Staat, der seine Bürgerinnen und Bürger ernst nimmt. Erprobte und bewährte Formen der dialogischen Bürgerbeteiligung werden wir deshalb beibehalten. Bürgernahe Demokratie lebt für uns auch von einer angemessenen Repräsentation aller Teile des Landes. Wahlkreise, denen wie im Bundestagswahlrecht die oder der direkt gewählte Abgeordnete weggenommen wird, darf es daher nicht geben. Um eine Verkleinerung des Landtags zu erreichen, sind wir für eine Stärkung der in der Verfassung angelegten Persönlichkeitskomponente offen. Für die Kommunikation in Landesbehörden, Schulen und Ministerien gelten verbindlich die Regeln und Empfehlungen des Rates für deutsche Rechtschreibung.

› FUNKTIONSFÄHIGER ÖFFENTLICHER DIENST

Unser Gemeinwesen lebt auch vom hervorragenden Einsatz der Beschäftigten des öffentlichen Dienstes – sie leisten Tag für Tag Großes, in der Daseinsvorsorge ebenso wie etwa bei der Sicherheit oder bei der Bildung. Dafür verdienen sie unseren Respekt und unsere Wertschätzung. Wir sorgen deshalb für gute Arbeitsbedingungen und eine angemessene Bezahlung. Für den Bereich hoheitlicher Tätigkeiten bekennen wir uns zum Berufsbeamtentum als Säule unseres demokratischen Rechtsstaates. Die Bearbeitung von Beihilfeanträgen wollen wir weiter beschleunigen und so hohe Vorauszahlungen im Krankheitsfall vermeiden. Sachgrundlose Befristungen im öffentlichen Dienst wollen wir weiter zurückdrängen. Freiwilliges, längeres Arbeiten über die bisherigen Altersgrenzen hinaus wollen wir fördern und Lebensarbeitszeitkonten für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter ermöglichen.

› BESTER NACHWUCHS FÜR LAND UND KOMMUNEN

Gerade bei der Nachwuchsgewinnung steht die Landesverwaltung zunehmend in Konkurrenz um den zahlenmäßig abnehmenden Nachwuchs. Daher wollen wir die Entgeltgruppen unterhalb von E 5 auslaufen lassen und für alle Positionen einen wertschätzenden Onboarding-Prozess einführen. Bei den Tarifverhandlungen der Länder setzen wir uns dafür ein, die Entgeltordnung an die moderne Zeit anzupassen. Dies betrifft insbesondere auch die angemessene Einstufung von naturwissenschaftlichen und technischen Berufen. Um jungen Familien den Erwerb von Eigentum zu ermöglichen, bauen wir Einstellungsangebote außerhalb von Ballungszentren weiter aus.

DIGITALER STAAT

› VERWALTUNGSDIGITALISIERUNG: „DIGITAL FIRST“

Unser Staat soll genauso digital werden, wie es die Bürgerinnen und Bürger aus vielen anderen Bereichen ihres Alltags gewohnt sind. Wir wollen, dass sämtliche Verwaltungsverfahren von Grund auf digital neu geplant, automatisiert umgesetzt und nur bei Bedarf um analoge Alternativen ergänzt werden. Das Fax soll in unseren Amtsstuben endlich der Vergangenheit angehören. Alle bestehenden und neuen Prozesse werden so gestaltet, dass lernende Systeme und regelbasierte Automatisierung integrierbar sind. Zugleich erhalten wir für den Übergang bürgernahe und barrierefreie Alternativen für diejenigen, die sich in der digitalen Welt noch nicht zu Hause fühlen.

› DATENHOHEIT UND DIGITALE SOUVERÄNITÄT

Der verantwortungsvolle und souveräne Umgang mit Daten ist entscheidend für die digitale Zukunft unseres Landes. Wir wollen daher eine Strategie für Datensouveränität in Baden-Württemberg, die klare Leitlinien für die Landesverwaltung vorgibt und an der sich auch Kommunen orientieren können. Wir wollen die Unabhängigkeit von außereuropäischen Anbietern stärken und setzen in der Landesverwaltung primär auf deutsche und europäische Lösungen. Gleichzeitig setzen wir auf einen pragmatischen Ansatz: Abhängig von Sicherheit, Wirtschaftlichkeit und Anwendungsfall sollen auch künftig marktführende globale Lösungen möglich sein. Durch souveräne Cloud-Ansätze, sichere Infrastrukturen und gezielte Schulungen fördern wir die Widerstandsfähigkeit von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft gegenüber Cyberangriffen und technischen Störungen sowie die Unabhängigkeit von anderen Staaten.

› ONE-STOP-GOVERNMENT

Mit Hilfe der Digitalisierung wollen wir alle Verfahren für die Bürgerinnen und Bürger einfacher und schneller gestalten. Alle Behördengänge sollen digital und gebündelt an einer Stelle möglich sein. Wir orientieren uns am Vorbild verschiedener EU-Staaten, in denen schon heute jegliche Kommunikation zwischen dem Staat und seinen Bürgerinnen und Bürgern rein digital abläuft. Der aktuelle Bearbeitungsstand laufender Anträge soll für die Betroffenen über das Internet transparent abrufbar sein. Sofern noch Handlungsbedarfe bestehen, sollen die Bürgerinnen und Bürger von der Behörde proaktiv informiert werden.

› ONCE-ONLY-PRINZIP ETABLIEREN

Durch Gesetz werden wir unsere Behörden verpflichten, das Once-Only-Prinzip konsequent umzusetzen. Bürgerinnen und Bürger, Unternehmen und Organisationen sollen Daten dem Staat nur einmal zur Verfügung stellen müssen. Jede weitere Abfrage durch eine Verwaltung soll nur noch elektronisch und unter Nutzung vorhandener Daten erfolgen.

› IT-FACHVERFAHREN UND PROZESSSTANDARDISIERUNG

Innerhalb der Landesregierung schaffen wir eine zentrale Stelle, die die digitalen Fähigkeiten des Landes bündelt, innovative Lösungen entwickelt und deren Anwendung in der gesamten Landesverwaltung vorantreibt. Ziel ist es, bestehende Prozesse zu verbessern, Insellösungen zu vermeiden und damit alle Kernaufgaben des Landes moderner, bürgernäher und leistungsfähiger zu machen. Die Prozessabläufe in den Querschnittsaufgaben Personal, Haushalt und IT werden wir weiter standardisieren. Durch zentrale Datenplattformen und vereinheitlichte Fachverfahren wollen wir die ebenen- und behördenübergreifende Kompatibilität verbessern. Zugleich senken wir dadurch Entwicklungs-, Implementierungs- und Wartungskosten.

› DIGITALE INFRASTRUKTUR FÜRS GANZE LAND

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Basis der Digitalisierung und die Grundvoraussetzung für Teilhabe, wirtschaftlichen Erfolg und gleichwertige Lebensverhältnisse in Stadt und Land. Wo sich der Glasfaserausbau privatwirtschaftlich nicht realisieren lässt, muss das Land mit gezielter Förderung einspringen. Wir unterstützen die auf Bundesebene angestoßene Kupfer-Glas-Migration und werden diese im Sinne einer zügigen Umsetzung positiv begleiten. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Glasfasernetz, das bis ins letzte Tal reicht. Auch beim Mobilfunk wollen wir endlich eine vollständige Abdeckung mit modernster Technik sicherstellen. Eine stabile Telefonie- und Datenversorgung nach dem 5G-Standard muss gewährleistet sein. Sollten die Netzbetreiber ihre Versorgungsaufgaben nicht erfüllen, setzen wir uns für ein nationales Roaming in unterversorgten Gebieten ein, damit dort bestehende Netze gemeinsam genutzt werden können und die Erreichbarkeit für die Menschen deutlich verbessert wird.

KOMMUNALLAND

Baden-Württemberg ist 2036 von einer starken und verlässlichen Partnerschaft zwischen Land und Kommunen geprägt. Diese Zusammenarbeit ist ein wesentlicher Bestandteil des Erfolgs unseres Landes. Die Kommunen sind die Orte, an denen Politik spürbar wird, an denen Gemeinschaft entsteht und an denen die Lösung der alltäglichen Probleme der Bürgerinnen und Bürger konkret Gestalt annimmt. Deshalb unterstützen wir unsere Kommunen mit Respekt, Vertrauen und einem klaren Bekenntnis zu echter Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Gemeinsam schaffen wir die Voraussetzungen dafür, dass Baden-Württemberg stark, handlungsfähig und lebensnah bleibt.

› KOMMUNALFINANZEN DAUERHAFT STÄRKEN

Als die Kommunalpartei im Land werden wir uns auch in Zukunft mit Nachdruck dafür einsetzen, die Kommunalfinanzen zu stabilisieren und Investitionsspielräume für die Kommunen zu sichern. Wir wissen um die Herausforderung insbesondere sinkender Gewerbesteuerereinnahmen bei gleichzeitig zunehmenden Aufgaben. Daher werden wir zur Unterstützung der Städte, Gemeinden und Kreise im Land auch weiterhin vorgezogene FAG-Zahlungen, zusätzliche Landesmittel sowie gezielte Nachzahlungen ermöglichen. Hierüber werden Land und Kommunen regelmäßig in engem Austausch stehen. Zahlungen wollen wir im Rahmen des Möglichen weiter pauschalieren. Wir erhöhen die Zuschüsse für Kindertagesstätten und investive Programme. Den kommunalen Ausgleichsstock wollen wir auf 350 Millionen Euro anheben und dynamisieren. Für die allgemeinen Mittelzuweisungen führen wir eine Konjunkturkomponente ein und prüfen die Ausweitung der Flächenkomponente gerade für Gemeinden mit zahlreichen Ortsteilen.

› MEHR SPIELRAUM VOR ORT

Gemeinden, Städte und Landkreise wissen am besten, was vor Ort gebraucht wird. Deshalb setzen wir auf mehr Eigenverantwortung statt Detailvorgaben: Einheitliche Standards sollen auf das Wesentliche beschränkt werden, um den Kommunen größere Gestaltungsspielräume zu eröffnen. Wo heute aufwendige Genehmigungsverfahren Zeit und Ressourcen binden, sollen künftig klare Vertrauensregelungen und Eigenkontrollmechanismen gelten. Mit dem Kommunalen Regelungsbefreiungsgesetz haben wir schon in dieser Legislaturperiode neue Spielräume für unsere Kommunen eröffnet. Diesen Weg wollen wir entschlossen weitergehen und landesseitig in geeigneten Bereichen weitere Regelungsbefreiungen ermöglichen. Das Verhältnis von Bund, Land und Kommunen muss in Zukunft noch stärker vom Grundsatz der Subsidiarität bestimmt werden: Entscheidungen sollen so nah wie möglich an den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Gleichzeitig wollen wir unsere Gemeinden durch finanzielle Anreize dazu ermutigen, bei der Erbringung von Verwaltungsdienstleistungen stärker zusammenzuarbeiten. Bestehende Gemeindeverwaltungsverbände stärken wir und schaffen mit dem Kompetenzzentrum Ländlicher Raum an der Landesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung eine zentrale Beratungsstelle.

› KOMMUNEN ENTLASTEN

Gemeinden, Städte und Landkreise müssen von Aufgaben entlastet werden. Neben der generellen Aufgabenkritik kann durch die Bündelung digitaler Verwaltungsleistungen eine Entlastung der Kommunen gerade von staatlichen Pflichtaufgaben erreicht werden. Durch sogenannte Shared Service Center können interne Dienstleistungen etwa im Bereich Rechnungswesen und Personal für mehrere Kommunen zentral erbracht werden. Das Förderwesen wollen wir verschlanken, vereinfachen und digitalisieren.

› KOMMUNALWAHLRECHT REFORMIEREN

Der Zersplitterung unserer Gemeinderäte und Kreistage werden wir zur Sicherstellung der Funktionsfähigkeit der Kommunalverwaltung entgegenwirken. Daher werden wir zum Auszählverfahren nach d'Hondt zurückkehren und so die repräsentative Demokratie vor Ort stärken.

FINANZEN

Baden-Württemberg ist 2036 das Land der soliden Finanzpolitik. Wir investieren klug in unsere Zukunft und behalten dabei durch nachhaltige Entscheidungen zugleich die kommende Generation fest im Blick. Wir unterscheiden konsequent zwischen dem Notwendigen und dem Wünschenswerten. Eine leistungsfähige und digitalisierte Finanz- und Bauverwaltung sorgt für Effizienz und Geschwindigkeit.

› SOLIDE FINANZEN FÜR EINEN FUNKTIONIERENDEN STAAT

Gute Haushaltspolitik ist wesentliche Voraussetzung für einen funktionierenden Staat. Wir werden deshalb für alle zentralen Politikbereiche eine auskömmliche Finanzierung sicherstellen, ohne dabei die notwendige Aufgaben- und Ausgabenkritik zu vernachlässigen. Zugleich bekennen wir uns klar zur Schuldenbremse als Beitrag zu einer generationengerechten Politik.

› STAATLICHE AUSGABEN AUF DEN PRÜFSTAND STELLEN

Wir werden für einen verantwortungsvollen und sparsamen Umgang mit dem Steuergeld unserer Bürgerinnen und Bürger sorgen. Dazu stellen wir alle Ausgaben auf den Prüfstand, um den Haushalt strukturell zu entlasten und Spielräume für neue, zukunftsweisende Projekte zu erhalten. Voraussetzung hierfür ist ein transparentes und wirksames Haushaltscontrolling. Wir werden konsequent den Weg der wirkungsorientierten Ausgabenkontrolle gehen, denn mehr Geld bedeutet nicht automatisch mehr Output. Die mehr als 300 existierenden Förderprogramme werden wir auf den Prüfstand stellen und deutlich reduzieren. Die eingesparten Verwaltungskosten schaffen Raum für Investitionen in Bildung, Sicherheit und Wirtschaft.

› FAIRE STEUERVERTEILUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, die Anteile an der Umsatzsteuer neu zu verteilen und so die Finanzen der Kommunen nachhaltig zu stärken. Alternativ prüfen wir die Einführung eines Hebesatzes für die Einkommensteuer für die Kreise und Gemeinden. Zugleich setzen wir uns weiterhin für eine faire Reform des Länderfinanzausgleichs ein. Es kann nicht sein, dass Nehmerländer sich von unserem Geld Dinge leisten, die bei uns wegen des Länderfinanzausgleichs nicht möglich sind.

› MEHR SPIELRAUM FÜR DIE KOMMUNEN BEI DER GRUNDSTEUER

Wir werden unseren Kommunen bei der Grundsteuer mehr Spielraum geben. Mit einem separaten Hebesatz sollen sie übermäßige Belastungen von Eigentümern von Wohngrundstücken infolge der vom Bundesverfassungsgericht angeordneten Grundsteuerreform reduzieren können. Abschläge, die sich für individuelle Grundstücke aus Informationen in staatlichen IT-Systemen ergeben, werden mit der nächsten Hauptfeststellung automatisiert erfasst. Darüber hinaus ermöglichen wir den Gemeinden einen Verzicht auf die Grundsteuer A und damit auf viel Verwaltung mit hohen Kosten bei wenig Ertrag.

› STEUERVERWALTUNG WEITER DIGITALISIEREN

Die Digitalisierung unserer Steuerverwaltung treiben wir weiter voran. Dadurch ermöglichen wir eine stärkere Konzentration auf die entscheidenden Bereiche wie etwa die Steuerfahndung. Über den Einsatz von KI wollen wir auch bei weniger Personal infolge der demografischen Entwicklung eine leistungsfähige Finanzverwaltung sicherstellen. Die Zusammenarbeit der verschiedenen Strafverfolgungsbehörden im Bereich der Steuerstraftaten bauen wir weiter aus.

› TRANSPARENZ STAATLICHER AUSGABEN ERHÖHEN

Wir wollen nachvollziehbar machen, wofür der Staat das Geld seiner Bürgerinnen und Bürger einsetzt. Künftig soll deshalb auf jedem Einkommensteuerbescheid verständlich ausgewiesen werden, in welche Bereiche die Steuereinnahmen des Staates fließen – von Bildung über Sicherheit bis hin zu Infrastruktur und sozialer Unterstützung. Dies erhöht nicht nur die Transparenz staatlicher Ausgaben, sondern stärkt auch das Vertrauen in die öffentliche Hand. Bürgerinnen und Bürger erhalten so eine klare Orientierung darüber, wofür ihre Steuern verwendet und welche politischen Prioritäten damit umgesetzt werden.

› ZIVILGESELLSCHAFT STÄRKEN – STAATLICHE EINFLUSSNAHME BEGRENZEN

Zivilgesellschaftliches Engagement ist ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Demokratie. Seine wichtige Rolle kann es aber nur dann unabhängig und glaubwürdig erfüllen, wenn das Engagement der Menschen im Vordergrund steht und nicht die Beteiligung des Staates. Die Bezuschussung dieser Organisationen aus Landesmitteln muss sich stärker an den Interessen der Allgemeinheit ausrichten. Zugleich stärken wir die Unterstützung aus der Mitte der Gesellschaft: Private Spenden sollen unbürokratischer möglich sein und wir wollen uns für eine bessere steuerliche Begünstigung einsetzen. So fördern wir echte Unabhängigkeit, stärken freiwilliges Engagement und sorgen dafür, dass zivilgesellschaftliche Initiativen dort wachsen können, wo sie entstehen – bei den Bürgerinnen und Bürgern.

› STAATLICHE BAUTÄTIGKEIT OPTIMIEREN

Wir werden die Schlagkraft der staatlichen Bauverwaltung erhöhen und gleichzeitig externe Ressourcen für die Umsetzung von Bauprojekten aktivieren. Durch fachliche Schwerpunkte etwa im Hinblick auf den Bau von Gebäuden im Bereich Bildung und Wissenschaft sowie der Polizei oder des Justizvollzugs erhöhen wir die Effizienz. Gleichzeitig ermöglichen wir es beispielsweise den Universitätskliniken, mit eigenem Personal Bauprojekte voranzutreiben und umzusetzen. Standardgebäude wie etwa Büro-, Labor- und Seminarräume übernehmen wir in langfristigen Mietverhältnissen auch von Stiftungen. Kommunen stellen wir Vorlagen für die standardisierte Umsetzung von Bauprojekten zur Verfügung. Damit beschleunigen wir die staatliche Bautätigkeit signifikant und sorgen dafür, dass die Bauverwaltung eine kontinuierlich zunehmende Zahl von Projekten umsetzen kann.

› ZUKUNFTSGERICHTETES LIEGENSCHAFTSMANAGEMENT

Wir werden auch weiterhin konsequent in unsere landeseigenen Gebäude investieren und so den Erhalt des Landesvermögens gewährleisten. Als Steigerungsrate für die Bauansätze verwenden wir mindestens den Baupreisindex. Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes verwenden wir zusätzlich. Zugleich werden wir den tatsächlichen Gebäudebedarf kontinuierlich überprüfen. Dabei werden wir einerseits die vermehrte Nutzung von Homeoffice und den dadurch reduzierten Raumbedarf, andererseits aber auch steigende Vorgaben etwa im Klinikbau berücksichtigen.

› STAATLICHE SCHLÖSSER UND GÄRTEN ERHALTEN

Wir erhalten die Erinnerung an unsere Herkunft, indem wir unsere Schlösser und Gärten fit für die Zukunft machen und dabei zugleich die Vergangenheit wieder zum Leben erwecken. Dafür stellen wir ausreichende Mittel zu Verfügung und passen unsere Anlagen nach und nach an aktuelle Entwicklungen an. Innovative Projekte wie die Nutzung von KI oder Augmented Reality in historischen Anlagen rollen wir im ganzen Land aus und ermöglichen so ein interaktives Besuchserlebnis.

› GLÜCKSSPIEL GEMEINNÜTZIG GESTALTEN

Aus den Erträgen der staatlichen Toto-Lotto GmbH sowie der staatlichen Spielbanken werden wir auch weiterhin konsequent gemeinnützige Projekte fördern. Zugleich werden wir uns für ein passgenaues Glücksspielrecht einsetzen, das einen wirksamen Spielerschutz in einem wettbewerbsfähigen legalen Spielangebot sicherstellt. Das Kanalisierungsziel des Glücksspielstaatsvertrages wird dabei unsere wichtigste Leitplanke sein. Missstände, die Auslöser für den rasanten Anstieg illegaler Angebote waren, werden wir bekämpfen. Dabei orientieren wir uns an erfolgreichen Regulierungsmaßnahmen anderer Bundesländer, zum Beispiel Bayern und Hessen.

EUROPALAND

Ein starkes Europa ist für uns 2036 Staatsräson. Wir in Baden-Württemberg machen macht aktive Europapolitik und bringen die Interessen unseres Landes auf europäischer Ebene erfolgreich ein. So tragen wir weiter bei zu Frieden, Freiheit, Sicherheit und Wohlstand.

› WETTBEWERBSFÄHIGKEIT STÄRKEN

Das Gewicht unseres Landes als eine der wirtschaftsstärksten und innovativsten Regionen in der EU nutzen wir, um die EU noch stärker auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auszurichten. Wir setzen auf eine Politik, die gute Rahmenbedingungen für Industrie, Mittelstand, Familienbetriebe, Handel, Landwirtschaft und Handwerk schafft und unnötige Belastungen vermeidet. Die Abhängigkeit von einzelnen Absatzmärkten und Rohstoffquellen soll durch zusätzliche Handelsabkommen mit wichtigen Wirtschaftspartnern wie Mercosur, Indien oder Indonesien reduziert werden.

› TECHNOLOGIEOFFENHEIT ALS LEITPRINZIP

Die EU-Gesetzgebung muss künftig wieder auf Technologieoffenheit statt auf Verbote wie das Verbrenner-Aus setzen. Wir wollen, dass die EU den Wandel hin zum autonomen Fahren und zu klimafreundlichen Antriebsarten durch Anreize, Innovationsförderung und den gezielten Ausbau der Infrastruktur unterstützt. Zudem muss die EU mit ihrer Handelspolitik einen fairen und freien Zugang für Fahrzeuge und Fahrzeugteile sicherstellen.

› BÜROKRATIE ABBAUEN UND VERMEIDEN

Der Bürokratieabbau auf EU-Ebene muss schneller und vor allem für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen endlich spürbar werden. Wir werden nicht nur das Gold-Plating beenden, sondern darüber hinaus mit unseren europäischen Partnerregionen eine Initiative für weniger Bürokratie starten. Vereinfachungsvorschläge aus Kommunen, Wirtschaft und Landwirtschaft, Hochschullandschaft und Verwaltung bringen wir über unsere Brüsseler Landesvertretung aktiv bei der EU-Kommission ein.

› EUROPÄISCHE KOOPERATIONEN STÄRKEN

Das Vier-Motoren-Programm, das Baden-Württemberg mit Regionen in Spanien, Frankreich und Italien vernetzt, werden wir als industriepolitischen Motor für technische Entwicklung und Marktchancen sowie bei Anpassungen der EU-Gesetzgebung etablieren. Gemeinsam mit anderen europäischen Partnerregionen wollen wir zudem den Blick auf mögliche außer-europäische Partner, zum Beispiel in Afrika, Südamerika und Südostasien, schärfen. Dies betrifft auch unsere Partnerschaft mit Burundi. Darüber hinaus setzen wir in wirtschaftlicher und wissenschaftlicher Hinsicht nach Jahren der Vernachlässigung wieder verstärkt auf die Donaumaumstrategie. Die osteuropäischen Staaten wollen wir bis 2036 als politische und wirtschaftliche Partner stärker in den Blick nehmen. Unterstaatliche Organisationen wie die „Under2Coalition“ wollen wir vor allem im technologischen Kontext nutzen, um uns weltweit für gemeinsame Technologiestandards einzusetzen. Im studentischen Bereich wollen wir das Erasmus+-Programm weiter unterstützen. Die Andrassy Universität in Budapest werden wir darüber hinaus weiterhin unterstützen.

› AUSBAU DES EUROPÄISCHEN BINNENMARKTS VORANTREIBEN

Der europäische Binnenmarkt ist für die exportorientierte Wirtschaft in unserem Land eine Erfolgsgeschichte. Eine europäische Regelung ist an die Stelle von 27 nationalen Regeln auf den Märkten Europas getreten. Weiterhin bestehende Hindernisse wie unnötige Dokumentations- und Berichtspflichten im grenzüberschreitenden Handel oder für Handwerksbetriebe müssen abgebaut werden. Die Vertiefung des Binnenmarkts in den Bereichen Digitales, Energie und Verteidigung würde neue Chancen für Baden-Württemberg eröffnen. Wir werden uns in die Verhandlungen daher aktiv und mit eigenen Vorschlägen einbringen – mit einem besonderen Augenmerk auf kleine und mittelständische Unternehmen.

› MEHR EU-MITTEL FÜR FORSCHUNG UND START-UPS IM LAND

Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Europa bei Forschung und Innovation wieder einen Spitzenplatz einnehmen. Dafür benötigen wir eine finanziell gut ausgestattete EU-Forschungsförderung, von der die Hochschulen, Forschungseinrichtungen und innovationsstarke Unternehmen in Baden-Württemberg besonders profitieren. Wir setzen uns dafür ein, dass die Mittel europäischer Programme wie EFRE und ELER auch zukünftig über die Länder abgewickelt werden. Die EU-Gesetzgebung muss endlich innovationsfreundlich werden. Start-ups müssen in der Wachstumsphase unterstützt werden, damit sie nicht Europa verlassen müssen, um größer werden zu können, sondern hier bei uns Wohlstand und Arbeitsplätze schaffen.

› **AUSBAU DER GRENZÜBERSCHREITENDEN ZUSAMMENARBEIT**

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit am Oberrhein, am Bodensee und am Hochrhein wollen wir weiter ausbauen und dabei verstärkt auch die Alltagsprobleme der Menschen im Grenzraum in den Blick nehmen. Den bereits beschlossenen „Grenzraumcheck“ für Gesetze werden wir von der deutschen und der französischen Regierung aktiv einfordern. Wir wollen die INFOBEST-Einrichtungen, die die Menschen in Alltagsfragen an der Grenze kompetent beraten, weiterhin unterstützen. Zudem werden wir die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Katastrophenschutz weiter verbessern, etwa durch den Aufbau eines trinationalen Informationszentrums und eine Vernetzung der Leitstellen zur Bewältigung von Krisen.

› **ZUSAMMENARBEIT MIT DER SCHWEIZ STÄRKEN**

Die Schweiz ist ein wichtiger Nachbar, mit dem das Land Baden-Württemberg enge wirtschaftliche, kulturelle, gesellschaftliche und wissenschaftliche Verbindungen pflegt. Die Bedingungen für Pendlerinnen und Pendler, Unternehmen, Handwerksbetriebe, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie Studierende im Grenzraum hängen stark vom Verhältnis zwischen der EU und der Schweiz ab. Wir setzen uns im Interesse des Landes für eine rasche Ratifizierung und Umsetzung des Vertragspakets „Bilaterale III“ zwischen der EU und der Schweiz ein. Die Schweizstrategie des Landes wollen wir weiter umsetzen.





CDU Baden-Württemberg
Landesgeschäftsstelle
Heilbronner Straße 43
70191 Stuttgart

Telefon: 0711 66904-0
E-Mail: info@cdu-bw.de

Landesvorsitzender
Manuel Hagel MdL

Generalsekretär
Tobias Vogt MdL

Verantwortliche i. S. d. P.:
Dorothea Störr-Ritter,
Landesgeschäftsführerin

www.cdu.org



www.cdu-bw.de



facebook.com/CDU.BW



x.com/cdu_bw



instagram.com/cdu_bw



linkedin.com/company/cdu-bw



www.cdu-bw.tv